

An die Wähler.

Als der Reichstag im Jahre 1874 die Feststellung der Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres für die Dauer von sieben Jahren im Verein mit den Bundesregierungen feststellte, geschah dies unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß dieses Uebereinkommen zu einer Wiederholung von sieben zu sieben Jahren nicht verpflichtet, und diese Voraussetzung wurde auch bei der wiederholten Bewilligung der siebenjährigen Dauer der Friedenspräsenzstärke (des Septennats) im Jahre 1880 allseitig als selbstverständlich erachtet.

Der Beschluß vom 14. Januar, die beantragte Erhöhung der Friedenspräsenzstärke zu bewilligen, aber die Zeitdauer statt auf die geforderten sieben auf drei Jahre festzusetzen, ist daher in Uebereinstimmung mit der Verfassung erfolgt und zeugt von der Bereitwilligkeit des Reichstags, die volle Wehrkraft des Reiches, insbesondere auch für die nächste Zukunft, sicher zu stellen.

Der Hinweis auf eine drohende Kriegsgefahr zur Rechtfertigung des Septennats ist demnach eben so hinfällig, wie die Berufung auf angebliche, aber nicht aufzufindende Bestimmungen der Reichsverfassung; dagegen ist die Besorgnis nur zu sehr gerechtfertigt, daß ein Reichstag, welcher nach den Wahlausrufen der vereinigten Regierungsparteien ausschließlich zur Bewilligung der erhöhten Friedenspräsenzstärke auf die Dauer von sieben Jahren berufen werden soll, nach Erledigung dieses Mandats noch andere Aufgaben zu lösen haben wird, welche die Wähler gerade einem solchen Reichstage nicht anvertrauen würden.

Noch stehen der seit 1879 inaugurirten Zoll- und Steuerpolitik mancherlei Ergänzungen bevor, und trotz aller gegentheiligen Versicherungen ist die Möglichkeit einer Abänderung der Verfassung, wenigstens des Wahlgesetzes, in conservativer Richtung nicht ausgeschlossen, wenn der Reichstag eine derselben geneigte Majorität erhält.

Auch diese Fragen berühren die wichtigsten Interessen des Volkes, und dasselbe wird Sorge zu treffen haben, den Reichstag mit Abgeordneten zu beschicken, welche seine politischen Rechte, sowie seine geistigen und materiellen Interessen unter ausschließlicher Berücksichtigung des Gemeinwohles wahrzunehmen Bürgschaft leisten.

Die Männer, welche das unterzeichnete Wahlcomité den Wählern Breslau als Abgeordnete für den Reichstag vorschlägt, werden, treu Sr. Majestät dem Kaiser, dem Deutschen Reiche aufrichtig ergeben,

für die Aufrechterhaltung der vollen Wehrkraft des Vaterlandes nach den Bestimmungen der Verfassung gewissenhaft einstehen, zur Bestreitung der erforderlichen Ausgaben, nach Maßgabe der unabwiesbaren Bedürfnisse des Reiches und der Steuerkraft des Volkes entsprechend, aber unter entschiedener Ablehnung aller Monopolprojecte und jeder Vermehrung bzw. Erhöhung der indirecten Steuern, die nöthigen Mittel bewilligen, endlich jedem Versuche einer Abänderung der Reichsverfassung oder des Reichswahlgesetzes Widerstand leisten.

Wenn wir als die Männer, welche in diesem Sinne zu wirken verheißten, Herrn v. Saucken-Carputtschen für den Ostkreis, Herrn Stadtrichter a. D. Friedländer für den Westkreis Breslau unseren Mitbürgern zur Wahl vorschlagen, thun wir dies in dem Bewußtsein, daß dieselben einer besonderen Empfehlung nicht bedürfen.

Ueberzeugt, daß die angeführten Gründe zur Erhöhung ihres Gewichtes der Unterstützung durch zahlreiche Namen nicht bedürfen, empfiehlt das unterzeichnete Wahl-Comité seinen Mitbürgern dringend, am 21. Februar von ihrer Gesinnung Zeugniß abzulegen durch die Wahl

des Herrn von Saucken-Carputtschen
im Ostkreise,

Breslau, den 8. Februar 1887.

des Herrn Stadtrichter a. D. Friedländer
im Westkreise.

Das Wahl-Comité der deutschfreisinnigen Partei.
Kirschner, stellvertretender Vorsitzender.

Der Wahlausruf der schlesischen Cartellpartei.

Der Ausruf, welchen die schlesische Cartellpartei unter der Führung des Fürsten Habsfeld-Trachenberg veröffentlicht hat, scheint mehr mit dem Herzen als mit dem Kopfe gemacht zu sein. Sich national zu entrüsten über eingebildete Gespinnster, mag dem glühenden Patriotismus alle Ehre machen, allein der nüchterne Wähler wird doch untersuchen, ob diese Gespinnster auch der Wirklichkeit angehören. Die Herren Fürst Habsfeld und Genossen stellen die Behauptung auf, daß von der Entscheidung der Frage, ob Triennat oder Septennat, die Wahrung des Friedens, die Sicherheit des vaterländischen Bodens, die Aufrechterhaltung unserer nationalen Einheit und unserer Weltstellung abhängen könne. Entspricht diese Darstellung der Wirklichkeit? Wer nicht mit Blindheit geschlagen ist, wird sie unzweifelhaft verneinen müssen. Denn es ist sowohl für den europäischen Frieden, wie für die Sicherheit des Vaterlandes, wie für die nationale Einheit, wie für die Weltstellung Deutschlands vollkommen gleichgültig, ob die Militär-Präsenzstärke, das ist die Friedensstärke des Heeres, heute für drei oder für sieben Jahre bewilligt wird. Die Cartellpartei beruft sich für ihre Meinung auf den Grafen Moltke, welcher geäußert habe, „daß der Krieg drohe, wenn die auf Vermehrung unseres Heeres gerichtete Vorlage nicht ihrem vollen Inhalte nach Gesetz werden sollte.“ Diese Darstellung entspricht nicht vollkommen dem Sachverhalt; vielmehr hat am 11. Januar Graf Moltke wörtlich gesagt: „Es ist ja nun erfreulich und wird seine Wirkung nach außen nicht verhehlen, daß von den großen Parteien dieses Hauses keine ist, welche ungeachtet mancher verschiedenen Ansichten in inneren Angelegenheiten der Regierung die Mittel verweigern wird, welche sie nach gewissenhafter Erwägung von uns für die Vertheidigung nach außen fordert; nur über die Zeitdauer der Bewilligung sind die Ansichten sehr abweichend von einander.“

Es ist daher vollkommen hinfällig, wenn man die Wähler glauben machen will, ein Wahlausfall im Sinne der bisherigen Reichstagsmehrheit bedeute den Krieg. So verblende sind die Franzosen nicht, um in einer Abstimmung gegen das Septennat eine Schwächung der deutschen Wehrkraft zu sehen. Sie wissen ganz gut, daß es einem äußeren Feinde gegenüber in Deutschland keine Parteien giebt. Schon in dem ersten Programm der deutschen Fortschrittspartei heißt es wörtlich: „Für die Ehre und die Machtstellung unseres Vaterlandes, wenn diese Güter durch einen Krieg gewahrt oder erlangt werden müssen, wird uns niemals ein Opfer zu groß sein,“ und der freisinnige Redner in der Militärschlichtung hat mit unzweifelhafter Entschiedenheit jede Speculation des Auslandes auf innere Zwistigkeiten des deutschen Volkes als wahnwitzige Verblendung gekennzeichnet. Wer aber wirklich an diese Verblendung glauben sollte, legt der nicht geradezu den deutschen Regierungen landesverrätherische Gesinnungen unter, wenn er behauptet, sie würden lieber Deutschland den Schrecken eines ungewissen Krieges überliefern, als vom Reichstage alles, was sie gefordert, auf drei statt auf sieben Jahre anzunehmen? Es ist daher nichts als eine leere Phrase, wenn der Ausruf von der „vielföpfigen Natter inneren Haders“ spricht; denn es liegt vollkommen in der Hand der Regierungen, diesen Hader durch ein einziges Wort aus der Welt zu schaffen, es ist nichts als eine leere Phrase, daß „die parlamentarische Mehrheit das in besseren Tagen zwischen den geschehenden Factoren erzielte Abkommen“ gebrochen, „nach welchem die Heeresziffer nur von sieben zu sieben Jahren der Discussion unterworfen werden sollte“; denn ein solches Abkommen hat nie existirt und konnte daher nie gebrochen werden. Und eine ebenso leere Phrase ist es, daß der Reichstag erklärt habe: „der Kaiser kann 16 neue Bataillone errichten, aber der Kaiser ist verpflichtet, diese Bataillone nach drei Jahren ohne Weiteres wieder aufzulösen wenn der Reichstag also beschließt.“ Diese angebliche Erklärung ist lediglich der cartellirten Phantasie entsprungen. Hat der Reichstag etwa eine gleiche Erklärung für die deutsche

Marine, für die deutschen Eisenbahnbataillone, für den deutschen Generalstab abgegeben? Und doch unterliegen alle diese Einrichtungen nicht nur dreijähriger, sondern sogar einjähriger Bewilligung des Reichstages. Gerade von diesen 16 Bataillonen aber hat der Kriegsminister erklärt, sie sollten gar keine dauernde Einrichtung bilden. Die Mehrheit des Reichstages hat diese 16 Bataillone in keiner Weise anders behandelt als alle übrigen Theile der geforderten Heerespräsenz; der Vorwurf maßloser Verirrung des Parteigeistes fällt daher auf die Cartellpartei zurück.

Wenn aber der Ausruf behauptet, eine Entscheidung des Volkes im Sinne der Reichstagsmehrheit sei eine Entscheidung gegen den Kaiser — was soll man zu diesem Mißbrauch des kaiserlichen Namens sagen? Ist es nicht eine Herabwürdigung der Majestät des Monarchen, den Willen der Krone mit einer einzelnen politischen Frage zu identifizieren. Wir hoffen, das deutsche Volk kennt die Verfassung besser als die Cartellpartei sie kennt. Das Staatsoberhaupt soll keine Verantwortung tragen, soll für keinen Irrthum haftbar gemacht werden können, soll also auch mit seinen persönlichen Meinungen nicht in den Tageskampf geführt werden dürfen. Es ist das ausschließliche Vorrecht des Monarchen, jeden Augenblick so gut seine Minister, wie seine Meinungen zu wechseln. Der Kaiser kann heute für das Septennat sein und morgen das Triennat für das Bessere halten. Die Autorität des Monarchen zur Durchführung einer politischen Ansicht zu benutzen, ist daher ein schändlicher Mißbrauch des kaiserlichen Namens.

Wenn endlich der Ausruf an die Schlesier an die Drangsäle erinnert, welche ihre Heimath zu Anfang des Jahrhunderts erlitten, so antworten wir mit dem Fürsten Bismarck: „Der Appell an die Furchtsindet keine Stätte im deutschen Herzen.“ Die schlesischen Wähler wissen zu gut, daß sie nicht Krieg und Drangsäle herausbeschwören, wenn sie sich durch die Wahl erprobter, freisinniger Männer gegen verhängnisvolle Monopolprojecte schützen, die schwerbedrohten Volksrechte schützen und der Reaction Einhalt gebieten. Und das ist es, was auf dem Spiele steht, nicht nur die Frage, auf wie viel Jahre die Militärpräsenz bewilligt werden soll. Nein, die Wähler haben zu entscheiden zwischen Rechtsstaat und Polizeistaat, zwischen Selbstverwaltung und Bevormundung, zwischen wirtschaftlicher Freiheit und staatlicher Aufzucht großer Erwerbszweige. Darüber fällt die Entscheidung am 21. Februar, und wer in Treue zum Kaiser, in Liebe zum Vaterlande die Freiheit und den Frieden will, der wählt freisinnig!

Deutschland.

Berlin, 7. Febr. [Die Wahlbewegung in Berlin.] Berlin wählt sechs Reichstagsabgeordnete, einen sehr kleinen Bruchtheil der 397 Mitglieder des deutschen Parlaments. Rechnungsmäßig fällt daher das Ergebnis der Berliner Wahlen fast gar nicht in die Waagschale und wenn trotzdem dieselben regelmäßig das lebhafteste Interesse im ganzen Reiche auf sich ziehen, so beruht dies auf dem mehr oder minder klaren Bewußtsein, daß der politischen Meinungsäußerung einer Millionenstadt eine weit höhere Bedeutung innewohnt, als die Zahl ihrer Vertreter ausdrückt. Denn es ist nicht gleich, ob 300 000 selbstständige, uncontrolirte Wähler, von denen fast Jeder — wahrscheinlich täglich — seine Zeitung liest und darum als unterrichtet gelten darf, ihr Votum abgeben oder ob eine in dumpfer Unwissenheit und Unterwürfigkeit dahin lebende Landbevölkerung die ihr vom Gutsherrn oder Ortsvorsteher in die Hand gedrückten Wahlzettel zur Urne trägt. Gelingt es der Regierung in der Reichshauswahl die Wählerschaft für sich zu gewinnen, so kann sie dies als eine glänzende Rechtfertigung ihres Standpunktes betrachten; gelingt es ihr nicht, so wird sie den mangelnden Ruhmesdurst schwerlich durch den Hinweis auf die Zustimmung der Wähler in Hinterpommern oder Ostpreußen ersetzen können. Wenn aber einem Wahlergebnis ein so hohes mora-

lisches Gewicht beikommt, so ist es nur natürlich, daß man schon die vorausgehende Wahlbewegung mit Aufmerksamkeit verfolgt, weil man daraus einen Rückschluß auf das Ergebnis selbst glaubt machen zu dürfen. Doch abgesehen hiervon, bietet sie an und für sich diesmal eine Reihe interessanter Momente, die wir hier näher darlegen wollen. Zunächst ist die Wahlbewegung bisher viel ruhiger und würdiger verlaufen, als es seit 1879 in Berlin der Fall war, und voraussichtlich wird sie diesen guten Charakter bis zum Wahltag beibehalten. Das Ausschneiden des antisemitischen Elements, das in der augenblicklichen Situation unbecom war und darum auf höheren Wink sich lautlos in die Ecke stellen mußte, hat unzweifelhaft dieses günstige Resultat zur Folge gehabt. Es zeigt sich recht deutlich, daß die Socialdemokraten weit anständiger auftreten und discutiren können, als dies dem Gefolge der Herren Stöcker und Wagner möglich war. Am lebhaftesten geht es vorläufig im zweiten Wahlkreise zu, wo die Freisinnigen und Socialdemokraten fast täglich, bald an diesem bald an jenem Orte des weit ausgedehnten, von der Hasenheide bis zum Zoologischen Garten reichenden Wahlkreises Versammlungen abhalten. Die Versammlungen der Freisinnigen haben ein ziemlich überaus einflussvolles Gepräge. Sie sind sämmtlich sehr stark besucht, darunter auch von Socialdemokraten, so daß die Räume gewöhnlich die herbeiströmende Menge nicht zu fassen vermögen. Zuerst tritt in der Regel der unermüdbare, nun 65jährige Virchow, der Candidat des Wahlkreises, auf und behandelt in seiner schmund- und leidenschaftslosen Art die brennenden Tagesfragen. Trotzdem gewinnt er rasch die Herzen der Zuhörer. Die ernste Freundlichkeit, die bescheidene Würde, die Grundehrlichkeit seines Charakters, die tiefe Innlichkeit seiner Ueberzeugungen sichern ihm, auch ohne alle rhetorischen Mittel, immer einen durchschlagenden Erfolg. Die Socialdemokraten (andere Gegner sind kaum zu bemerken) hören aufmerksam zu, stören weder durch Zwischenrufe, noch durch Widerspruch und stimmen nicht selten mit in den Beifall der Uebrigen ein. Es ist ganz unverkennbar, daß Virchow auf sie einen starken Eindruck macht, und daß sie sich nicht zweifelhaft sind, für wen sie bei einer event. Stichwahl zwischen ihm und einem Conservativen sich zu entscheiden haben würden. Ja, es ist ihrem Correspondenten so vorgekommen, als ob der Eindruck von Virchow's Auftreten manchmal ein so günstiger wäre, daß die socialdemokratischen Führer Mühe haben, ihre Anhänger wieder an die Parteifahne zu fesseln. Nach Virchow spricht dann gewöhnlich ein zweiter Redner der Partei, meist einer von den jüngeren Führern des Wahlkreises, dann entspinnt sich die Discussion. Mit großer Liberalität wird Jeder zum Wort verstatet. Den reichlichsten Gebrauch von dieser Discussionsfreiheit machen die Socialdemokraten, einmal weil sie auf Eroberungen ausgehen, zum andern, weil sie in ihren eigenen Versammlungen durch die häufigen Aufösungen nicht sich völlig ausdrücken können. Ihre Reden haben etwas Typisches. Zunächst betonen sie ihre Uebereinstimmung mit den Vorrednern in der Verwerfung der Monopole und in der Abwehr aller Angriffe auf das geheime Wahlrecht; dann erklären sie, daß sie in der Militärfrage viel weiter gingen, keine Heeresvergrößerung, sondern Verminderung, nicht stehendes Heer, sondern Miliz u. s. w., endlich gehen sie auf die socialen Fragen über und weisen auf den großen Gegensatz hin, der hierin zwischen ihnen und der freisinnigen Partei bestehe. Darum könnten sie keinen Freisinnigen wählen, sondern ihre Parole müßte am 21. Februar sein, „Zusammen.“ Diese Ausführungen machen sie fast immer mit großer Gewandtheit, ohne nach rechts oder links anzustoßen, ohne dem Ordnungsrufe des Vorsitzenden zu verfallen oder die Aufösungsordre des überwachenden Polizeicommissars zu provociren. Die socialdemokratischen Redner sind mit seltenen Ausnahmen in weiteren Kreisen völlig unbekannte Männer und nach ihrem ganzen Habitus, sowie nach ihrer Aussprache zu schließen, wirklich Arbeiter, wirklich Männer aus dem Volke, die höchstens eine gute Elementarschulbildung genossen haben. Um so

mehr muß man über ihre Berechtigung und ihr politisches wie volkswirtschaftliches Wissen staunen. Andererseits liefern sie den handgreiflichen Beweis, wie sehr verfehlt die Ausweisungspolitik der Regierung ist. Einem abgeschlagenen Kopfe wachsen zehn neue nach, ja die Regierung öffnet durch die Ausweisungen geradezu den nachwachsenden Talenten den Weg, um hervor zu treten, sich zu bilden und geltend zu machen. Die einzige Wirkung der Ausweisungen ist die sich steigende Erbitterung. Auch die socialdemokratischen Redner werden von der Versammlung ruhig angehört; man repliciert und dupliert, man spricht sich gegenseitig aus, ohne sich zu überzeugen, und man geht schließlich ohne Gerechtigkeit auseinander, indem die Einen Birchow, die Anderen Tugauer u. s. w. leben lassen. Es ist das erste Mal seit dem Bestehen der Socialdemokratie, daß deren Anhänger und Freisinnige in so angemessenen Formen mit einander öffentlich discutiren und ihre Discussionen zu einem friedlichen und natürlichen Ende führen. Das betrachten wir als einen sehr erfreulichen Fortschritt. Es ist hierbei ganz gleichgültig, ob die Discussionen einen praktischen Erfolg haben oder nicht, es ist schon ein unendlicher Gewinn, daß Gegner ihre differirenden Ansichten austauschen, ohne sich gegenseitig zu verächtlichen, zu verlegen oder gar zu beschimpfen. Das giebt die Gewähr, daß, wenn die Veranlassung, um derentwillen man sich streitet, vorüber ist, man als Bürger eines Staates, eines Gemeinwesens wieder friedlich und unter wechselseitiger Achtung neben einander und mit einander wirken und leben kann. Außer im zweiten Wahlkreise ist die Wahlbewegung bis jetzt nur noch im dritten Wahlkreise, wo Munkel candidirt, eine intensiver. In den übrigen Wahlkreisen verhält man sich noch ziemlich still, obwohl der Wahltermin nahe genug ist. Auf freisinniger Seite werden im 1., 2., 3. und 5. Wahlkreise die bisherigen Candidaten wieder aufgestellt, ob auch im 4. und 6., die im Besitz der Socialdemokraten sind, steht dahin. Die Socialdemokraten stellen, so viel man hört, ebenfalls ihre alten Candidaten: Singer, Hafenclever, Tugauer, Christensen u. auf. Ganz neue Personen bringen die Cartell-Verbündeten, nachdem auch Herr Cremer, die letzte Säule verschwundener Pracht, aus „wichtigen politischen Gründen“ seinen lieben Wählern des 5. Wahlkreises sich entzogen hat. Welches wird nun das Wahlergebnis sein? Es ist immer möglich, bei allgemeinen Wahlen irgend etwas vorauszusagen. Jeder Beurtheiler öffentlicher Stimmungen ist starken Täuschungen ausgesetzt. Trotzdem glauben wir für Berlin die Vermuthung wagen zu dürfen, daß die Wahlen ebenso oppositionell ausfallen werden, als die letzten. Wer dabei Gewinn ziehen wird, ob die Freisinnigen oder die Socialdemokraten, das kann erst der 21. Februar lehren.

* Berlin, 8. Febr. [Tages-Chronik.] Vor einigen Tagen berichteten Berliner Blätter über eine Aeußerung, welche der Kronprinz dem Geh. Commerzienrath Mendelssohn gegenüber gemacht haben soll. Von anderer Seite wurde diese Meldung als unrichtig bezeichnet. Wie nun von beiderseitiger Seite bekannt gegeben wird, hat ein Gespräch zwischen dem Kronprinzen und dem Herrn Geheimen Commerzienrath Mendelssohn in den letzten Monaten überhaupt nicht stattgefunden. Der gemeldete Vorfall könne sich vermuthlich nur auf eine Unterredung beziehen, mit welcher auf dem letzten Hofball ein anderer Chef des Hauses Mendelssohn von Sr. kaiserlichen Hoheit beehrt worden ist. In dieser Unterredung wäre aber eine Aeußerung wie die angezogene oder eine ähnliche nicht gefallen.

In dem gesammten preussischen Staatsbahnbetrieb sind gegenwärtig 82 480 Beamte beschäftigt, von denen 80,2 pCt. etatsmäßig angestellt sind. Ferner sind 68 682 Arbeiter und 40 937 Streckenarbeiter eingestellt. In der Werkstättenverwaltung sind 2079 Beamte und an Handwerker, Lehrlingen und Arbeitern 33 504 beschäftigt. Außerdem arbeiten bei den Gasanstalten 28 Beamte und 245 Arbeiter, während in der Neubau-Verwaltung 1245 Beamte thätig waren. Insgesamt beläuft sich die Zahl des dem Minister für öffentliche Arbeiten unterstehenden Beamten- und Arbeiterheeres auf 229 200 Mann!

[Professor Karl Schröder †.] Wie bereits telegraphisch gemeldet, ist der berühmte Frauenarzt Professor Dr. Schröder am 7. Februar Nachmittags im Alter von 48 Jahren gestorben. Das „B. Tgl.“ widmet dem Verstorbenen folgenden Nachruf:

Die Berliner medizinische Facultät verliert in dem Eingegangenen einen ihrer glänzendsten Vertreter. — Geboren am 11. September 1838 zu Neustrelitz, studirte Schröder auf verschiedenen Universitäten, unter andern in Würzburg, wo er Mitglied der „Maffovia“ und wegen seiner Schnelligkeit und Fertigkeit auf der Mensur berühmt war. Er promovierte 1864 und erwählte die Geburtshilfe und Frauenheilkunde zu seinem Specialfach. Er wurde zunächst Assistent bei Professor Thierfelder in

Rosstock, dann bei Professor Veit in Bonn, habilitirte sich 1866 in Bonn als Privatdozent und wurde 1868 als außerordentlicher Professor nach Erlangen berufen, wo er ein Jahr darauf zum Ordinarius ernannt wurde. In der wissenschaftlichen Welt machte er sich einen Namen durch seine Lehrbücher über Geburtshilfe und Frauenheilkunde. Als 1875 durch den Tod des Professors Martin der Lehrstuhl für Gynäkologie an der Berliner Universität frei wurde, erhielt Professor Schröder den ehrenvollen Ruf und zog 1876 in die alte königliche Entbindungsanstalt, Dorothienstraße 5, ein. Als Lehrer wie als geschickter Operateur wurde er bald berühmt, von seinen wissenschaftlichen Leistungen zeugen viele Aufsätze in Fachjournalen, namentlich aber sein Bericht über die von ihm ausgeführten 103 Laparotomien. Diese Operation war zuerst von dem berühmten englischen Frauenarzt Spencer Wells mit Glück ausgeführt worden, allein der Erfolg wurde doch noch von zu vielen Zufälligkeiten ungünstig beeinflusst. Hier hat Professor Schröder einige geniale Verbesserungen in der Operationsmethode eingeführt und selbst eine so große Geschicklichkeit darin erlangt, daß er gleich mit einer so stattlichen Serie gebellter Laparotomien an die Öffentlichkeit treten konnte. Auch bei verschiedenen anderen Operationen hat er erhebliche Vervollkommnungen in der Operationsmethode eingeführt, schnell drang sein Ruf über Deutschlands Grenzen und er wurde der gesuchteste Frauenarzt auf dem Continent. Auch der Frau Prinzessin Wilhelm leistete Professor Schröder dreimal geburtschirurgische Dienste; als aber vor Kurzem abermals der Ruf an ihn erging, in das prinzliche Palais nach Potsdam zu kommen, da lag er auf dem Sterbette und mußte sich von seinem Assistenten Dr. Hofmeyer vertreten lassen. Der aufreibende Beruf hatte ihn schon mehrmals auf das Krankenlager geworfen, allein trotz aller Ermahnungen seiner Kollegen konnte und mochte sich der arbeitsfreudige Arzt nicht schonen, und so ist er an den Folgen seiner anstrengenden Thätigkeit gestorben.

In dem vielbesprochenen Mordproceß gegen den Apotheker Speichert aus Bomsil dürfte die Entscheidung des Straßensatzes des Oberlandesgerichts zu Posen über den neuen Wiederaufnahme-Antrag des Verteidigers, des Rechtsanwalts Dr. Haillant in Bromberg, in Kürze bevorstehen. Ueber das Ergebnis der nochmaligen Ausgrabung der Leiche der verstorbenen Ehefrau des Angeklagten, deren Ermordung durch Vergiftung mit Arsenik diesem zur Last gelegt worden ist, haben wir f. B. berichtet. Die aus dem Grabe durch die zahlreiche Sachverständigen-Commission entnommenen Gegenstände wurden in der vorletzten Decemberwoche vom Posener Oberlandesgericht dem Geh. Medicinalrath Professor Hoffmann und Rammelsberg zur chemischen Analyse überandt; diese hat nunmehr stattgefunden. Ueber das Ergebnis derselben vermögen wir, so schreibt die „Pos.“, selbstverständlich Sicheres nicht mitzutheilen; doch erscheint es nach verschiedenen Andeutungen nicht mehr zweifelhaft, daß die Lage für den Angeklagten wegen Krankheit aus der Strafanstalt zu Kronthal entlassen Angeklagten sich äußerst günstig gestaltet hat. Wie ein Berichterstatter mittheilt, hat sich der bedenkliche Zustand des Speichert bei der außerordentlichen Pflege, die ihm seitens seiner Mutter und Geschwister zu Theil wird, gehoben, und seine vollständige Genesung steht in Aussicht.

* Berlin, 7. Febr. [Berliner Neugierkeiten.] Einem unsinnigen pro-poenä-Trinken ist vorgestern Abend ein Menschenleben zum Opfer gefallen. In der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag fanden Passanten in der Potsdamerstraße einen unbekannten Mann an der Mauer des Botanischen Gartens bewußtlos liegen und veranlaßten dessen Unterbringung auf der Wache des 73. Polizeiregiments. Da es dem kleinsten herbeigeholten Arzte nicht gelingen wollte, den Mann zum Bewußtsein zurückzuführen, wurde derselbe auf Veranlassung des Reviervorstehers zur Charité transportirt. Nach einigen Stunden erhielt der Kranke auf Momente das Bewußtsein wieder und erzählte in gebrochener Sprache, er sei in einer Gesellschaft gewesen, woselbst ihm zur Strafe befohlen worden sei, zwölf große Nordhäuser hintereinander zu trinken. Auf dem Nachhausewege sei er plötzlich zusammengebrochen. Seinen Namen vermochte er nicht mehr deutlich anzugeben; derselbe lautete ähnlich wie Otto Schelge. Nach den gemachten Aussagen verfiel er wieder in Bewußtlosigkeit und verstarb noch an demselben Abend. Der Verstorbene ist etwa 23 Jahre alt, 1,75 Meter groß, hat dunkelrothes Haar, hohe Stirn, blaue Augen, breite Nase, breiten Mund, kleinen Schnurrbart. Bekleidet war er mit dunklem Jaquetanzug und Ueberzieher.

Wilhelmshaven, 5. Februar. [Von der Marine.] Das diesjährige Manövergeschwader wird, wie der „Post“ geschrieben wird, diesmal ein eigenenthümliches Bild liefern, da in demselben drei verschiedene Typen von Panzerschiffen vertreten sind. Der „König Wilhelm“ als mächtiges Batterieschiff mit 29 Geschützen, der „Kaiser“ als Kasemattschiff mit 8 Geschützen und das Panzerschiff „Oldenburg“ als neuester Schiffstypus in unserer Marine, mit 8 Geschützen. Der „König Wilhelm“ ist außer einer kurzen Probefahrt nach seinem Umbau nicht wieder in Dienst gewesen; die Heilnahme dieses größten Schiffes unserer Marine an der diesjährigen Geschwadercampagne wird daher in Marinekreisen als ein kleines Ereignis betrachtet. Durch den Umbau, welcher sich sowohl auf die Panzerung als auch auf die gesamte Armierung erstreckte, hat das Schiff wesentlich an Effectivstärke gewonnen. Auch das Kasemattschiff „Kaiser“ ist mehrere Jahre nicht zu den Geschwaderübungen herangezogen worden, während das Panzerschiff „Oldenburg“ im vorigen Frühjahr zum ersten Male in Dienst gestellt wurde und sich lebhaft an den Manövern beteiligte. Die beiden Torpedo-Divisionsboote, welchen je 6 Torpedoboote zugetheilt worden, sind f. B. noch auf der Schidau'schen Werft in Elbing im Bau. Die Divisionsboote sind größere Torpedoboote von starker Bauart und mächtigen Maschinen, welche ihnen eine große Geschwindigkeit ertheilen, so daß sie mit Hilfe ihrer reichen Armierung mit Revolverkanonen kräftig unter feindlichen Torpedobooten aufräumen können. Diesen Zweck erfüllt in noch höherem Maße der auf

der Germania-Werft in Garben bei Kiel erbaute Torpedobootsjäger „Greif“. Derselbe wird ebenfalls in diesem Frühjahr, vorläufig zur Vornahme von Probefahrten, in Dienst gestellt. Der „Greif“ hat bei einem Displacement von 2000 Tonnen die enorme Maschinenstärke von 5700 Pferdekraft, also mehr als doppelt so viel wie unsere neuesten Stahlarifflor „Pfeil“ und „Blitz“ (1382 Tonnen und 2700 Pferdekraft), so daß das Schiff eine ganz bedeutende Geschwindigkeit erzielen wird. Die Armierung desselben besteht aus 2 Krupp'schen Geschützen und einer bedeutenden Anzahl von Revolverkanonen zur Abwehr und Vernichtung feindlicher Torpedoboote. Eine Torpedoarmitung befähigt den „Greif“ überdies, selbst gegen feindliche Panzerschiffe offensiv vorzugehen.

Frankfurt a. M., 4. Febr. [Die hiesige Civilkammer] hatte bei den Entschädigungsklagen, welche in Folge des Eisenbahnunglücks bei Hanau gegen den Fiscus angestrengt wurden, u. a. angenommen, daß, wenn ein Familienvater das Leben verloren, nur die Hälfte seines Einkommens in Betracht kommen könne, da der Mann die Hälfte dessen, was er verdiene, für sich verbräuche. Von diesem Grundsatz geleitet, wurde den 6 Kindern des Bürgermeisters Balzer, welcher ungenommen war, nur je 107 M. Erziehungsgeld zuerkannt. Das Oberlandesgericht dagegen erklärte, solche Grundsätze könnten nicht ein für allemal auf concrete Fälle Anwendung finden. Wenn ein Familienvater bezüglich seiner Kinder gewissenhaft seine Pflicht erfüllt, so werde er nicht die Hälfte seiner Einnahmen für sich allein verwenden. Der verstorbene Bürgermeister Balzer sei nicht bloß, wie aus den Veranlassungen hervorgehe, ein braver Familienvater, sondern auch ein gewiegter Oekonom gewesen, der für seine Familie nach allen Richtungen hin gebüßte Sorge getragen habe. Es sei deshalb mit Gewißheit anzunehmen, daß er nicht den größten Theil seines Einkommens für sich verbräucht habe; wenn man hochgreife, so könne man annehmen, daß er nur 1/3 für sich und 2/3 für seine Kinder verwendet. Von diesem Standpunkte aus erklärte die letzte Instanz das Urtheil der vorigen für aufgehoben und billigte jedem Kinde statt 107 M. 209 M. zu. Gleichzeitig rügte das Urtheil einen Rechnungsfehler der vorigen Instanz, und verurtheilte den Fiscus zur Tragung der sämtlichen Kosten der Berufungs- und 1/4 der vorigen Instanz, indem es dabei bemerkte, daß die Kosten in dieser Weise zu vertheilen seien, weil der Fiscus auch gar nichts habe thun wollen.

Österreich-Ungarn.

x. Wien, 7. Febr. [Krisengerüchte. — Der Ausgleich mit Ungarn.] Graf Taaffe hat sich von dem Unwohlsein, das ihn mehrere Tage aus dem Zimmer gefesselt hielt, bereits so weit erholt, daß er gestern der Soirée beim deutschen Botschafter anwohnen konnte, allein minder günstig als über ihn lauten die Bulletin über das Befinden seines Cabinets. Man spricht seit vorgestern von einer partiellen Ministerkrise. Außer dem Finanzminister Dr. v. Dunajewski, der seinem in den allernächsten Tagen definitiv vom öffentlichen Schauplatz verschwindenden ungarischen Kollegen Szapary bald nachfolgen soll, gilt auch die Stellung des Leiter des Justizministeriums, des Freiherrn von Praza, für erschüttert. Heute hat man sogar auf der Börse davon gesprochen, daß auch Graf Taaffe selbst regierungsmüde sei, und daß an seiner Stelle der Unterrichtsminister Dr. Gaußich das Ministerpräsidium übernehmen wird. So weit ich unterrichtet bin, ist allen diesen Gerüchten für den Augenblick wenig Bedeutung beizulegen. Der Vergleich mit Ungarn wird jedenfalls noch von dem jetzigen Cabinet in seiner jetzigen Zusammenfassung durchgeführt werden, wiewohl der Rücktritt eines einzelnen Mitgliedes, nämlich des Dr. v. Dunajewski, nicht ganz ausgeschlossen erscheint. Immerhin wird man gut thun, sich auch dieser Meldung gegenüber, wiewohl sie von dem mit der Regierung in Fühlung stehenden Polenorgan „Glas“ in die Welt gesetzt und bisher noch nirgends documentirt wurde, skeptisch zu verhalten. — Was nun den Stand der Ausgleichsverhandlungen betrifft, so ist derselbe leider ein sehr verzwickter, und die Gefahr des Nichtzustandekommen eines neuen Zoll- und Handelsbündnisses zwischen den beiden Reichshälften ist heute größer als je zuvor. An alledem ist das Petroleum schuld. Die Dinge stehen gegenwärtig so, daß die ungarische Regierung sich bereit erklärt hat, die vom österreichischen Abgeordnetenhaus beschlossene Erhöhung der Gelder für Rohpetroleum zu acceptiren. (Der offenkundige Schmuggel zu Gunsten der Tiomaner Raffinerien und der ungarischen Staatschätze würde dabei ungehindert fortbestehen.) Auch in Betreff der Zuckersteuer will sie den Wünschen der österreichischen Zuckerindustriellen einigermaßen Rechnung tragen; sie verlangt aber dafür als Gegenconcession entweder eine Erhöhung der Spiritussteuer oder eine Herabsetzung der Zollsätze für Weizen und Weizenwaaren. Sollte die österreichische Regierung weder auf den einen noch auf den anderen dieser Vorschläge eingehen wollen, so schlägt Ungarn vor, die Gesetze über die Erneuerung des Zoll- und Handelsbündnisses in der Quote jetzt fertig zu bringen, den Zolltarif aber einstweilen bei Seite zu stellen und den gegenwärtig geltenden Tarif bis zum Herbst in Kraft zu lassen, um auf diese Weise Zeit zu weiteren Verhandlungen zu gewinnen. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß österreichischerseits dieser letztere Vorschlag wird

Das Lämpchen des Herrn Littré.

Geschichte eines Pariser Studenten.

Gegen das Ende des zweiten Kaiserreichs waren wenige Bürger des lateinischen Viertels im schwarzen Buch des Polizeipräfecten über angeführten, als der Hörer der Rechte Léon Maurice; desto größer war seine Beliebtheit im Kreise seiner Kameraden, welche den verwegenen, allzeit wohlgehumten Südländer als Anführer und Führer im Streit hochhielten. Der junge, schöne Provençale war aber auch wie geschaffen zum Studentenkönig; denn er sprach gern und gut im Victor Hugo-Styl von der größten aller Revolutionen und dem kleinsten der Napoleoniden; er stellte seinen Mann auf dem Tanz wie auf dem Fuchsboden, ließ sich im Hofsaal nur blicken, wenn es galt, einen mißliebigen Professor auszuwachen; sonst war sein Stammquartier im Bierhaus, wo er, der frühverwaiste Sohn eines reichen Marzeller Rhebers, meist die Feste für die ganze Tafelrunde, Studenten und Studentinnen, beglich. Dafür gehörten seine Vetreuen aber auch unbedingt seinem Lösungswort; fast jeder seiner Streikriebe folgte, wie der Donner dem Blitz, ein Theater- oder Straßenrummel, bei welchem die Mouchards, ihren Todtschlägern zum Trost, mit blutigen Köpfen und Hohareben heimgeschickt wurden. Das Verdrüßlichste für die Hächer blieb aber, daß sie dem Anführer dieser Unruhen niemals an den Leib konnten: so überlegen war ihnen ihr Widersacher bei diesem Minenkrieg durch seine gründliche Kenntniß von Ort und Gelegenheit. Mit seinem Erfolge wuchs seine Thätigkeit: Tag für Tag neckte er die Machtthaber mit neuen, boshaft erdachten und witzig ins Werk gesetzten Anschlägen, welche die Lächer aller Parteien gleichermaßen unterhielten. Die Zeitungen redeten von ihm und die Gegner des Kaiserreichs versicherten sich wiederholt seines Beistandes. Mehr als einmal hielten die Carrossen hochgeborener Herren vor Léon's Hotel „Zum Kaiser Josef“ (dem ehemaligen Einfuhrwirthshaus des Grafen Falkenstein): ja, vor einem wichtigen Wahltag sandte ihm sogar der Herzog von Anjou einen eigenhändigen Brief mit der Aufforderung, die gute Sache zu vertreten. Léon ließ sich das nicht zweimal sagen; er entschied sich gegen die Orleansisten, wie gegen die Bonapartisten; er warb (und, wo's Noth that, kaufte er) Stimmen für den Mann der schärfsten Donari, Henri Rochefort; denn Léon wollte für sein Theil die Vereinigten Staaten von Europa, die sich seiner Meinung nach alsbald zur Weltrepublik erweitern müßten. Und das zur socialistischen: denn Léon, der seine Börse jederzeit für Jedermann offen

hielt, begriff nicht, weshalb alle anderen Besizenden nicht ein Gleiches thun sollten? Er merkte nicht, daß seine besten Bekannten ironisch lächelten, wenn er darauf zu sprechen kam; denn er glaubte nur allzu fest an seine Phantasereien und ließ sein Wort Fleisch werden, rascher, unzweideutiger, verhängnißvoller, als er das jemals voraussehen konnte.

Er hatte die Kriegserklärung gegen Deutschland geradezu als Frevel verdammt. Als seine Landsleute aber Schlacht auf Schlacht verloren und der Feind vor Paris stand, that er seine Pflicht als begeisterter Anhänger des Freihaates; jubelnd begrüßte er die Versicherungen Jules Favre's, daß die Deutschen keinen Stein der wahren Festungen, keinen Fußbreit französischen Landes haben sollten. Und weil er entschlossen war, für seinen Fahneneid zu leben und zu sterben, erschienen ihm die Versailler Abmachungen als Vaterlandsverrath. Er schlug sich zu den Starrsinnigen, welche der Uebergabe von Paris, auf die Gefahr des Bürgerkrieges, mit den Waffen in der Hand sich widersetzten; er fogt wie ein Rasender und fiel, im Straßenkampfe schwer an der Stirne verwundet, in der Rue Montparnasse am 22. Mai 1871; in den Tagen der Commune-Greuel und manche Woche hernach lag er besinnungslos im Militär-Spazareth; kaum genesen, wurde er vom Kriegsgericht zum Tode verurtheilt, doch von Thiers zur Deportation begnadigt. Er hielt sich in Caledonien so musterhaft, daß er nach fünfjähriger Verbannung auf Widerruf entlassen wurde. Nun aber, bei seiner Rückkehr in die Heimath, begann erst seine schwerste Leidenszeit. Niemand von seinen früheren Genossen will etwas von dem „Mörder und Brandstifter“ wissen, der unter strenge Polizeiaufsicht gestellt ist; nicht Einer von den Vielen, die vormalig seinen Einfluß, sein Vermögen in Anspruch genommen und mittlerweile Zeitungsleiter, Abgeordnete, Minister geworden, läßt ihn vor; nicht Einer würdigt ihn einer Antwort, wenn er ihn brieflich angeht, doch nur eine Wiederaufnahme seines Proceßes, die Erklärung seiner bürgerlichen Unbescholtenheit zu ermöglichen. Niemand glaubt ihm, daß er mit der Hingeschachtung der Geißeln, mit den Sengern und Brennern nichts zu schaffen hatte; nicht einmal das Mädchen seiner Wahl, das in der Zwischenzeit die Frau des pfiffigen, blutarmen Jugendfreundes geworden, den er ebe dem selbst in Georgetown's Haus eingeführt. Niemand kennt ihn, Niemand hilft ihm; sein väterliches Erbe verrecknet ihm ein gewandter Sachwalter bei Heller und Pfennig in Sporteln; wäre Léon nicht ein kleines Weingut an der Rhone geblieben, er

müßte auf offener Straße verhungern. Zunächst sorgt er leider nur zu sehr dafür, daß er nicht verdurste, denn allmählig hat es ihm die Fee mit den grünen Augen angethan. Tagein, tagaus erkaufte er gute und thörichte Gedanken im Abyss, und Abend für Abend füllte er seinen Liebesdurst im Sumpf. Die Aufwärter kannten längst die Gewohnheiten des stillen Stammgastes, der kaum jemals nach einem Zeitungsblatt langte, nur stundenlang schweigend, rauchend, trinkend vor sich hinstarrte. Höchstens daß er in den Abendstunden auf den Boulevard Saint-Michel hinauswandelte und dann und wann vor einem Modeladen Halt machte, um hübschen Arbeiterinnen über die Schulter zu sehen, wenn sie mit weitgeöffneten Augen dem Teufel in die Werkstatte guckten; denn wieviel gutgeartete Landmädchen schwanken und straucheln nicht in der Weltstadt angezogen der Toilettenwunder, welche der Waise in den Schaufenstern auslegt! Aber lange duldet es ihn nicht im Freien: das Heimweh nach Kneipendust und Nicotinelust treibt ihn zu den willkürigen Kellnerinnen des Café du caprice, in die verrufensten Höhlen des lateinischen Viertels. Den vergewaltigten Tagen folgen verschwegte Nächte. Früh Morgens haben die Wirthsleute ihre liebe Noth mit dem Trunkenen, dessen Zunge erst der Rausch löst; dann fährt er Pfahlbürger und Hausleute, das Gesinde und wildfremde Menschen mit wüstem Gerede an, auf das kaum Jemand hinbröckelt.

So fiel mir der Unglückliche zum erstenmal im Café Soufflot auf, wie er, den Kopf auf den Marmortisch gedrückt, unermüdet fortstarrte: von dem Aufschwung, den Caledonien nehmen müßte, wenn man ihn als Gouverneur hinschickte, und von der Nichtszugigkeit einer Republik der Millionäre, die ihn wohl niemals mit diesem Amt betrauen würde. Da Niemand von den Anwesenden widersprach, langte er zur stillosen Beschäftigung von uns Allen nach seiner Nähe; der Aufwärter sah ihm mittelidig nach, wie er unter dem Gelächter der Straßenjungen schwankend den Weg zur gegenüberliegenden Gishütte suchte. „C'est pourtant un marquis!“ sagte der von seinen Trinkgeldern verwöhnte Kellner beschwichtigend zu einem ältlichen Herrn mit sattem Gesicht, Napoleonsbart und stolzem Kuppelbüschlein, der, von dem Störenfried in der Lecture des „Pays“ unterbrochen, gereizt aufschaute und laut schalt. „Was thnen nicht beifällt, Henri! Der Burche ist ein abgegrauter Communard, den das Gefindel heut' vor zehn Jahren als Löwen des lateinischen Viertels anstauete. Hat häßlich Haare gelassen der Bome! Setzt ist die Canaille reif für den Narrenturm oder das Zuchthaus!“

acceptirt werden können, er wird sich auch praktisch kaum ausführen lassen, da auch in Bezug auf die Quote, das ist der Procentfuß der Beitragsleistung der beiden Staaten zu den gemeinsamen Ausgaben, eine ziemlich weitgehende Divergenz zu Tage getreten ist, indem die österreichische Quoten-Deputation berechnet hat, daß nach seit zehn Jahren eingetretenen Veränderungen der Beitrag Ungarns um beläufig 1 Procent, von 31,4 auf 32,4 Procent zu erhöhen wäre, wogegen die ungarische Quoten-Deputation, allerdings nicht auf Grund der vorliegenden Ziffern, sondern mit Zuhilfenahme der Forderung einer neuen Berechnungsmethode eine Verminderung des ungewissen Beitrags um 1 1/2 Procent, d. i. von 31,4 auf 29,8, herausrechnen. Unter solchen Umständen ist auch eine rasche Fertigstellung des Quotengesetzes kaum zu erhoffen und deshalb erscheint der in der österreichischen Presse aufgetauchte Vorschlag, den gesamten Ausgleich auf ein Jahr provisorisch zu verlängern, eigentlich der plausibelste. Seiner Annahme steht aber wiederum das Bedenken der ungarischen Regierung, ohne fertigen Ausgleich in die bevorstehende Wahlkampagne einzutreten, entgegen. Wie gesagt, die Verhältnisse stehen sehr verwickelt und es ist momentan noch nicht abzusehen, wie sie sich klären werden.

Frankreich.

L. Paris, 6. Februar. [Das Abgeordnetenhaus] setzte gestern die Budgetdebatte bei den speziellen Budgets nach der Reihenfolge der verschiedenen Ministerien fort und erledigte rasch diejenigen, betreffend die Prägung der Münzen und Medaillen, die National-Druckerei und die Ehrenlegion. Bei dem Budget der Eisenbahnen mußte man sich aber länger aufhalten. Baron Soubeyran brachte die gewohnten Einwände gegen die Staatsbahnen vor, begnügte sich aber nicht damit, sondern knüpfte daran noch ein Amendement, einen ganzen Gesehtwurf in fünf Artikeln, nach welchen die Staatsbahnen verkauft werden sollten. Auch für das daraus zu ziehende Capital war die Verwendung schon bestimmt. Die Kammer lehnte aber das Amendement mit 381 gegen 170 Stimmen ab und genehmigte sodann das Budget der Eisenbahnen capitellweise, so wie es vorlag. Hierauf ging man zu einigen zurückgelegten Capiteln des Budgets des Finanzministeriums über, von denen nur eines, Capitel 5, zu einem längeren Meinungsaustausche Anlaß bot. Dasselbe handelt von den Zinsen und der Amortisirung der kurzfristigen Obligationen. Nachdem man im November lange darüber hin- und hergerathen, waren die Regierung und der Budgetausschuß darüber einig geworden, dem Amortisirungsfonds die für das Gleichgewicht des Budgets nöthigen 75 Millionen zu entnehmen. Abg. Deberly vertheidigte die Unantastbarkeit des Amortisirungsfonds und meinte, man thäte viel besser, neue Steuern auszusprechen, als an dieses Heiligthum zu rühren. Finanzminister Dauphin hielt an dem adoptirten Princip fest, Berichterstatter Wilson vertheidigte es ebenfalls und das Cap. 5 drang durch. Dann wurden die fünf ersten Artikel des Finanzgesetzes, welche das Ausgabenbudget bilden, einmüthig von der Linken (mit 374 Stimmen) angenommen. Die Rechte enthielt sich der Abstimmung.

Amerika.

[Ueber die socialistische Agitationsreise] welche Liebknecht mit Dr. Voelting aus London und dessen Gattin — einer Tochter Marx' — in Nordamerika unternahm, wird der Kr.-Ztg. aus Newyork berichtet:

Die drei Abgeordneten der Umsturzpartei — Liebknecht, Dr. Voelting und Gattin — haben in den Vereinigten Staaten herzlich wenig erreicht; über das Jhaseo ist man sich hier ganz klar und die gegenwärtige, in einer Leipziger Zeitung veröffentlichte Erklärung Liebknechts' läuft nur auf solche Phrasen hinaus, die an der Sache selbst nichts ändern. Die Mission der drei Personen hatte den Zweck einer größeren Reize auf „Regiments-unkosten“, mit dem Hintergedanken: Fonds für revolutionäre Unternehmungen zu sammeln. Ob Liebknecht's Reise gelungen ist, erscheint sehr fraglich; dagegen hat es das Voelting'sche Ehepaar auf eine meisterhafte Weise verstanden, die Gastfreundschaft der amerikanischen „Genossen“ bis zum Ueberstehen auszunutzen. . . . Zu alledem kommt jetzt noch in der Gestalt von riesenhaften Witzschmausreden ein Rückschlag, der wenigstens Voelting und Gattin Leonora in einem sehr zweifelhaften Licht erscheinen läßt. Das Ehepaar hat den Arbeitern das Axiom seines volkwirtschaftlichen Systems: „Unbezahlte Arbeit sei der größte Fluch der modernen Civilisation“ so gründlich vordemonstrirt, daß die versammelten „Items“ Gegenstand weisiger Erörterung in der Tagespresse geworden sind; in den weitesten Kreisen herrscht über die Unverfrorenheit Entrüstung. Während der ersten dreizehn Wochen mußte das socialistische Nationalcomité von Newyork auf Rechnung des Dr. Voelting die Summe von 1300 Dollars leisten; daß geschah auch ohne Wurren und die Kriegskasse war leer. Als aber das Paar bald darauf eine Nachtragsrechnung von abermals sechs-

hundert Dollars einlieferte, triß der Geduldsfaß den und der socialistische Söldenmeister berief den Agitator mit den Worten an: „Sind das legitime Unkosten?“, indem er mit der ganzen Entrüstung des Geprellten auf einen Posten von 25 Dollars für Bouquets wies. Mehrliche Redewendungen sind bei den übrigen „Dams“ gefallen; z. B. stehen verzeichnet: 50 Doll. für Cigarren des Doctors und für Cigarretten seiner Gattin; 26 Dollars für Briefmarken, 100 Dollars Theaterbilletts, was doppelt auffallend ist, da der Doctor sich allenthalben in amerikanischen Theatern als dramatischer Kritikus verschiedener Londoner Zeitungen vorstellte und auf diese Weise Freibilletts für sich und Madame erzielte. Die riesige Menge von Briefen, welche das Paar während seines kurzen Aufenthaltes in Amerika schrieb und die einen Aufwand von 26 Dollars für seine Briefmarken verursachte, scheint die Voeltings' demnach angestrengt zu haben, daß sie nachhaltiger Stärkungen durch Wein bedurften; während ihres zweltägigen Aufenthaltes in einer der östlichen Städte belief sich ihre Weinrechnung allein auf 42 Dollars. Schließlich soll der Agitator für 100 Dollars quittirt haben und das Alles, nachdem diese Abgeordneten vorher auf jedes directe Honorar oder jeden Ehrensold verzichtet hatten.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 8. Februar.

Der Stadt-Auflage unserer Zeitung liegt heute die von Eugen Richter am 13. Januar gehaltene Rede über die Militärvorlage bei. Die Rede hat wegen ihrer durchaus objectiven Haltung, wegen ihres gemäßigten Tones, wegen der patriotischen Gesinnung, die aus ihr spricht, eingeständenermaßen auch bei den gegnerischen Parteien des Reichstages einen tiefen Eindruck gemacht. Sie bricht allen gegen die deutschfreisinnige Partei gescheuderten Verdächtigungen und Verleumdungen die Spitze ab. Wir bitten unsere Leser, nachdem sie die Rede gelesen, für die Weiterverbreitung derselben Sorge zu tragen. Wegen ihrer Objectivität ist sie namentlich auch geeignet, die Gegner der deutschfreisinnigen Partei, welche aus der conservativen Presse und aus den Wahlausrufen der Septennatsparteien sich nur mangelhaft über die Bedeutung des gegenwärtigen Wahlkampfes und dessen große Tragweite unterrichten können, für die Sache des Liberalismus zu gewinnen. Wer die Richter'sche Rede unbefangen und unvoreingenommen durch politische Parteilichkeit liest und wieder liest, der muß diesmal für die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes und deren Vertheidiger eintreten. Mit überlegenem Geschick weist die Rede nach, daß die ganze Streitfrage, um die sich heute die ganze Agitation dreht, den Conservativen noch vor zwei Monaten nicht eine taube Nuß werth war.

Die „Conservative Correspondenz“ schrieb am 20. November: „Um einen drei- oder siebenjährigen Turnus wird sich unserer innigsten Ueberzeugung nach auch nicht ein Finger im Volke rühren oder irgendwo ein Pulschlag in ein schnelleres Tempo gerathen.“ Und am 22. November schrieb der hochconservative „Reichsbote“: „Besser als ein Septennat wäre es vielleicht noch, die Feststellung der Präsenzstärke bei jeder Statberatung vorzunehmen.“ Und heute wird jeder für einen Vaterlandsverräther, für einen Reichsfeind erklärt, der derselben Ansicht geblieben ist, welche die Conservativen, die Generalpächter der Königs-treue, vor einigen Wochen laut verkündeten! Diese und andere ungeheuerlichen Widersprüche in der conservativen Agitation stellt die Richter'sche Rede in das richtige Licht. Also nochmals: die Rede ist von jedem unserer Leser im Interesse der politischen Wahrhaftigkeit nach Möglichkeit namentlich unter den Gegnern weiterzuverbreiten.

An der Spitze unseres Blattes* veröffentlichen wir den Wahlausruf der hiesigen deutschfreisinnigen Partei. Derselbe hält sich fern von jeder Leidenschaftlichkeit. Schlicht und klar spricht er aus, um was es sich im bevorstehenden Wahlkampf handelt. Der Verdächtigung und Beschimpfung der Gegner macht er sich nicht schuldig. Die deutschfreisinnige Partei verschmäht dieses Mittel, für sich Stimmung zu machen, weil sie dessen nicht bedarf. Eine pomp-hafte Liste von Namen ist dem Ausruf nicht angehängt. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Die deutschfreisinnige Partei hat keine Veranlassung, aus ihren Anhängern politische Märtyrer zu machen. Auch die Weiterverbreitung dieses Ausrufs in gegnerischen Kreisen wollen wir unseren Lesern an gelegentlich empfehlen. Schon der wohlthuende Gegensatz, in welchem er durch die jede Phrasenhaftigkeit verschmähende, auf den Kern der Sache eingehende Schreibweise zu dem Ausruf der gegnerischen Parteien steht, muß bei unbefangenen Gegnern einen guten Eindruck machen und wird Manchen, der sich

durch die Agitation der gegnerischen Seite angewidert fühlt, der die Freiheit und das gute Recht des Volkes vertretenden deutschfreisinnigen Partei zuführen.

Am 7. d. Mts. fand im „Russischen Kaiser“ eine Versammlung der Cartellistenparteien statt. Von dem Ton, den in derselben die Cartellredner anschlugen, einige Proben. Herr Maurermeister Schirmer gab folgende Kraftstellen zum Besten: „Uebrigens sei es nutzlos, mit dem Fortschritt zu kämpfen, da derselbe durch und durch republikanisch sei und den Namen des Königs nur als Zierrath gebrauche; er wolle „auf gesetzlichem Wege“ die Republik einführen.“ Ferner: „Durch die Wahlen frage der Kaiser sein Volk, und dieses solle ihm antworten: Du hast Dich nicht getäuscht, wir vertrauen Dir, nicht aber jenem Heer von Gauklern.“ Der Redner schloß mit den Worten: „Zeigt, daß der Weg zur Republik nur über unsere Leiber geht!“ Herr Landshafst-Syndicus Geißler sprach gelassen den Satz aus: „Der Freisinn und das Centrum würden nur verständlich, wenn man ihnen den Hintergedanken der Zersplitterung des Vaterlandes unter-schöbe.“

In einem der Organe der hiesigen Cartellistenparteien war gestern die Frage aufgeworfen worden, „ob es nicht endlich an der Zeit sei, die Pflichtvergessenheit solcher Wähler, welche aus Indolenz oder Feigheit sich von der Wahl fernhalten, durch öffentliche Nennung der Namen zu rügen.“ Prompt erfolgt heute in demselben Organ die Antwort, „daß bereits Vorzüge getroffen ist, die Namen aller Derjenigen, die nicht an der Wahlurne erscheinen, festzustellen, um den Grund des Fernbleibens ermitteln zu können. Unter welchem Rubrum die Namen solcher Wähler, welche unmittelbar ihrer Wahlpflicht nicht genügen, zur Veröffentlichung gelangen sollen, ist späteren Entschlüssen vorbehalten geblieben.“

Dieses an Expression freisinnige Verfahren zeigt so recht deutlich, welchen Terrorismus die Cartellisten ausüben würden, wenn nicht das geheime Wahlrecht existierte.

Das Obergerwaltungsgericht hat am 20. December vorigen Jahres eine Entscheidung getroffen, welche bei der gegenwärtigen Wahlagitation von besonderer Wichtigkeit ist. Nach dieser Entscheidung ist es den Stadträthen als „mittelbaren Staatsbeamten“ unterlagt, sich an politischen Agitationen zu betheiligen. Der Fall, welcher dieser tief in die persönliche Freiheit einer großen Zahl von Staatsbürgern eingreifenden Entscheidung zu Grunde liegt, ist folgender:

Am . . . hat zu K. eine vom Vorstande des deutsch freisinnigen Wahlvereins einberufene allgemeine Volksversammlung stattgefunden, welche von dem Stadtrath N. zu K. als Vorsitzenden mit einer Ansprache eröffnet wurde, in welcher sodann, nachdem zuvor noch eine gegen das Branntwein-Monopol gerichtete Petition zum Unterschriften in Umlauf gesetzt worden war, der Reichstagsabgeordnete Y. eine längere Rede hielt und die darauf von dem N. mit einem Nachwort geschlossen wurde. — Nachdem der Regierungspräsident den N. über seine bei dieser Gelegenheit entwickelte Thätigkeit verantwortlich hatte vernehmen lassen, hat er an den N. eine Verfügung erlassen, in welcher demselben wegen seines Verhaltens bei dieser Gelegenheit auf Grund der §§ 2 und 15 Disciplinargesetzes vom 21. Juli 1852 in Verbindung mit § 20 Nr. 1 Zust.-Ges. vom 1. August 1883 ein Verweis erteilt wurde. — Mit einer gegen die Verfügung geführten Beschwerde zurückgewiesen, wurde N. auch mit seiner hierauf gegen den Bescheid des Oberpräsidenten erhobenen Klage von dem Obergerwaltungsgericht abgewiesen.

In dem Erkenntniß des Obergerwaltungsgerichts werden die von dem Regierungspräsidenten angeordneten §§ des Disciplinargesetzes als zutreffend erachtet; und Stadträthe als „mittelbare Staatsbeamte“ betrachtet. Es heißt dann nach einem Bericht des preussischen „Verwaltungsblattes“ wörtlich in dem Erkenntniß:

„Indem die §§ 2 und 3 dieses Gesetzes jedes Verhalten eines Staatsbeamten in oder außer dem Amte, durch welches er sich der Achtung, des Ansehens oder des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, unwürdig zeigt, als Dienstvergehen kennzeichnen, so ist damit unzweideutig zum Ausdruck gebracht, daß die Anforderungen, welche im Interesse seines Amtes von jedem Beamten erfüllt werden müssen, sich über die Amtsverwaltung hinaus auf das gesamte außeramtliche Verhalten des Beamten erstrecken. Der Staatsbeamte steht hiernach im öffentlichen politischen Leben — von den verfassungsmäßigen Privilegien der Mitglieder der legislativen Körperschaften abgesehen — nicht unbedingt gleich allen anderen Staats-

Die schadenfrohe Gekränktheit des einstigen kaiserlichen Polizeibeamten war nicht zu verkennen; ich schenkte der giftigen Angeberei fürs erste auch keinen Glauben, bald aber sollte ich von Léon selbst hören, daß die Dinge in Wahrheit noch schlimmer waren, als seine alten Gegner sie dargestellt; daß er sich selbst längst als Verlorenen ansähe. Das Wenige, das ich von ihm vernommen, hatte meinen Antheil erregt: ich sprach ihn bei unserer nächsten Begegnung an: mein Entgegenkommen übertrafste ihn nicht unangenehm; denn er bestellte sich in den folgenden Monaten öfters mit mir zusammen. Von ihm erfuhr ich also allmählich und heiläufig, wie er geworden, was er nun sei. Nach diesen Bekanntschaften gab ich jeden Zuspruch auf, wäre mir doch ein so grausam verprügelter Dasein gegenüber jedes Wort der Ermuthigung als Hohn oder Falschheit erschienen. Offenbar erwartete ich mich durch dies herbeite Schweigen seine besondere Zuneigung, einmal, weil ich wohl der Einzige war, der mit ihm verkehrte. Doch so beschreiben er in seiner schmerzlichen Vereinsamung, in seinen geistlichen Bedürfnissen geworden war: herzlich als jede Unterhaltung erquickte es ihn, sich — vielleicht zum ersten Male in seinem Leben — nicht getäuscht zu sehen. Als ich abreiste, gab mir Léon das Geleite auf den Bahnhof; aus seinen Blicken, mehr noch als aus seinen Worten sprach innige Liebe und Treue; bewegt drückte er mir die Hand, wie zu ewigem Abschied. Und da ich volle fünf Jahre nichts von ihm hörte, mußte ich wohl vermuthen, daß sein Schicksal ihn ereilt, daß er den dunklen Gewalten verfallen sei.

So hatte ich den armen Wüßling halb oder eigentlich ganz vergessen, als mich eine Studienreise im vorigen Frühling wieder nach Paris führte, in den gold- und marmorfarrenden Lesesaal der National-Bibliothek. Da meine Zeit gemessen war, fand ich mich zumiß schon Morgens an meinem Arbeitsstisch ein, zu einer Stunde, in welcher von den vierthundert Schreibtischen kaum drei Duzend besetzt waren, denn die Franzosen sind Spätaufsteher und verlassen ihr Heim nicht gern vor dem Gabelstich. Aber so zettig ich auch zur Stelle sein mochte, vor mir hatte sich regelmäßig ein Graukopf eingestellt, der seinen Stammsitz, mir gerade gegenüber, nicht vor dem Glockenzeichen verließ, das zum Ausbruch mahnte. Wir beachteten einander kaum, da Jeder mehr mit seinen Büchern, als mit den Besuchern der Anstalt beschäftigt war. Als ich aber einmal beim Verlassen des Saales mit meinem Gegenüber zusammentraf, blickten wir uns scharfer ins Auge: es währte eine Weile, bis ich in dem Frühlingsalter, der mir herzlich die Hand schüttelte, Maurice wiedererkannte. Wir schlenkerten

die Rue Richelieu hinab zum Palais Royal, in dessen maigrünen Anlagen fröhliche Kinder sich wohlgehen ließen. Unterwegs erzählte mir Maurice, daß er eben daran sei, während der letzten Jahre betriebene Forschungen über das Pariser Rothwälsch abzuschließen und zu veröffentlichen. Was er mir über Art und Anlage seiner Untersuchungen mittheilte, bekundete in jedem Wort die Absicht, eine methodisch strenge, richtige Gelehrtenarbeit zustande zu bringen. Maurice wollte nicht mehr, noch weniger bieten, als der nächstbeste Schüler eines romanischen Seminars; auf Grund dieser Abhandlung gedachte er Baccalaureus, wenn's hoch kam, Lehrer an einem Lyceum zu werden. „Zu etwas nuß muß der Mensch auf Erden ja doch sein“, meinte er mit wehmüthigem Lächeln. „Und da ich es versäumt habe, zu rechter Zeit geschickt zu sein, was Nüchternes zu lernen und meinen eigenen Hausstand zu gründen, will ich in meinen alten Tagen wenigstens an den Kindern Anderer mich erfreuen und mich als Schulmeister versuchen.“ Ich konnte mir diese idyllische Wendung in Maurice's Zigeunerleben nicht gleich zurecht legen und schwieg; er aber errieth meine naheliegenden Gedanken, denn er meinte nach einer Weile: „Es kommt Ihnen wohl seltsam vor, daß ich armer Timon gegen alle Gebote der Tragödie mit einem stillen Philistrium mich bescheide? Oder Sie zweifeln wohl gar, daß ich einen neuen Menschen angezogen? Es mußte sich da wirklich ein Wunder begeben, ein Wunder freilich“ — fügte er sogleich erklärend hinzu — „bei dem es nur mit allzu natürlichen Dingen zugeht.“ „Wollen Sie mir davon nicht bei einem guten Tropfen erzählen?“ fragte ich, da wir eben beim Café Corazza vorbeikamen. „Meinetwegen, oder besser: Ihnen zu Ehren. Für gewöhnlich hab' ich das Trinken sonst wohl aufgegeben, wenn ich es auch nicht geradezu verschworen habe.“ Wir traten in die gemütliche Weinstube. Maurice ließ es sich nicht nehmen, mich zu bewirthen, und er erfüllte sein Amt als Gastgeber mit so gewinnender Freundlichkeit, daß mir die persönliche Macht des ehemaligen Studentenkönigs auf seine Mannen vollkommen verständlich wurde. Wir hielten beim Nachtisch, der Burgunder dunkelte in den Kelchgläsern; da begann Léon:

„Als ich aus Galedonien heimkehrte, fühlte ich mich ungebeugt; ich betrachtete mich als Märtyrer einer großen und guten Sache, und war gewillt, dem Schicksal Stand zu halten. Alle Unbill, die ich erlitten, sollte mich zu neuem Aufschwung ermutigen; die falschen Freunde und die treulose Braut gedachte ich durch außerordentliche Leistungen zu beschämen. Ich träumte davon, ein Volksmann zu

werden, so prahlerisch und umschmeichelt, wie ich vordem als Studentenkönig gewesen; ich sah mich schon als siegreichen Helden eines Nährkates, der zuguterletzt alle Kränkungen mit Gelmuth vergilt. Ich erstrebte Ungewöhnliches und erfuhr nur allzu langsam, daß ich ein recht gewöhnlicher Mensch sei. Widersprechen Sie mir nicht; ich habe Muße genug gehabt, das zu ergründen, und meine schlimmste Zeit war nicht, da ich das klar vor mir sah, sondern die furchtbare Zeit der Selbsttäuschung. Ich, der die Welt aus den Fugen heben, dem Zukunftsstaat ins Leben führen wollte, war nicht im Stande, das unscheinbarste geordnete Tagewerk zu vollbringen. Oder billiger: meine Thatkraft verlagte nach kurzem Anlauf; ich begriff gar nicht, daß ich nichts Rechtes wußte und konnte und daß mein Resterwerth bei mir selbst beginnen müsse. Ich lernte nur meine Gegenwart verachten und meine Zukunft preisgeben, während ich doch meine Vergangenheit hätte abschütteln und die verlorene Jugend hätte wett-machen sollen. Dieser Irrthum — nicht die Schuld der bösen, harten Menschen, die so schwer an mir gefündigt — trieb mich zur Verzweiflung. Mein Leben war mir verkehrt: ich liebte und ich fürchtete nichts mehr: ich fragte mich nicht, warum, nur wie lange ich noch leben werde. Immer häufiger trat ich vor meine Hausapotheke, in der Altheilmittel für jedes Leid zu finden waren: Pilsolen, Psyllen, Dolche. Und wenn ich den dämonischen Lockungen dahel nicht folgte, melbete ich andere Tröster im Freien. So oft ich des Abends an der Seine fortschritt, sah ich nicht mehr wie ehemals mit schönheitstrunkem Auge die einzigen Strom- und Brückenbilder dieser Wunderstadt: ich hörte nur noch die gurgelnden Wässer der Tiefe: mich zog's ungezählte Male zu meinem Lieblingsplatz, an die Uferböschung hinter Notre-Dame, näher und immer näher zur Morgue. Denn ich, den der erste Gedanke an Selbsthilfe entsetzt hatte, als ob mir ein toller Hund unversehens an die Kehle gefahren wäre, beruhigte mich mehr und mehr mit der Aussicht, daß es hundert Wege gebe, das Dasein zu verlassen, daß mein Glend nicht ewig währen könne. Wer aber das Leben aufgibt, den giebt auch das Leben auf. Ich ging auf Erden, um mit dem Evangelium zu reden, wie ein überlängtes Grab. Der Erlöser aber, der mich auf den Heilsweg der Pflicht und Entsagung führen sollte, war ein Gottloser oder besser ein genialer Zufall, der mir seinen vorbildlichen Lebenslauf vor Augen stellte.

Ein geheimnißvoller Zug trieb mich immer wieder in die Rue Montparnasse, genau an die Stelle, an welcher ich verwundet worden war. Hatte ich doch an diesem Ort den ersten Denkfettel für mein

bürgern, die nicht Staatsdiener sind. Das bestehende Recht steht ihm nicht wie diesen nur die durch das Strafgeseß gezogenen Schranken; es legt ihm auch die besonderen Pflichten auf, deren Erfüllung sein Amt von ihm erfordert, und zwar ohne daß er sich hiergegen etwa, wie es sonst schon geschehen, auf Verfassungsbestimmungen wie die der Art. 27 und 28 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 berufen könnte. Indem hier die Freiheit der Meinungsäußerung durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung jedem Preußen als Grundrecht der Staatsangehörigen garantiert wird, ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß für den Genuß dieser Freiheit außer durch das Strafgeseß dem Einzelnen auch noch durch besondere die Staatsbürger als solche nicht betreffende rechtliche Beziehungen, in welche er eintritt, Schranken gezogen sein können.

An einer anderen Stelle des Erkenntnisses heißt es: „Endlich ist klar, daß, je weiter sich ein Beamter in der öffentlichen Discussion politischer Angelegenheiten von einer sachlichen Erörterung entfernt, je mehr er sich durch die Parteilichkeit bewegt darstellt, sich durch dieselbe zu offenbar ungerechten, unwarhaken Behauptungen und Angriffen verleiten läßt, die politische Gegnerschaft zur Feindschaft steigert, er umso mehr auch an der unerlässlichen „Mäßigung“ und an dem nöthigen „Vertrauen“ zu einer sachlichen und gerechten Führung des ihm anvertrauten öffentlichen Amtes einbüßen muß. In allen diesen Beziehungen muß dem besonderen Gewicht, welches der Amtseharakter dem öffentlichen Auftreten eines Beamten verleiht, die besonnene Berücksichtigung der mit dem Amte verbundenen Pflicht des Maßhaltens und unter Umständen der Zurückhaltung entsprechen. Es handelt sich dabei um Pflichten, die den Beamten in allen politischen Parteien gemeinsam sind und von dem Wechsel der politischen Systeme in der Staatsregierung nicht berührt werden.“

Zur Wahlbewegung.

Der Annoncenheft der Provinzialblätter ist jetzt von den Caricaturisten durch eine Fülle von schwülstigen Ausrufen an die Wähler occupirt. Die Verdächtigungen, die gegen die Reichstags-Majorität geschleudert werden, halten sich überall getreu an die von den Officiösen aufgestellten Muster. Urrpöblich haben unsere heimathlichen Compromißler herausgefunden, daß die schließlichen Abgeordneten für den deutschen Reichstag durchaus in ihren Wahlkreisen ansässig sein müßten. Die Löwenberger waren die Ersten, welche diese Entdeckung gemacht haben; die Glogauer traten in die Fußstapfen der Löwenberger, und nun kommen die Waldenburger, die es den Vorgenannten abguckelt haben. Nachdem die Compromißler in Waldenburg den liberalen Candidaten als einen „Fortgeschrittenen“, der ihnen von „außwärts“ judicirt wurde, bezeichnet haben, empfehlen sie ihren Candidaten, Commerzienrath Dr. Egmunt Weßky, als einen Mann, der „aus unserem Waldenburger engeren Kreise“ ist. Die Herren scheinen zu vergessen, daß gerade ihre Caricellbrüder in den meisten anderen Bezirken Candidaten von „außwärts“ aufgestellt haben. Der Candidat der Freisinnigen im Waldenburger Kreise, Herr Stadt Syndicus Dr. Eberty aus Berlin, der am Sonnabend einen Vortrag in Waldenburg gehalten, hat alle Angriffe, die gegen ihn in dem famosen conservativen Aufruf enthalten sind, energisch zurückgewiesen. Unser s-Correspondent schreibt uns über diese Verammlung:

„Die von dem Vorstande des liberalen Wahlvereins zu gestern in den Gasthof „zum Schwerdt“ hierherberufene Wählerversammlung, welche von über 1000 Personen aus allen Theilen des Kreises besucht war, wurde von dem Vorsitzenden, Herrn Köhler aus Altwasser, eröffnet und mit dem Zweck der Einberufung bekannt gemacht, der darin besteht, der liberalen Partei den Stadt Syndicus Eberty aus Berlin als Reichstags-Candidaten vorzustellen und dessen politisches Programm zu hören. Eberty bemerkte im Eingange seiner fast zweistündigen, von wiederholtem Beifall begleiteten Rede, obwohl er wegen der Krankheit seines Vaters von schwerer häuslicher Sorge heimgejagt werde, so habe er doch dem Rufe, im biesigen Wahlkreise zu erscheinen, Folge geleistet, denn es handle sich darum, kund zu thun, daß es im deutschen Volke noch möglich sei, eine eigene Meinung zu vertreten. Was ihn betrifft, so wolle er des Kaisers und des Volkes Diener sein. — Redner beleuchtete weiter die Bedeutung der Auflösung des Reichstages und hob hervor, daß durch die Neuwahlen der wahre Volkswille erforderlich werden solle. Wenn dieser zum Ausdruck kommen solle, so müsse jeder Wähler von seinem Wahlrecht Gebrauch machen, nach seiner freien Ueberzeugung wählen und sich nicht beeinflussen lassen. Nachdem sodann der Redner sich gegen die Angriffe der Conservativen und Nationalliberalen auf die Deutschfreisinnigen, als hätten diese mit der Majorität des Reichstages die Militärvorlage abgelehnt, gerichtet, berührte derselbe die Kriegsgesetze, durch welche die conservative Presse das Volk in beständiger Unruhe erhalte und ver-

schuldet habe, daß hieselben Millionen verloren gegangen seien. Man wolle in Frankreich ebenjowenig den Krieg, als in Deutschland, und wiederholt sei vom Kaiser die Versicherung abgegeben worden, daß eine Kriegsgefahr nicht bestehe. Es sei ein Mißbrauch des kaiserlichen Namens, denselben fortwährend in die Parteien hineinzuziehen. Auf die Finanzlage Bezug nehmend, hob Redner hervor, dieselbe müsse von der Volksvertretung geprüft werden, deren Pflicht es sei, darauf zu achten, daß die Steuerzahler nicht zu sehr belastet würden. Der Reichstag habe die Rechte des Volkes zu wahren, nicht verlehren, aber fest. In diesem Sinne und in der Treue für Kaiser und Reich, so betonte Syndicus Eberty, bin ich Ihr Mann! Der Rede folgte lauter, anhaltender Beifall und ein Hoch auf den Reichstags-Candidaten. Mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser wurde die Verammlung geschlossen.“

Dr. Eberty spricht nächsten Sonnabend in Dittersbach, Sonntag in Altwasser und Gottesberg.

Die Nationalliberalen der Stadt und des Kreises Lauban scheinen mit der Aufstellung des Landraths von Seydewitz in Görlitz als Compromiß-Candidaten nicht ganz einverstanden zu sein. Unser h-Correspondent schreibt uns hierüber: „Eine Anzahl Herren aus Stadt und Kreis laden in einem Inserat der „Zeitung“ und des „Anzeigers“ alle Bewohner Laubans und der Umgegend, welche gesonnen sind, bei der bevorstehenden Reichstagswahl einem Candidaten ihre Stimme zu geben, der bereit ist, die von der Reichsregierung geforderte Verpfändung des Reichsleeres auf die Zeit von 7 Jahren ohne Rückhalt und Einschränkung zu bewilligen, dagegen Monopole oder Abänderungen des Wahlrechts abzulehnen, zu einer künftigen Mittwoch stattfindenden Verammlung ein, in welcher über die Person des zu wählenden Abgeordneten, sowie über die weiter für die Wahl zu treffenden Maßnahmen berathen und beschlossen werden soll. Wie dem Referenten aus ganz glaubwürdiger Quelle mitgetheilt worden ist, hat vorgestern bereits eine Sitzung der Vertrauensmänner stattgefunden. Nach längerer Debatte, in welcher verschiedene Meinungen zu Tage traten, einigte man sich schließlich dahin, die Aufstellung des Candidaten der qu. Verammlung am Mittwoch zu überlassen, derselben aber, „da sich kein anderer Candidat habe finden lassen“, die Candidatur des Herrn von Seydewitz in Vorschlag zu bringen.“

Das liberale Wahl-Comité in Sprottau hatte für Sonntag Nachmittag alle Wähler von Stadt und Land zu einer Versprechung über den für die bevorstehende Reichstagswahl aufzustellenden Candidaten eingeladen. Dieser Einladung hatten sehr weit über 200 Bewohner des Kreises Folge geleistet. Mühlenbesitzer Gräß eröffnete die Versammlung und sprach mit treffenden Worten über den Zweck derselben. Zum Candidaten wurde Oberbürgermeister v. Fockenberg in Berlin einstimmig proclamirt. Herr v. Fockenberg wird, soweit bis jetzt vereinbart ist, Montag, 14. Februar, Abends 8 Uhr, in Sprottau eine Ansprache an die Wähler halten.

• • • **Communalsteuer aus Einnahmen vorübergehender Natur.** Dem Gerichtsassessor E. wurde durch Verfügung des Justizministers die commissarische Vertretung eines erkrankten Amtsrichters beim Amtsgerichte zu Beuthen O.S. auf die Dauer der Krankheit des Letzteren übertragen. Der Magistrat in Beuthen veranlagte den E., welcher für diese Vertretung monatlich 180 M. Diäten bezog, nach diesem Einkommen für die Zeit vom 1. October 1885 bis Ende März 1886 zu den dortigen Communalabgaben. Mit seinem Einkünfte zurückträte, klagte E. gegen den Magistrat auf Freilassung von diesen Abgaben bezw. Erstattung der bereits gezahlten Beträge, weil er nicht in Beuthen, sondern in K. seinen Wohnsitz habe, weil er dem dortigen Amtsgericht zur Beschäftigung überwiesen sei und dortin nach Beendigung seines Commissariats zurückträte, weil er sich ferner nicht freiwillig und zur Erwerbung seines Unterhaltes in Beuthen aufhalte, und die ihm gewährten Diäten kein steuerpflichtiges Einkommen, sondern eine Entschädigung für einen dienstlichen Mehraufwand darstellten. Der Bezirksauschuß zu Oppeln erkannte dem Klageantrage gemäß; derselbe nahm an, daß nach dem Ministerialercepte vom 29. Nov. 1875 vorübergehende Bezüge der Beamten, wie sie Kläger erhält, nicht als steuerpflichtiges Einkommen, sondern als Dienstaufwandsvergütung anzusehen seien, daß die dem E. übertragene Vertretung nur eine vorübergehende sei, und daß E. nicht in Beuthen, sondern in K. seinen Wohnsitz habe. Auf Revision des Magistrats bestätigte, wie das „Preuß. Verw.-Blatt“ mittheilt, das Obergerichtsverwaltungsgericht II. Senat am 11. Januar 1887 diese Entscheidung mit der Begründung, daß in der Feststellung des Vorberichters, daß die dem E. gewährten Diäten nur als Vergütung für Dienstaufwand anzusehen seien und die aus der Beschäftigung des E. in Beuthen resultierende Einnahme nur vorübergehender Natur sei, eine Verletzung des Gesetzes nicht zu finden sei.

• **Historisches Concert.** Das dritte historische Concert des Bohn'schen Gesangvereins findet Montag, den 14. Februar, im Musiksaal der Universität statt; das Programm enthält Vocalcompositionen von L. van Beethoven. Das Concert schließt sich ergänzend den Aufführungen Beethoven'scher Vocalwerke an, die im Laufe dieses Jahres in Breslau

stattfinden und noch stattfinden werden. Der Orchesterverein führte die 9. Sinfonie auf, das nächste Concert der Singakademie wird die Missa solemnis bringen; für das Musikfest ist die Cantate „Der glückliche Augenblick“ in Aussicht genommen. Der Bohn'sche Gesangverein wird zum Vortrag bringen: Ausgewählte Sätze aus den vor etwa 2½ Jahren wieder aufgefundenen, aus Beethoven's Jugendzeit stammenden Cantaten auf den Tod Kaiser Josef des Zweiten und auf die Erhebung Leopold des Zweiten zur Kaiserwürde, den Schlußchor aus dem Oratorium: „Christus am Oelberge“, das Kyrie aus der C-dur-Messe, den elegischen Gesang (op. 118), das Opferlied in der zweiten Bearbeitung (op. 121b), Meeresstille und glückliche Fahrt, Volkslieder mit Begleitung von Violine, Violoncello und Clavier und Gesänge für eine Stimme mit Clavier. Die Soli haben Hrl. M. Seidelmann, Frau M. Dinger, Herr Dr. Goldschmidt und Mitglieder des Vereins übernommen. Dem Concert geht ein die Thätigkeit Beethoven's als Vocalcomponist schildernder Vortrag des Dirigenten Dr. E. Bohn voraus.

• • • **Schlesisches Museum der bildenden Künste.** Herrn Kunsthändler Bruno Richter ist vom Curatorium die Erlaubnis zum Verkauf von Nachbildungen der dem Museum gehörigen Kunstwerke innerhalb des Museums erteilt worden. Derselbe hat die im Besitz des Museums errichtete Verkaufsstelle heute eröffnet. — In der Abtheilung der Gypse ist nunmehr der wohlgelegene Abguss aufgestellt, den die Museumsverwaltung unter dankenswerthem Entgegenkommen der geistlichen Behörde von dem in der Kreuzkirche befindlichen Grabmal Herzogs Heinrich IV. von Schlesien hat ausführen lassen.

B. **Verein für Geschichte der bildenden Künste zu Breslau.** In der am 3. Februar cr. abgehaltenen Sitzung sprach Oberlehrer Dr. Pelzer über den französischen Maler und Radierer Antoine Watteau, geb. 1684 zu Valenciennes in Flandern. Der Vortragende begann mit einer Schilderung der gesellschaftlichen Zustände Frankreichs am Anfange des 18. Jahrhunderts, um so den Hintergrund zu gewinnen für die Darstellung des Malers, der in unübertroffener künstlerischer Durchbildung das damals moderne gesellschaftliche Treiben Frankreichs, die „fêtes galantes“ in die Malerei eingeführt hat. In kurzen Zügen wurde unter scharfer Scheidung geschichtlicher Thatfachen und anecdotenhafter Erzählungen ein Lebensbild des Künstlers entworfen von seiner Geburt bis zu seinem am 18. Juli 1721 in Nogent bei Valenciennes erfolgten Tode. Hieran schloß sich ein Ueberblick über den künstlerischen Entwicklungsgang Watteau's. Der Einfluß und die Bedeutung seiner Lehrer Claude Gillot und Claude Audran wurde geschildert und auf des Künstlers eigene Studien nach Rubens und Paolo Veronese hingewiesen. Sodann wurden des Künstlers Werke, in einzelne Gruppen zusammengestellt, namhaft gemacht: mehrere Gemälde, z. B. l'embarquement pour l'île de Cythere, La mariée du village, das Firmenschild Geraints u. s. w. wurden eingehend betrachtet. Schließlich folgte auf eine kurze Angabe der über Watteau vorhandenen kunsthistorischen Quellen eine Schilderung der Wandelbarkeit des Zeitgeschmacks, welche Watteau im Laufe der anderthalb Jahrhunderte, die seit seinem Tode verflossen sind, nicht weniger als alle anderen Rokokokünstler hat erfahren müssen.

B. **Humboldt-Verein für Volksbildung.** Am Sonntag sprach im Musiksaal der Universität Herr Professor Dr. Auerbach über „Gold und Eisen.“ Nachdem der Redner die Wahl des Themas motivirt hatte, bezeichnete derselbe als typische Vertreter des Gegenstandes von Werth und Unwerth „Gold und Eisen“. Die Häufigkeit des Vorkommens der Stoffe unterscheiden dieselben einerseits und bedingen zum Theil auch deren Werth. Wenn jedoch dieser nur davon abhänge, so müßte Gold 100000 Mal soviel werth sein, als Eisen. Die Mäße der Gewinnung der Stoffe beeinflussen aber auch deren Werth und bei den angeführten Stoffen stellt sich dann das Werthverhältniß so, daß Gold nur noch einige 1000 Mal so viel werth als Eisen ist. An der Grenze der äußersten Billigkeit steht das Eisen, das als Rohesisen per Mgr. faum 5 Pf. kostet. Als solches ist es aber nicht rein; sobald aus ihm auf elektrischem Wege reines Eisen dargestellt wird, so wird der Preis 100 Mal höher. Der Werth des Eisens steigt, als es an Stelle der Bronze trat, und sank nachher wieder. Zum Schluß besprach Redner das Werthverhältniß zwischen Gold und Silber.

H. **Bestalozzi-Verein.** Die gestern Abend im „König von Ungarn“ abgehaltene Generalversammlung des Vereins leitete an Stelle der beiden verhinderten Vorsitzenden der Cassirer des Vereins, Rector Reichert. Derselbe erstattete zunächst den Kassenbericht. Nach demselben besitzt der Verein ein Vermögen von 6300 Mark, gebildet durch Geschenke und Vermächtnisse. Die Einnahme des Vereins betrug 1744,45 M., darunter 1359,50 M. an Mitgliederbeiträgen, 200 M. als Geschenk vom Breslauer Zweigverein des Allgemeinen preussischen Beamten-Vereins, 36,13 Mark Erlös für verkaufte Cigarrenspitzen u. dergl. Die Ausgaben betrugen 1732,20 Mark. Der an den Centralverein abgelieferte statutenmäßige Beitrag belief sich auf 731,70 M., wogegen der Zweigverein 32 Dividenden à 20 M. zur Verteilung an die von ihm vorgeschlagenen Wittwen zusammen mit 640 M. zurückstellte. Diese Dividende erhöhte der Verein aus seinen Mitteln um je 13 M., außerdem zahlte er an 9 Wittwen noch je 33 M., an 6 zu 23 M., und an eine Wittve noch besonders 15 Mark. An außerordentlichen Unterstüzungen wurden im Laufe des Geschäftsjahres bereits 50 Mark an drei Wittwen gezahlt, so daß im Ganzen 1556 Mark an Unterstüzungen verteilt worden sind. Dem Cassirer wurde demnach Decharge erteilt und der Dank der Versammlung für die sorgfältige Führung der mühevollen Kassenbücher ausgesprochen. — Dem (Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Leben bekommen und trug ich mich doch mit dem Vorhaben, just auf demselben Platz ein Ende zu machen. So oft mich aber auch untertags mein Weg hinführte: immer wieder hielt mich meine tiefe Abneigung gegen alles Komödiantische davon ab, in das ruhelohe Straßengewühl mit einem Knalleffect hineinzuplagen. In stiller Nachstunde schlich ich mich an die Schicksalsstätte: zu meinem Erstaunen fiel greller Lichtschein auf den Fleck, der schon einmal mit meinem Blute war geröthet worden. Ich nahm das als Zufall und kehrte in der nächsten Nacht an dieselbe Stelle zurück. Und wiederum erlebte ich dasselbe Schauspiel. Und wiederum trieb es mich von dannen. Das dritte Mal kam ich um eine volle Stunde später: aber dasselbe Licht schaute mit der gleichen unveränderlichen Klarheit auf mich hernieder. So kehrte ich wohl an die vierzehn Nächte immer mit demselben Voratz, doch immer zu anderer Stunde, an dieselbe Stelle zurück und immer erstaunter starrte ich zu der hell leuchtenden Flamme empor. Die mir, fast wie die Fackel des Lebens, entgegenglühte. Ich war so seltsam berührt durch dies eigenthümliche Zusammentreffen, daß ich einmal volle vierundzwanzig Stunden das räthselhafte Fenster im Auge behielt. So wie es dunkelte, wurde die Lampe angezündet; dann brannte sie die ganze Nacht fort bis zum hellen Morgen. Die Regelmäßigkeit, mit der ich mich einfand, war den Streifswachen längst aufgefallen: endlich stellte mich ein Stadtsergeant kurzab zur Rede nach meinem Begehre. Ich sagte der Wahrheit gemäß, ich wollte nur wissen, weshalb in dem Fenster des Eckhauses unaussprechlich Licht brenne? Und obgleich er diese Antwort nicht als sichhaltig ansehen mochte, erwiderte er: „Da oben wohnt Herr Littré, der Akademiker, der arbeitet die Nächte durch, wie viele Andere nicht die Tage.“ Die große Unzulänglichkeit machte mir weiter keinen Eindruck; die Thatfache selbst aber, daß ich zu keiner noch so frühen, noch so späten Stunde der Nacht das Lämpchen verloscht sah, gab mich nicht mehr frei. Sie mögen es glauben oder nicht; Monate lang hing mein Dasein daran, ob ich in dem gespenstischen Eckfenster Lichtschein erblicken würde oder nicht? Er fehlte niemals; ich mochte kommen, wann ich wollte: das Lämpchen des Herrn Littré leuchtete auf die Straße hinaus und weiterhin tief in mein umdüstertes Gemüth. Je häufiger ich zu dem unverrückbaren Lichte aufblickte, desto deutlicher erkannte ich, was Alles mir selbst fehlte. Und je bewegter ich zu der ehernen Willenskraft dieses modernen Mönches aufschaute, desto schmerzlicher wurde ich mir meiner Haltlosigkeit bewußt. Da oben —

so rief es mit tausend Zungen in mir, wie allerorten um mich — vollbringt ein hoher Siebziger, dessen Leib schmerzhafteste Krankheiten durchwühlten, mit nimmermüdem Eifer das Riesenwerk, den Sprachschatz seines Volkes zu ergründen, zu verbuchen, zu erklären. Dieser schwache, gichtbrüchige, sterbende Greis, dem nie die Gnadenförmigkeit der Jahre- und jahrzehntelangen Noth und Glend und Vertrennung durchgemacht, arbeitet für sich allein mehr, als die ganze französische Akademie Zeit ihres Bestandes. Seit zwei Menschenaltern schauet er also Tag um Tag, Nacht um Nacht; von den Freuden des Daseins kennt er nur die Mühsal der Arbeit. Seine einzige Lustbarkeit besteht darin, Arme unentgeltlich als Arzt zu berathen, seine einzige Erholung bleibt, dem Schlag einer Nachtigall aufzuhören, die im Nachbargarten ihr Nest aufgeschlagen. Und seine einzige Zuversicht ist das Bewußtsein treu erfüllter Pflicht hienieden; denn vor seinem strengen Aug' besteht kein Jenseits; er lebt und stirbt in seiner Arbeit. . .

Freund! was ich mir in diesen Nächten gesagt und gestanden; wie ich ihm und mir gelobte, ein Anderer, der demüthige Pfleger des Kleinen und Kleinsten zu werden; wie ich Selbstabscheidung und Selbstaufopferung lernte; wie ich gelittet, bis der alte Adam ausgetrieben war — es ist nicht in Worten zu sagen. Und es ist auch nicht auf einen Ruck geschehen. Nicht Bewunderung allein, auch Unmuth und Erbitterung meldeten sich. Wo steht denn gescheit — so tobte es in mir — daß wir Alle Ausnahme-Menschen sein sollen, sein können, wie dieser Wundermann, der als Naturforscher und Sprachgewaltiger, als Philosoph und Publizist gleich Bedeutendes leistet? Warum ward gerade ihm die Ueberkraft verliehen, dem Tod ins Angesicht zu treten, als Sterbender Blatt um Blatt, Entdeckung um Entdeckung in die Welt zu schicken?

In seine Kreise wollte ich mich drängen, ihm selbst das Bindende und Lösende Wort abfragen, seinen Gleichmuth stören, seinen Hausfrieden brechen. Im Schlaf, wie im Wachen verfolgte mich das verwünschte Lämpchen, nach dem ich einmal — Gottlob nur in einem merkwürdigen Nachtgesicht — einen festen Steinwurf wagte: die Scheibe fiel klirrend zu Boden: der stille, zusammengeschrumpfte Gelehrte mit dem häßlichen Altwiebergesicht ließ sich dadurch nicht in seiner Arbeit stören. Auch nicht, als ich mich durch das offene Fenster hineinschwang und wilde Reden hervorprudelte. Er sah mich mit leuchtenden Augen an: dann laß und schrieb er unbeirrt weiter. Seine unsägliche Geringschätzung erbitterte mich dermaßen, daß ich

eine Fluth von Schmähwörtern über ihn ergoß; am liebsten die derbsten, rohesten, wie ich sie in Schänken und Kaserhöhlen nur allzu oft vernommen. Nun merkte er wirklich auf, aus sachlichem Antheil, denn jeden Ausdruck, der ihm neu war, zeichnete er in das Nachtagsheft, das er selbst für den künftigen Herausgeber seines Wörterbuches vorbereitete. Diese übernatürliche Ruhe trieb mich zur Verzweiflung; ich stürzte mich auf das Straßengpflaster und — erwache mit dem festen Voratz, das Geträumte zu verwirklichen, ein Wörterbuch des Rostwälsch zu verfassen. Zu dem Einen sollten die Erfahrungen meiner schlimmsten Jahre doch noch gut sein! Leicht ist mir freilich die neue Lebensaufgabe nicht geworden; doch so oft ich zauderte und schwankte, führte mich mein Weg in nächtlicher Einsamkeit wieder vor die Klause des Gelehrten. Erregter hat Leander nie zum Hero-Lämpchen, frömmere nie ein Gläubiger zum ewigen Licht aufgeblickt, als ich zum Studirlämpchen des Herrn Littré. Und da ich endlich ein Anderer geworden, als ich mit dem ersten Heft meiner Arbeit mich bei ihm einführen wollte, um dem Meister zu sagen, was Alles ich ihm schulde, starb er. Tief ergriffen, gedachte ich ihm wenigstens die letzte Geste zu erweisen. Wer aber beschrieb mein Erstaunen, als ich das Trauerhaus betrat und mit einemmal erfuhr, daß Littré nicht im ersten, sondern im dritten Stock wohnte; daß seine Fenster nicht in die Rue Montparnasse, sondern in eine Nebengasse gingen? Daß das geheimnißvolle Licht keineswegs aus seinem Arbeitszimmer, sondern aus dem Laden eines Weinhandlers kam, der aus Angst vor Einbruchsdiebstahl sein Gewölbe die ganze Nacht beleuchtet hielt?

„Eine hübsche Verirrgeschichte!“
„Nein, lieber Freund! Das Lämpchen des Herrn Littré bleibt mir ein firhlendes Sinnbild moralischen Selbstenthuns, wie die Lehre, mit welcher er uns am Ende seines Lebens ermuntert hat, „vor Allem auf das zu achten, was man nach Pflicht und Schuldigkeit zu vollbringen, und erst hernach zu fragen, ob und wovon man zu essen habe.“
„Ihr Abenteurer bleibt darum doch die richtige Heiligengende.“
„Rein Wort weiter, wenn Sie mir gut find! Angestofen! Es gilt meinem Schutzpatron und seinem Lämpchen.“
„Immerhin! Die meisten unserer Ideale sind ohnehin Ederbildungen. Sie können zufrieden sein, daß diesmal wenigstens der Befreier ein edler, freilich unmoderner Heiliger bleibt, auch wenn Sie ihm das bishen Heiligenschein nur fälschlich angehängt haben.“

Anton Dettelheim.

Mit zwei Beilagen.

(Fortsetzung.)

hieraus vom Schriftführer des Vereins, Rector Heibrich, erstatteten Jahresberichte ist zu entnehmen, daß der Verein gegenwärtig 691 Mitglieder zählt, gegen 663 im Vorjahre. Hiervon sind 65 Mitglieder, 489 Lehrer und 137 Lehrerinnen. Durch den Tod verlor der Verein 10 Mitglieder, darunter 8 Lehrer. Unterhielt wurden 35 evangelische und 12 katholische Lehrerwitwen. — Zu Mitgliedern der Rechnungs-Revisions-Commission wurden die Herren Krüger, Siegel und Köhler und zu Stellvertretern die Herren Hildebrand, Räther und Hampel ernannt. Als Delegirter des Vereins für die diesjährige General-Versammlung des Provinzialvereins wurde der Vorsitzende, Mittelschullehrer Peudert, gewählt. — Schließlich machte der Vorsitzende noch verschiedene Mittheilungen. Durch die Bemühungen des Herrn Lehrer Veltz sind dem Vereine von dem Verein Kunststudirenden eine Anzahl Delgemälde, Aquarellen etc. zum Zwecke einer Verloofung zum Besten des Vereins zur Verfügung gestellt worden. Die Versammlung spricht den Herren Geschenke ihren Dank aus und beauftragt den Vorstand, das Weitere bezüglich der Verloofung zu veranlassen. Ferner theilte der Vorsitzende mit, daß Herr Organist Lichner demnächst ein Concert zum Besten des Vereins veranstalten will, und ersucht die Mitglieder, Herrn Lichner durch eine recht zahlreiche Mitwirkung zu unterstützen.

p. Handelsgärtner-Verein. Seitens des hiesigen Handelsgärtner-Vereins wird, gemäß dem Beispiel der Berliner Berufsgenossen, die Gründung einer Innung der Breslauer Handelsgärtner geplant. Zur Veranlassung und Befestigung dieser Angelegenheit ist auf den 7. März c. eine Generalversammlung des Vereins angesetzt worden.

B. Gölitz, 7. Febr. [Jagdverpachtung.] Der Stadt ist von dem Claviervirtuosen Kaver Scherwenka in Berlin die Offerte einer jährlichen Pacht von 12000 Mark für die Jagd in der städtischen Heide zugegangen. Das Angebot ist so hoch, daß man meinen sollte, man werde mit beiden Händen zugreifen, um so mehr da die Ausübung der Jagd durch die Oberförster unzulässige Nachteile hat. Aber, wie verlautet, beabsichtigt die Forstdeputation, Bedingungen in Vorschlag zu bringen, die wohl den Bewerber veranlassen dürften, sein Angebot zurückzugeben.

§. Hirschberg, 7. Februar. [Riesengebirgsverein, Section Hirschberg.] In der heutigen, vom Vorsitzenden Professor Dr. Rosenberg geleiteten sehr zahlreich besuchten General-Versammlung der hiesigen Section des Riesengebirgsvereins ergab der vom Schriftführer, Lehrer Höbner, erstattete Jahresbericht, daß das verflossene Vereinsjahr für die Section ein eben so arbeitsreiches, als fruchtbringendes gewesen. Es wurden in demselben 20 Sitzungen abgehalten und 10 Excursionen ausgeführt. Die Mitgliederzahl, welche am Schlusse des Vorjahres sich auf 553 belief, beträgt gegenwärtig über 600. Die vom Cassirer, Kaufmann Hinzmann, geleitete Jahresrechnung weist eine Einnahme von 217,80 M., eine Ausgabe von 212,86 M., und demnach einen Kassenbestand von 4,94 M. nach. — Den im weiteren Verlauf der Verhandlungen vom Vorstande gestellten Anträgen, betreffend die Errichtung eines Vesperabends auf den von der Section käuflich erworbenen „Schlangen“ trat die Versammlung bei. Die Kosten des nach Maßgabe einer vom hiesigen Schlossermeister Jädel gefertigten Zeichnung aus Eisen zu konstruirenden Bauwerkes werden auf circa 1000 M. sich belaufen. Um die Bewilligung dieser Summe aus der Kasse des Gesamtvereins soll der Centralvorstand ersucht werden. — Bei der sodann vorgenommenen Vorstandswahl wurden die bisherigen Mitglieder des Vorstandes einstimmig wiedergewählt. Die Delegirtenwahl wurde nach den Vorschlägen des Vorsitzenden erledigt. — Schließlich hielt Herr Kunstgärtner Siebenhaar noch einen auf eigener Anschauung beruhenden Vortrag über „Hirschberg vor 50 Jahren“. Den interessanten Mittheilungen des Vortragenden schlossen aus der Mitte der Versammlung sich mancherlei ernste und ergötzliche Ergänzungen an.

*** Umschau in der Provinz. Falkenberg.** Im hiesigen Johanniter-Krankenhaus ist ein junger Mensch von 19 Jahren, welcher aus der Gegend von Friedland O.S. stammt, an der Genickstarre gestorben. — **n. Göttesberg.** Unter Vorsteh des Pfarrers Grafen von Bröschow hielt die Gemeinde der Altkatholiken am Sonntag Nachmittag ihre diesjährige Versammlung ab. — **Herrnhut.** In der vor einigen Tagen abgehaltenen Sitzung des hiesigen Lehrervereins sprach Herr Candidat Hünkel über „Luther und seine Stellung zum Schulwesen seiner Zeit“. Nach diesem mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Vortrage sprach Herr Lehrer Zwirner-Königsbrunn über die auf dem Lutherbilde von Gey dargestellten Männer der Reformation. In der nächsten Sitzung des Vereins wird Herr Lehrer Kreschmer-Schelschowski über die Schreibmethode referiren. — Die beabsichtigte Erweiterung des hiesigen evangelischen Kirchhofes hat die Genehmigung der königlichen Regierung nicht erhalten, weil das Terrain der Uebergrümmung ausgefüllt ist. Es soll daher, wie der „Niederöhl. Anz.“ berichtet, seitens des Gemeinde-Kirchenraths darauf Bedacht genommen werden, ob nicht durch Aufschüttung des zu erwerbenden Terrains jenem Hindernis begegnet werden kann. — **Landeshut.** Unter Hinterlassung von mehr als 20000 Mark Schulden ist der Lederhändler Waltschott von hier spurlos verschwunden. Wie das „Kreisbl.“ mittheilt, ist die Verfolgung desselben eingeleitet. — **h. Landau.** In der am Sonntag abgehaltenen Sitzung des landwirthschaftlichen Vereins des Kreises Landau hielt Herr Ingenieur Rad aus Zittau einen Vortrag über „Flachsbau“. An der Hand des statistischen Materials wies der Herr Vortragende nach, daß jährlich ungefähr 810000 Centner Flachsbau im Werthe von 5 Millionen Mark in Deutschland eingeführt würden. Aus diesem Grunde empfehle es sich, daß der Flachsbau eine größere Verbreitung als bisher finde, zumal der Anbau dieser Frucht noch lohnend sei, da ein Morgen bei rationeller Bewirtschaftung einen Reinertrag von 111 M. zu bringen vermag. — Aus Anlaß des glücklich vollendeten Quetsbrückenbaues fand am Freitag Abend ein Diner statt, an welchem sich Mitglieder des Magistrats, der Stadtverordneten-Versammlung und die Bauunternehmer beteiligten. — Der stenographische Verein (W. Stolz) hielt am vergangenen Sonnabend sein erstes Stiftungsfest ab. Während der Feier traf ein Glückwunsch-Telegramm aus Breslau ein.

Gefechgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

8. Breslau, 8. Februar. [Schwurgericht.] — **Wissenschaftlicher Meinel.** Einem recht eigenhümlichen Verlauf nahm die heutige Verhandlung vor den Geschworenen angelegte Verhandlung gegen den des wissenschaftlichen Meinel's beschuldigten früheren Mühlenpächter, jetzigen Nachtwachmann Gustav Lobe von hier. Dem Angeklagten wurde seitens der Anklage zur Last gelegt, er habe im Jahre 1881 in einer Untersuchungsfrage Bobreck und Genossen wissenschaftlich ein falsches Zeugnis mit dem Eide bekräftigt. Lobe war in dieser Sache zunächst nur wegen fahrlässigen Meinel's unter Anklage gestellt worden. Der erste, am 23. Februar 1886 angefallene Termin mußte vertagt werden, weil die Besetzung der Strafkammer nicht den Bestimmungen der Strafproceßordnung entsprach, indem einer der Herren Beisitzer der Richterflatter in der für die Anklageerhebung eingeleiteten Besetzungskammer gewesen war. Im zweiten Termin, am 27. Mai, fehlte ein Zeuge, in Folge dessen trat zum zweiten Mal die Vertagung ein. Im dritten Termin endlich, welcher am 9. December stattfand, gelangte die unter Vorsteh des Herrn Landgerichts-directors Freitag tagende Strafkammer I zu dem Beschluß, es liege nicht fahrlässiger, sondern wissenschaftlicher Meinel vor, demzufolge sei die Strafkammer unzulässig, die Sache vielmehr zur Entscheidung vor das Schwurgericht zu verweisen. Um etwaiger Verdunkelung und Verschleppung der Sache vorzubeugen, war weiter beschlossen worden, den Lobe sofort in Untersuchungshaft zu nehmen. Nach achtwöchentlicher Haft wurde er heute den Geschworenen vorgeführt.

Als der Namensaufruf der Geschworenen beendet war, ehe also noch die Ausloosung begann, beantragte der Verteidiger, Herr Rechtsanwalt Dr. Berkowitsch, das heute anstehende Verfahren überhaupt für unzulässig zu erklären und den Angeklagten sofort aus der Haft zu entlassen. Zu näherer Begründung seines Antrages führte er Folgendes an: Lobe sei, wie sich aus den in letzter Stunde herbeigeschafften Akten der Staatsanwaltschaft und des Untersuchungsrichters ergibt, wegen der hier zur Aburteilung stehenden Anschuldigung bereits einmal und zwar im April und Mai 1882 in Untersuchung befindlich und auch für kurze Zeit verhaftet gewesen. In Gemäßheit des Antrages des Untersuchungsrichters vom 2. Mai sei er aber am 5. Juni 1882 durch Beschluß des Landgerichts außer Verfolgung gesetzt worden, weil die zu seiner Beschuldigung vorgebrachten Thatfachen nicht die für die Anklageerhebung notwendige Begründung boten. Von diesem Beschluß habe Lobe in vorchriftsmäßiger Weise Mittheilung erhalten, es liege somit ein rechtskräftiges Erkenntnis vor, demzufolge war nochmalige Einleitung der Unter-

suchung bezw. die Erhebung der Anklage davon abhängig zu machen, ob im Wiederanfrageverfahren — welches bekanntlich auch dann zulässig ist, wenn es zu Ungunsten des Angeklagten eingelegt wird — neue, den Angeklagten belastende Beweismittel beschafft waren. Dies ist nicht geschehen, Lobe vielmehr unter ganz derselben Begründung, wie im Jahre 1882 unter Anklage gebracht worden, dadurch wurde gegen verschiedene Paragraphen der Strafproceßordnung verstoßen, welche ein derartiges Verfahren in bestimmtester Weise für unzulässig erklären.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Herr Gerichts-Assessor Olbrich, erkannte im Allgemeinen die Richtigkeit dieser Ausführungen an, er beantragte aber mit der Motivierung, daß er in der Lage sei, neue Beweismittel beizubringen, die Vertagung der Verhandlung, dabei stellte er event. die vom Verteidiger beantragte Haftentlassung des Angeklagten anheim. — Der Verteidiger hielt nochmals an seinem Antrage auf Einstellung des Verfahrens fest. — Der Gerichtshof verkündete nach längerer Berathung, daß zunächst aus den vom Verteidiger geltend gemachten Gründen die Geschworenen in dieser Sache nicht mitwirken dürften; dieselben wurden deshalb sämtlich entlassen.

In neuer Berathung beschloß dann der Gerichtshof über die Einstellung des Verfahrens.

Das nach etwa einer Stunde in sehr ausführlicher Motivierung mitgetheilte Erkenntnis ging dahin, es sei unter Acceptation der Ausführungen des Verteidigers das jetzige Verfahren für unstatthaft zu erklären, weil eben keine neuen Beweismittel vorliegen, die Sache auch überhaupt vor ein falsches Forum gelangt sei, der Angeklagte sei sofort aus der Haft zu entlassen. Der Herr Staatsanwalt werde durch dieses Erkenntnis selbstverständlich in seiner weiteren Entscheidung nicht präjudicirt, ihm bleibe also die Einleitung eines neuen Verfahrens, sobald die Bestimmungen der Strafproceßordnung ordnungsmäßig erfüllt sind.

Telegraphischer Specialdienst der Breslauer Zeitung.

Landtag.

*** Berlin, 8. Febr.** Die Glocken von Rheinbrohl haben einen hellen Klang, aber heute erklangen sie dumpf und grollend. Der Glockenstreit ist noch immer nicht ausgetragen, und die Anklagen der Gemeindeglieder gegen Bürgermeister und Landrath wachsen riesengroß. Der clericale Abgeordnete Rintelen machte sich zum beredten Anwalt der Gemeinde, aber da der Minister zusagte, daß die Anklagen zur gerichtlichen Prüfung gelangen sollen und der Rechtsstreit über das Verfügungsrecht über die Glocken noch nicht entschieden ist, so verlief die Debatte im Sande. Allein es sollte noch zu einem oratorischen Intermezzo von heiterer Art kommen. Herr Berger-Witten, der begeistert gegen die Ultramontanen vom Leder zog und dem Minister weidlich secundirte, warf Herrn Rintelen Gesinnungswechsel vor. Rintelen sei im Jahre 1861 Fortschritt-Candidat gewesen und sitze heute auf den Centrumsbänken. Herr Ratorp bestätigte diese Thatsache, und auch Herr von Pilgrim pflichtete ihr bei. Und doch scheint uns Herr Rintelen in diesem Falle vollen Glauben zu verdienen, wenn er versichert, er sei stets ein freisinniger Mann gewesen und zugleich ein treuer Katholik, seine Ansichten hätten sich in nichts geändert. Er sei nicht Candidat der Fortschrittspartei, sondern der liberalen Partei — gegen den „rothen Becker“ — gewesen, und zahlreiche conservative Stimmen seien auf ihn gefallen. Wer aber ist es, der die Anklage auf Gesinnungswechsel gegen Herrn Rintelen erhebt? Der ehemals fortschrittliche, jetzt national-liberale Herr Ratorp und der ehemals fortschrittliche, jetzt wilde, oder vielmehr sehr zahme Berger. Wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Nachdem einige der üblichen Beschwerden der Polen vorgebracht waren, berichtete der Abg. Meyer-Breslau in launiger Weise von dem Landrath einer Gebirgsgegend, der für einen Fabrikanten die seltsamste Geschäftsreclame macht. Dem Herrn Minister war der Fall wieder nicht bekannt, obwohl von freiconservativer Seite die Befestigung erfolgte. Im Uebrigen wurde der ganze Stat, Dank der allgemeinen Beschäftigung mit den Vorbereitungen der Wahlen, stillschweigend genehmigt. Nicht der Fall Thring-Mahlow, nicht die Berliner Bauordnung, nicht das Tempelhofer Schulgeneramen, nicht die Praxis des Versammlungsrechtes kam zur Sprache.

Abgeordnetenhaus. 15. Sitzung vom 8. Februar. 11 Uhr.

Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist die Berathung des Ministeriums des Innern.

Die Einnahmen werden debattelos bewilligt. Bei Titel I der Ausgaben „Ministergehalt“ führt Abg. Rintelen (Centrum) Klage darüber, daß so häufig begründete Beschwerden einzelner Theile der Bevölkerung nicht gehörige Berücksichtigung fänden, weil der Minister des Innern den Berichten der Localbehörden ein unbegrenztes Vertrauen entgegenbringe und darum die Beschwerden auch bei substantiellen Beweisen nicht durchdringen, sobald ein entgegenstehender Bericht der Localbehörden erstattet sei. Redner erinnert an den bekannten Rheinbrohl-Glockenproceß und an die Rolle, welche der Bürgermeister Conrad und der Landrath von Runkel in demselben gespielt hätten. In demselben habe der Minister des Innern eine Wiederanfrage der Verhandlungen als „vorläufiglich auszuscheiden“ abgelehnt und sich unter anderem darauf berufen, daß eine Gemeinde-Verwaltung die Beschuldigungen gegen den Bürgermeister Conrad entschieden mißbilligt habe. In welcher Weise der Bürgermeister Conrad sein Bürgermeistertum versehen habe, erbellt daraus, daß von ihm das Klageobject auf 154000 M. angegeben sei, während die Gemeinde es nur auf 4000 M. schätze und das Gericht es auf 10000 M. veranschlagt habe. Es sei dem Bürgermeister eben nur darauf angekommen, die Kosten möglichst in die Höhe zu treiben. Redner führt sodann einige Fälle an, die die Ehrenhaftigkeit des Bürgermeisters Conrad in Rheinbrohl in zweifelhaftem Lichte erscheinen lassen. Derselbe befände sich in schlechtem Vermögens-Verhältnisse. Er habe bei einer Pfändung einen Postchein als Quittung vorgezeigt, der über eine höhere Summe lautete als die eingezahlte, auch bei der Verwaltung der Gemeindegelder habe er sich Unordnungen zu Schulden kommen lassen. Auch wegen eines unstatthafter Verhältnisses sei gegen Conrad eine Untersuchung eingeleitet gewesen. Als der betreffende Beamte vom Landrath vorgefordert sei wegen einer Erklärung, die er vor dem Landesbeamten abgegeben habe, habe er jedoch gesagt, er wüßte sich derselben nicht mehr zu entsinnen. (Hört! hört! im Centrum.) Damit sei dann der Fall erledigt gewesen. Bei einer Anschuldigung wegen Steuer-Unterschlagung sei eine Person, die Heßlerin dabei gewesen sein sollte, als Entlastungszeugin vom Landrath vernommen. Im Juli 1878 habe der Bürgermeister an Stelle des Gemeindegeld-Einnehmers 69 Mark Steuern von einem Gastwirth erhoben, erst im Sommer 1879 sei festgestellt, daß das Geld in die Gemeindegasse geflossen sei. In einem anderen Falle habe er 50 Mark Schulden compensirt durch 50 Mark, die der betr. Gastwirth als Miete für einen Gemeindegeld-Einnehmer zu zahlen hatte. Auf Anzeige beim Staatsanwalt habe dieser erklärt, daß sei nicht Unterschlagung, sondern Uebnahme einer fremden Schuld, und die Untersuchung wurde abgelehnt. Der Landrath habe auf Beschwerden wegen solcher Unordnungen die Leute auf Civilklagen verwiesen und das disciplinarische Einschreiten verweigert. Die Gemeinde Rheinbrohl sei früher wohlhabend gewesen. Seitdem Conrad Bürgermeister sei, werden gegen 300 pSt. Steuerzuschlag erhoben. (Hört! hört! im Centrum.) Weil auf Beschwerdebewegen nichts zu erreichen gewesen sei, habe man 6 oder 7 von diesen Fällen in öffentlichen Blättern publicirt. Man wolle angeklagt werden, um dann vor Gericht die Wahrheit feststellen zu können; es habe sich aber kein Mensch gerührt, obgleich diese Blätter dem Landrath, der Regierung und auch dem Minister mitgetheilt seien. (Hört! hört!) Da für alle Beschwerdepunkte Zeugen angeboten seien und Niemand einen Gegenbeweis geliefert hatte, müssen sie wohl richtig sein. Da mußten sich die Leute doch mit Recht wundern,

daß man ihnen einen solchen Bürgermeister noch lasse. (Beifall im Centrum.)

Minister des Innern v. Puttkamer: Es wäre eine schwere Verschuldung des Ministers, wenn er nicht den Behörden so lange Vertrauen schenkte, bis durch unumstößliche Beweise dargethan sei, daß sie dieses Vertrauen nicht verdienen, und es ist zweifelhaft, ob diese Beweise durch den Vorredner erbracht sind. Wenn der Herr Vorredner auf ordnungsmäßigen Wege seine Zwecke erreichen wollen, dann hätte er veranlassen müssen, daß eine Petition an das Haus gerichtet wurde, welche die Anklagepunkte enthielt, und daß hierüber dem Hause ein ausführlicher Bericht erstattet wurde. Hätte der Herr Abgeordnete die Güte gehabt, mich vor zwei Stunden von seiner Absicht, über diese Sache zu sprechen, in Kenntniß zu setzen, dann wäre es mir möglich gewesen, Ihnen actenmäßig nachzuweisen, daß mich nicht der mindeste Vorwurf trifft. So muß ich rein aus dem Gedächtnis referiren. Ich habe die unermüdlich gegen den Bürgermeister Conrad vorgebrachten Beschwerden auf das Genaueste geprüft und unter Vernehmung von Zeugen in Coblenz sämtliche Beschwerdepunkte unterzucht lassen. Aus dem mir hierüber vorgelegten Berichte habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß dem Bürgermeister Conrad nichts zur Last fällt, was ein Einschreiten nöthig machte. Ebenso weise ich den gegen den Landrath Runkel erhobenen Vorwurf, daß er über diese Sache tendenziös berichtet habe, zurück, und so lange mir nicht die deutlichsten Beweise dafür vorgelegt werden, muß ich entschieden dagegen protestiren, daß hier gegen einen Beamten solche Vorwürfe erhoben werden. In der Gegend von Rheinbrohl existirt offenbar eine Partei, die unermüdlich darauf ausgeht, den Bürgermeister Conrad zu entfernen. Zu dieser Vermuthung bin ich um so mehr berechtigt, als ich dem Herrn Vorredner über die Personen einzelner Hauptvertreter Mittheilungen machen könnte, die ihn einigermaßen in Erstaunen setzen würden. Ich folge nicht seinem Beispiele, über die Ehrenhaftigkeit einzelner Personen öffentlich ein Urtheil zu fällen, bin jedoch bereit, nach der Sitzung ihm die betreffenden Berichte vorzulegen, aus denen er ersehen wird, wie unvorsichtig es von ihm war, sich zum Anwalt solcher Leute aufzuwerfen. Wenn der Artikel gegen den Bürgermeister Conrad, von dem er sprach, wirklich in einer Zeitung erschienen ist, so halte ich es allerdings für eine Pflicht des Beamten, dagegen die Verleumdungsklage anzutreten, und wenn mir der Artikel vorgelegt wird, dann werde ich allerdings an die betreffende Oberverwaltungsbehörde eine Verfügung erlassen, die den Bürgermeister anweist, in dieser Weise seine angegriffene Ehre zu wahren. Der Herr Abgeordnete hätte viel besser gethan, wenn er mir vor der Sitzung den Artikel gezeigt und gefragt hätte, ob ich dem Bürgermeister anheim geben wolle, darauf zu reagieren. Die Sache wäre dann in 5 Minuten erledigt worden. (Beifall rechts.)

Abg. Berger-Witten: Herr Rintelen ist nur mit recht schwacher Majorität gewählt worden, und es hat sich nachträglich noch ergeben, daß fünf von den abgegebenen Stimmen zu Unrecht auf ihn gefallen sind, so daß die Wahlprüfungs-Commission im vorigen Jahre seine Wahl beanstandet hat. Der Landrath von Runkel ist, abgesehen von seiner Lebenshaftigkeit, einer der tüchtigsten und vertriebsamen Beamten in der ganzen Rheinprovinz. (Zustimmung rechts.) Derselbe hat allerdings den großen Fehler, kein Ultramontaner zu sein und der clericalen Partei auf Schritt und Tritt entgegen zu treten, und für dieses Verbrechen wird er denn auch angegriffen. Nach meiner Meinung sollte man in schwebenden Gerichtsangelegenheiten mit seiner Meinung mehr zurückhalten. (Sehr richtig! rechts.) Der Herr Obertribunalsrath a. D. hat das leider nicht gethan. (Heiterkeit rechts.) Daß das Object von 154000 auf 10000 zurückgeführt worden ist, kommt einfach daher, weil die politische Gemeinde die ganze Kirche in Anspruch nahm, die Kirchengemeinde nur von den Glocken sprach. Als ich Herrn Rintelen zum ersten Male auf der politischen Arena fand, im December 1861, war er in Dortmund als fortschrittlicher Candidat aufgestellt. (Große Heiterkeit! Abgeordneter Rintelen: Das ist unwahr!) Ich berufe mich auf das Zeugnis des Herrn Ratorp, auch der Abg. von Pilgrim wird das bezeugen. Herr Rintelen war aufgestellt gegen den Oberbürgermeister Becker. Diese Candidatur hat er nach seiner eigenen Aeußerung nur persönlich beauftragt, er bekannte sich vollständig zu dem Programm der Fortschrittspartei. Die in dem vorliegenden Berichte des Herrn Rintelen über die Rheinbrohl-Sache aufgeführte Behauptung, die Petenten seien die namhaftesten und vertrauenswürdigsten Leute in der Gemeinde, trifft doch nicht zu. Der eine Herr Hammerstein ist mehrere Male wegen Majestätsbeleidigung und Verleumdung des Bürgermeisters zu Gefängnis verurtheilt worden. Auch ein anderes Mitglied des Vorstandes hat eine Gefängnisstrafe hinter sich, während die übrigen unbedeutende Leute sind, von denen zwei keine Steuern bezahlen. Ich denke hinreichend dargethan zu haben, daß es sehr schlecht angebracht war, bei diesem Ministerium ihre Beschwerden vorzubringen. (Beifall rechts.)

Abg. Rintelen: Sie werden doch meinem Worte eben so viel trauen, wie dem des Herrn Berger? (Rufe rechts: Nein!) Ich will auf diese Verneinung nicht eingehen. Ich erwarte, daß der Herr Präsident dem Ordnungsruf erlassen wird.

Präsident von Koller: Ich habe keine Veranlassung dazu. Was die Herren glauben wollen, das muß ich ihnen überlassen. (Heiterkeit.)

Abg. Rintelen (fortfahrend): Natürlich kann man Niemand verwehren, zu glauben, wenn er will. Ich halte es aber für unparlamentarisch, wenn ein solcher Zweifel an der Glaubwürdigkeit offen ausgesprochen wird. (Sehr richtig! im Centrum.) Ich habe keineswegs selbst Anschuldigungen gegen den Bürgermeister Conrad erhoben, sondern mich nur beklagt, daß die gegen denselben erhobenen Beschwerden nicht ordnungsmäßig unterzucht sind. Sehr dankbar bin ich dem Herrn Minister dafür, daß der Bürgermeister Conrad angewiesen werden soll, nunmehr die Verleumdungsklage gegen die von mir erwähnten Zeitungen zu erheben. Dem Herrn Minister sind übrigens mit der Beschwerde die betreffenden Zeitungsblätter zugeführt worden, so daß er eigentlich von den Angriffen darin etwas hätte wissen müssen. Ueber mein Recht, hier zu sitzen, will ich nicht weiter reden. Nach der Geschäfts-Ordnung sitze ich hier, bis die Prüfung der Wahl entschieden ist. Ich finde es sehr wunderbar, daß ein Colleague dem anderen das Recht abstreiten will, hier im Hause zu sitzen. (Zustimmung im Centrum.) Ich bestreite, daß ich mir eine Kritik über einen bestehenden Rechtsstreit erlaube habe. Ich habe nur die Entscheidung selbst mitgetheilt, nicht aber die Gründe der Entscheidung kritisiert und muß deshalb eine solche Anschuldigung namentlich in Rücksicht auf meine amtliche Stellung entschieden zurückweisen. Es ist nicht richtig, daß ich im Jahre 1861 Candidat der Fortschrittspartei war. Ich war Gegencandidat gegen den späteren Oberbürgermeister Becker, nicht aus persönlichen Gründen, sondern überhaupt. Ich habe allerdings damals gesagt, unter den bestehenden politischen Umständen sei es ein Affront gegen die Regierung und den Minister Grafen Schwerin, einen solchen Mann aufzustellen, der von den Geschworenen wegen Hochverrats verurtheilt war. Es stimmten für mich Conservative und Katholiken (hört! hört!). Also es war damals ein Bündnis, wie es vor einiger Zeit auch zwischen uns bestanden hat. Wenn ich also als Fortschrittspartei hingestellt werde, so ist das eine absolute Unwahrheit. (Hört! hört! Lachen rechts.)

Minister v. Puttkamer: Der vom Vorredner gewünschte Strafantrag ist bereits gestellt unterm 19. Januar 1887. (Hört, hört! rechts.) Das Schreiben der Oberverwaltungsbehörde stellt die gegen Conrad erhobenen Beschuldigungen als verleumdend hin und bittet den Staatsanwalt, auf Grund des vorgebrachten Materials die Verleumdungsklage zu erheben gegen die betreffenden Blätter. (Hört, hört! rechts.)

Abg. v. Schorlemer-Mst ist nicht ein Bedauern aus, daß der Bürgermeister mit der Anstrengung der Klage auf eine Anweisung der vorgelegten Beweise gewartet habe und protestirt gegen die Auffassung des Abg. Berger, daß Rintelen zu Unrecht im Hause sitze. In dem Lobe, das Abg. Berger dem Landrath Runkel spendet, daß dieser nämlich gegen die Clericalen auf Schritt und Tritt vorgehe, erblickt Redner die schärfste Verurteilung der amtlichen Thätigkeit des Landraths. Abg. Berger habe Rintelen verdächtigen wollen, indem er ihn als früheren Fortschrittspartei bezeichnete. Er habe ihm durchaus keinen Vorwurf machen können, denn er (Berger) sei ja früher auch fortschrittlich gewesen. Wo aber ist der Fortschrittspartei Berger geblieben? (Heiterkeit.) Er ist dahin geworden. (Große Heiterkeit.)

Minister v. Puttkamer: Ich muß dagegen Verwahrung einlegen, als ob Herr v. Runkel einen Unterschied mache in seiner Führung gegen die Kreisangehörigen nach der Confession. Ich habe die Freude und Ehre gehabt, Herrn v. Runkel in seiner Thätigkeit zu sehen bei den letzten großen Rheinüberschwemmungen. Da ist er vier Tage lang mit der größten Bemühung bis zur Erschöpfung bestritten gewesen, das Unglück zu lindern, ohne Unterschied zu machen zwischen den Ultramontanen und den anderen. (Hört! hört, hört! rechts.) Und ich kann nicht zulassen, daß er

in dieser Beziehung irgend wie angegriffen wird. Das ist eine Kampfesweise, die ich als unrichtig bezeichnen muß, und gegen die ich mich verweigere. (Beifall rechts.)

Abg. Bergall bemerkt, daß der Hauptbeschwerdeführer gegen den Bürgermeister Conrad dreimal wegen Beleidigung von Offizieren, zweimal wegen Brandstiftung und Hausfriedensbruchs in Untersuchung gewesen sei. (Hört, hört! rechts.)

Abg. von Schorlemer befreit, Herrn v. Runkel angegriffen zu haben, und zwar, wie der Minister behauptete, in verlaulter Weise. Dies ist seine Art nicht. Seine Angriffe seien klar und verständlich. (Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. Ratorp (nat.-lib.): Ich erkläre ausdrücklich, daß der Abg. Rintelen 1861 Candidat der Fortschrittspartei war. (Hört, hört! rechts.) daß er sich vollständig zu den liberalen Grundbegriffen bekannte. Herr Rintelen hat mir wiederholt die Zumuthung gemacht, ich sollte für ihn stimmen, da er ganz dieselben Grundbegriffe vertritt, wie wir es damals thaten. (Hört, hört! rechts.) Ich war nun damals schon überzeugt, daß er nicht auf diesem Boden stand, deshalb verweigerte ich ihm meine Stimme.

Abg. von Pilgrim: Ich kann nur bestätigen, was Herr Dr. Ratorp gesagt hat. Ich weiß ganz genau, daß Herr Rintelen damals nicht, wie er behauptet, die konservativen Stimmen auf sich vereinigte, auch nicht einmal die katholischen Stimmen, weil von Kirchenconferenzen damals keine Rede war. Es handelte sich im Wahlkreise Dortmund-Buchum damals einfach um fortgeschritten oder conservativ. Ich selbst war damals dort conservativer Candidat und habe die konservativen Stimmen, die allerdings nicht sehr zahlreich waren, auf mich vereinigt. Herr Rintelen hat aber ausdrücklich in seiner Wahlrede erklärt, daß er sich zu den Grundbegriffen der liberalen Partei bekannte. (Hört, hört! rechts.) und daß er es allerdings aus Rücksicht für die Regierung nicht für opportun halte, einen Abgeordneten zu wählen, der wegen Landesverrats gefangen hatte. Ich weiß auch, daß Buchum damals, namentlich die katholische Geistlichkeit, mir ihre Stimmen gegeben hat.

Abg. Rintelen: Ich war damals liberal gesinnt, wie ich es auch noch heute bin. (Hört! hört! rechts.) Herr v. Pilgrim gehörte damals schon zur gouvernementalen Partei, aber der Abg. Ratorp hat, was damals für liberal galt, vollständig verlassen. (Lachen rechts.) Ich behaupte, daß, was damals liberal war, im richtigen Sinne auch heute liberal ist, und liberale Grundbegriffe sind in der Centrumpartei von jeher vertreten worden. (Hört! hört! rechts.) Daß ich im Uebrigen eine ganze Reihe protestantischer Stimmen auf conservativer Seite bekommen habe, weiß ich selber.

Abg. Hansen (cons.) lenkt die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Belastung der kommunalen Armenkassen durch frivole Personen, die sich der Verpflichtung entziehen, ihre Angehörigen zu versorgen.

Geh. Rath v. Zastrow erwider, daß bei der Regierung Erwägungen über diese Angelegenheit bereits stattfanden, das Resultat würde seiner Zeit in Gestalt einer Vorlage an das Haus gelangen.

Abg. v. Jarlinski beklagt sich über die Weise, wie der Wahlkampf jetzt in den polnischen Landestheilen geführt werde. Man habe die Wählerlisten nicht die vorgeschriebene Zeit hindurch auslegen lassen, man habe sogar die Wähler, die auf den Dörfern mit der Aufstellung der Wählerlisten beauftragt seien, von oben herab veranlaßt, eine Menge Personen, in einem Orte fast die Hälfte, wegzulassen. (Hört! hört!) Redner bittet den Minister, auch darauf hinzuwirken, daß die amtlichen Organe keine Politik treiben, das sei eine Forderung des Anstandes. Es könne doch nicht verlangt werden, daß jemand Angriffe gegen seine Person noch bejahe. Redner wünscht ferner, man möge mit der Verberufung der Ortsnamen aufhören. Es würde dadurch keinerlei Vortheil erreicht, während der Nachtheil entstände, daß die Leute oft von der nächsten Umgebung nicht die Ortsnamen wüßten. Im Kampfe gegen das Polentum fahre die Regierung auch noch stetig in der grausamsten Weise mit den Ausweisungen fort und vernichte viele Existenzen. Es sei wohl endlich einmal Zeit, damit aufzuhören.

Abg. Dr. Möllmann meint, daß es nöthig und auch möglich sei, die Kommunen zu entlasten von den vielen statistischen Arbeiten.

Abg. Dr. von Jazdzewski wünscht einen Nachweis über die Zahl und die Confession der aus den polnischen Landestheilen Ausgewiesenen. Minister von Puttkamer theilt mit, es seien 28 696 Personen ausgewiesen. Ueber die Confession seien keine Erhebungen angestellt, man habe nur auf die Nationalität gesehen.

Titel 1 wird bewilligt.

Bei Capitel 84 „Statistisches Bureau“ empfiehlt

Abg. Dr. Meyer-Breslau der Staatsregierung mehr Wohlwollen gegenüber den außerordentlichen Mitgliedern des Amtes. Einer Anzahl von nur sechs ordentlichen stünden vier außerordentliche jetzt gegenüber. Es sei nur billig, die Zahl der angestellten Beamten zu vermehren.

Das Capitel wird bewilligt.

Bei Capitel 90 „Landräthliche Behörden und Aemter“ bemerkt

Abg. Dr. Meyer-Breslau: Meine politischen Freunde haben es nicht für angemessen erachtet, bei diesem Etat eine politische Debatte in Scene zu setzen, weil wir meinen, dasjenige, was draußen im Lande vorgeht, zieht die Aufmerksamkeit aller Kreise in so hohem Grade auf sich, daß jedes Wort, das hier gesprochen würde, doch mehr oder weniger verhallen würde. Wir haben daher Abstand davon genommen, die Schulzeugenexamina, die Nichtbefähigung der kommunalen Beamten, die Auflösung von Versammlungen u. dergl. hier zur Sprache zu bringen. Ich möchte nur einen speciellen Fall zur Sprache bringen, der einen neuen Beweis von der fortwährend sich steigenden Vieltheiligkeit der Landräthe liefert. Es handelt sich dabei um eine principielle Frage. Der Fall ist folgender: Ein Landrath hat durch eine amtliche Bekanntmachung angezeigt, daß eine von ihm namentlich gemachte Fabrik sich die Beschäftigung armer und schwächerer Weber aus den Gebirgsdistricten zur Aufgabe gestellt habe, und bittet im Interesse dieser armen Familien aufs dringendste, dieser Firma die gebrachte Kundschaft für die eigenen Produkte, wie für die Produkte der armen Weber zuwenden zu wollen. Diese landräthliche Bekanntmachung ist in einer großen Anzahl von Exemplaren gedruckt und der Firma zur Verfügung gestellt worden, und die Firma verzettelt nun diese Reclame des Landraths. Der Landrath ist also an eine Stelle getreten, welche es der Firma möglich macht, Monopongehühren zu sparen. Nun aber kommt nach dem Gutachten eines Sachverständigen, und zwar eines Mannes, der der nationalliberalen Partei angehört, und dem ich schon aus diesem Grunde den allergrößten Glauben schenke (Heiterkeit), die Mehrzahl der von der Firma geführten Artikel gar nicht aus der Fabrik her, welche die armen Weber beschäftigt, sondern es sind süddeutsche, elbische, thüringische, rheinische Fabrikate, mit denen die empfohlene Firma nur handelt, ohne daß die armen Weber etwas davon haben. Dieses Vorgehen zeigt aber, wie bedenklich es ist, wenn sich der Landrath in dieser Weise die Förderung einer einzelnen Firma angelegen sein läßt. Dem empfohlenen Fabrikanten war die Empfehlung gewiß sehr angenehm, um so unangenehmer aber den anderen Fabrikanten, und besonders unangenehm einem nationalliberalen Fabrikanten, der hiergegen remontrirt hat. Sie sehen, ich stelle mich durchaus nicht auf den Standpunkt des politischen Parteigetriebes. Ich bin in diesem Falle Fürsprecher national-liberaler Interessen und hoffe, daß das Cartell mir insoweit zu Gute kommen wird, als nunmehr auch auf conservativer Seite meine Beschwerden wohlwollende Aufnahme finden wird. (Heiterkeit.)

Minister des Innern v. Puttkamer: Mir ist der Fall ganz unbekannt, ich kann also im Augenblick nicht die Richtigkeit der Angaben controlieren. Ich möchte nur einen principiellen Vorbehalt machen. Man darf nicht ohne Weiteres sagen, es ist nicht die Aufgabe eines Landraths, gewissen wirtschaftlichen Nothständen gegenüber auf Abhilfe zu sinnen und humane Gewerbetreibende, welche sich der nothleidenden Bevölkerung annehmen zu unterstützen. Wie die Sache in diesem speciellen Fall liegt, weiß ich allerdings nicht.

Abg. Dr. Meyer-Breslau: Ich habe durchaus nicht verlangt, daß ein Landrath einem wirklichen Nothstand gegenüber die Hände in den Schoß legen soll. Im vorliegenden Falle kann aber von einem Nothstand nicht die Rede sein.

Abg. Büchhoff (freie. Fabrikant in Gnadenfrei) weist darauf hin, daß die Gemahlten des betreffenden Landraths schon in früherer Zeit sich auf das Verbot bezieht, habe, arbeitslosen Webern lohnende Arbeit zu verschaffen. Sie hat sich schließlich mit einem Fabrikanten in Verbindung gesetzt und diesen aufgefordert, doch seine Waaren unter dem rothen Kreuz zu verkaufen. Es sind dann später Reclamen für dieses Unternehmen gemacht worden. Es sind dabei aber leider auch mannigfache unwahre Behauptungen mit untergelaufen. Es wurden unter dem rothen Kreuz schließlich Waaren verkauft, die von den armen Webern in Gnadenfrei nicht herrühren. Das wollte ich zur Aufklärung dieses Falles mittheilen.

Das Capitel wird bewilligt.

Ueber Capitel 93 Tit. 1 „Polizeidistricts-Commissarien in der Provinz Posen“ findet auf den Antrag des Abg. Dr. v. Jazdzewski eine besondere Abstimmung statt.

Der Titel wird bewilligt.

Bei Cap. 95 Titel 5 „Prämien für Ermittlung von Verbrechen“ bemängelt Abg. v. Meyer-Arnswalde die ungenügende Thätigkeit der Polizeibehörden bei der Ermittlung der Urheber von Brandstiftungen auf dem Lande, die in Verbindung mit den milden Urtheilen der Schwurgerichte eine fortwährende Zunahme dieser Kategorie von Verbrechen zur Folge habe.

Capitel 95 wird bewilligt, ebenso der Rest des Etats debattenlos.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr: Anträge, Bericht der Commission, Etat der Anstaltungscommission.

Schluß 2 1/2 Uhr.

* Berlin, 8. Febr. An der Börse war heute das unglaubliche Gerücht verbreitet, daß Vorlagen über Verhängung des Belagerungszustandes über Elsaß-Lothringen und über Ausgabe von 100 Millionen Reichsmark dem Bundesrath zugegangen sein sollen.

* Berlin, 8. Febr. Der „Times“ zufolge verlautet in Wiener diplomatischen Kreisen, Fürst Bismarck habe Herrn Herbert dahin verständigt, daß, wenn die französische Kammer die Vorschläge über die Getreidezölle vor den Kriegsgesandten diskutieren und ein französischer Minister bei passender Gelegenheit erklären würde, im Falle eines Kriegs in Osteuropa würde Frankreich neutral bleiben, dies eine beschwichtigende Wirkung in Deutschland ausüben dürfte.

* Berlin, 8. Februar. Freiherr von Franckenstein hat in einer Wahlversammlung in Karlsruhe über die Note des Cardinals Jacobini geäußert: Wahr sei, daß der heilige Vater mehreren Centrumsmitgliedern den Wunsch ausgesprochen habe, das Centrum möge, wenn möglich, das Septennat bewilligen. Aber so bereit und glücklich das Centrum jederzeit sei, in kirchenpolitischen Fragen den Befehlen des heiligen Vaters willig und ohne Widerspruch Folge zu leisten, in rein politischen Fragen könne derselbe nur einen Wunsch zur Berücksichtigung geltend machen, und das Centrum dürfe nur nach eigener Einsicht und nach eigenem Wissen und Gewissen handeln. Anders wolle es auch der heilige Vater selbst nicht. Der Vorsitzende der Versammlung, Dechant Sauer, pries die Haltung des Centrums. Sie habe gezeigt, daß der Vorwurf des Cadavergehorsams des Centrums gegen Rom unbegründet sei. Das Centrum gebe dem Papste, was des Papstes sei, aber auch dem Volke, was des Volkes sei.

* Berlin, 8. Febr. Nach der „Liberalen Correspondenz“ zugehenden Andeutungen wird in einem Regierungsbezirk der Provinz Schlesien der Versuch gemacht, alle Beamten oder zu der Regierung in näherem Verhältnis stehenden Wähler vor dem Wahltermin zu einer schriftlichen Erklärung, für die Regierungscandidaten stimmen zu wollen, zu veranlassen. Es liegt auf der Hand, daß dieses Verfahren mit dem königlichen Erlass vom 4. Januar 1882, betreffend die Pflichten und Rechte der Beamten bei den Wahlen, unvereinbar ist.

* Berlin, 8. Februar. Soeben ist dem Abgeordnetenhaus ein Gesetzentwurf, betreffend die Herstellung neuer Eisenbahnlinien zugegangen, insgesamt für 71 334 000 Mk., darunter befinden sich die Linien Montwy-Kruschwitz (597 000 Mk.), Neufels-Reppen (4 540 000), Reichenbach-Langenbielau (412 000), Neufels-Freilicht-Sagan und Neufels-Reich (5 800 000), Forst-Weißwasser (1 833 000 Mark). Ferner werden zu Bauausführungen für die Vereinigung der Oberschlesischen Bahn mit der Rechte-Oberrhein-Bahn auf der Strecke Tarnowitz-Beuthen 616 000 Mark verlangt. Eine zweite soeben eingehende Vorlage verstaatlicht die Linien Berlin-Dresden, Nordhausen-Erfurt, die Oberlausitzer Bahn Aachen-Tülich und Angermünde-Schwedt für den Kaufpreis von 40 101 600 Mark.

(Für einen Theil der Auflage wiederholt.)

* Berlin, 8. Februar. Dem Vernehmen nach ist dem Train-Inspector, General-Lieutenant von Rupprecht, der nachgeordnete Abtheilung bewilligt und an seine Stelle der Oberst Herring, Inspectant des Artillerie-Materials, zum Train-Inspector ernannt worden.

* Berlin, 8. Februar. Die Zeitungen „Gleichheit“ in Wien, „Volksfreund“ in Offenburg, „Der Schuhmacher“ in Gotha sind auf Grund des Socialistengesetzes verboten worden.

* Berlin, 8. Febr. Nach einem Bericht der „Post-Zeitung“ sollen bei der gestrigen Wählerversammlung in Stettin mindestens drei Personen getödtet worden sein. (Vergl. Wolff Depesche aus Stettin in vorliegender Nummer. — Red.)

* Berlin, 8. Februar. Die bulgarische Regierung hat nach der „Vossischen Ztg.“ in Konstantinopel folgenden Vorschlag gemacht: Die Regenten und die Minister geben ihre Mandate in die Hand der Sobranje zurück, sobald die Union des Fürstenthums mit Rumelien anerkannt und an Stelle des Mingrellers ein annehmbarer Candidat für den Fürstenthron officiell vorgeschlagen ist. Die Pforte hat diesen Vorschlag zurückgewiesen.

* Berlin, 8. Februar. Wie die Kreuzzeitung erfährt, ist es nicht unwahrscheinlich, daß General von Kaulbars binnen Kurzem nach Bulgarien zurückkehrt, und zwar dürfte er das keineswegs so ungern thun, als man nach dem negativen Ergebnis seines Herbstaufenthalts daselbst annehmen sollte. Er scheint dieses „negative Ergebnis“ lediglich mangelnder Unterstützung zuzuschreiben, und ist, wie man sagt, der Meinung, daß die Ausweisung von sechs und die zeitweilige Gefangennahme von zwölf Personen in Sofia genügen, um die öffentliche Meinung des Landes in russische Bahnen zu lenken. Einer bewaffneten Besetzung bedarf es, seiner Ansicht nach, zu diesem Zwecke nicht.

* Paris, 8. Febr. In der Budgetdebatte sagte Abg. Keller, bei den Heeresausgaben beantrage er keine Abstriche. „Alle Mitglieder der Kammer“, fuhr er fort, „verwerfen einmütig eine angrißlustige Haltung, welche weder zu unserer Lage noch zu unserem Willen stimmen werde: Allein sie sind auch einmütig entschlossen, alles zu bewilligen, was zur Vertheidigung unserer Ehre und Unabhängigkeit nöthig ist.“

Der „Gaulois“ berichtet, Boulanger habe vergangene Woche als Antwort auf die entsprechenden deutschen Maßregeln Reservisten einberufen und Cavallerieregimenter nach der Grenze schicken wollen, diese Absicht aber aufgegeben, als Grevy sich entschieden gegen sie ausgesprochen und Flourens mit seinem Rücktritt drohte.

Die Polizei schritt gegen Straßensänger ein, welche einen Bismarck beschimpfenden Gesangslied sangen.

Die Polizei hat hier eine anarchistische Antipatriotenliga mit angeblich 2000 Mitgliedern entdeckt, welche an die Rekruten gedruckte Auftritte vertheilt, in denen ihnen die Ermordung ihrer Offiziere empfohlen wird.

* Berlin, 8. Febr. Bei der Concurrenz für das Geibel-Denkmal in Lübeck erhielten Professor Volk (Karlsruhe) den ersten, Römer (Berlin) den zweiten, Kruse (Berlin) den dritten Preis.

* Berlin, 8. Febr. Das Engagement des Kapellmeisters Mottl für die kaiserliche Hofoper ist rückgängig geworden. Ob-

(*) Wie uns noch gemeldet wird, haben die Interessenten zum Bau der Bahn Reichenbach-Langenbielau einen Zuschuß von 35 000 Mark zu zahlen. — Red.

schon, von der General-Intendantur auf die ehrenvollste Weise eingeladen, Mottl sein volles Einverständnis mit den Bedingungen ausdrücklich ausgesprochen, obgleich Prinz Wilhelm ihn telegraphisch ersucht hat, seinem Versprechen, nach Berlin zu kommen, treu zu bleiben, obgleich Mottl den Contract bereits im December unterzeichnet hat, und obgleich auf anderweite Wünsche desselben in artistischen Beziehungen bereitwillig eingegangen worden, hat Mottl dennoch neuerdings gebeten, ihn seiner Verpflichtung zu entbinden. In Folge dessen sah sich die General-Intendantur genöthigt, dieser Bitte zu willfahren. Die Genehmigung des Kaisers zur Aufhebung des Contractes soll bereits erfolgt sein.

* Berlin, 8. Febr. Rechnungsrath und Major a. D. Elbrandt in Eigenthum des Nothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, emeritirter Lehrer Stephan zu Markissa, Kreis Lauban, den Kronenorden dritter Klasse erhalten.

* Berlin, 8. Febr. Preussische Klassenlotterie: In der Vortagsziehung fielen: ein Gewinn von 150 000 M. auf Nr. 22549; ein Gewinn von 30 000 M. auf Nr. 72986; ein Gewinn von 15 000 M. auf Nr. 21522; drei Gewinne von 10 000 M. auf Nr. 71812 93176 131480; ein Gewinn von 5000 M. auf Nr. 84091; Gewinne von 3000 M. auf Nr. 7092 27630 42149 44690 51966 54463 62578 65168 66482 84145 101584 112015 116844 129273 145977 151384 152367 154512 155025 165365 167459 174327 177013. — In der Nachmittagsziehung fielen: ein Gewinn von 300 000 M. auf Nr. 114776; ein Gewinn von 75 000 M. auf Nr. 71687; Gewinne von 30 000 M. auf Nr. 21111 174546; Gewinne von 10 000 M. auf Nr. 136768 187211; Gewinne von 5000 M. auf Nr. 52485 89348 112494 121159 146398 184542 186178; Gewinne von 3000 M. auf Nr. 11886 25624 29698 29809 29935 49054 50364 51707 54582 58495 67293 74535 84549 91281 97891 101909 115287 131319 149384 161241 176610 184608 185538 186002.

(Aus Wolff's Telegraphischem Bureau.)

Berlin, 8. Februar. Der Kaiser empfing heute Vormittag den Polizeipräsidenten, nahm alsdann militärische Meldungen entgegen, arbeitete darauf mit Albedyll und machte Nachmittags eine Spazierfahrt. Um 3 Uhr erschien Fürst Pleß zum Vortrag.

Berlin, 8. Februar. Der erste Prediger an der neuen Kirche, Dr. Visko, ist heute morgens gestorben.

(Für einen Theil der Auflage wiederholt.)

Berlin, 8. Febr. Fürst Jenburg-Birken veröffentlicht in der Kreuzzeitung eine Erklärung, worin er sich anlässlich der Frage des Septennats und der Reichstagswahlen zu der Centrumsfraction, zu welcher seine Beziehungen während der Blüthe des Kulturkampfes sehr intime gewesen, in directen Widerspruch stellt. Als Gründe giebt der Fürst an, daß die Rechte des Reichstags durch das Septennat in keiner Weise beeinträchtigt seien und daß durch die häufige Wiederkehr parlamentarischer Verhandlungen über eine derartige Frage fortwährende politische Beunruhigung erzeugt werde. Auch das Zusammengehen des Centrums mit der Fortschrittspartei habe ihm stets großes Bedenken erregt.

Stettin, 6. Febr. Die gestern Abend in der Buchbrauerei hieselbst abgehaltene socialdemokratische Wahlversammlung wurde polizeilich aufgelöst. Da sich die Menge widersetzte, requirirte die Polizei die Hilfe des Militärs. Beim Einschreiten mit aufgezogenem Seitengewehr wurden mehrere Personen verwundet, ein Mann soll den erhaltenen Wunden bereits erlegen sein. Das Versammlungslocal wurde durch Steinwürfe demolirt.

Paris, 8. Febr. Der Ministerrath beschloß, sich dagegen zu erklären, daß die Verathung des für Armeezwecke verlangten Credits von 86 Millionen, welcher zum Extraordinarium des Budgets des Kriegsministeriums gehört, verlagert werde. Die Deputirtenkammer müsse nach der Verathung des Einnahmebudgets voraussichtlich Donnerstag diesen Credit beraten, der zur Vervollständigung der Bewaffnung der französischen Armee bestimmt, von der Budgetcommission schon lange angenommen und von keiner Partei angefochten ist.

Paris, 8. Februar. Die Kammer genehmigte die Einnahmebudgets, begann die Verathung des Extraordinariums und genehmigte debattelos die Credite in der Höhe von 86 Millionen für das Kriegsministerium und von 30 Millionen für die Marine.

Brüssel, 8. Febr. Kammer. Der Finanzminister brachte einen Gesetzentwurf wegen Bewilligung eines außerordentlichen Credits ein. Darin werden die außerordentlichen Ausgaben für 1887 auf 49 Millionen festgestellt, wovon 29 Millionen auf die verschiedenen Ministerien, 20 Millionen auf das Kriegsministerium entfallen. Die Regierung hält es Angesichts der neuesten Fortschritte für notwendig, die Bewaffnung der Infanterie zu erneuern. Auch die Befestigungen Lüttichs und Namurs müßten umgebaut und erweitert werden. Für 1887 werde die Regierung nur ein Drittel des Credits nachsuchen. Der Minister fügte hinzu, die Lage der Finanzen erlaube dem Staatschätze, die schweren Lasten auf sich zu nehmen. Die Regierung werde ohne Mühe die nöthigen Hilfsquellen finden. Die Darlegung und die Motive werden demnächst vertheilt.

Rom, 8. Februar. Alle Journale beschäftigen, Robilant bestrebe auf seiner Demission. Man bemühe sich, ihn zum Verbleiben zu bewegen. Eine Depesche Genes aus Massauah vom 6ten Februar meldet: Nachdem Rasalula eine Bewegung um Saati gemacht und sich auf Ghinda zurückgezogen hatte, setzte er von dort seinen Marsch gegen Asmara fort, indem er in Ghinda nur das Oberhaupt der Barabas, Tesamma, und einige Soldaten zurückließ. Das heldenmüthige Verhalten unserer Truppen wird allerseits, sogar von den Abyssinern, bewundert. Es ist nicht bekannt, ob Rasalula sich zurückzieht, um Verstärkungen abzuwarten, oder ob er in Folge der erlittenen Verluste auf den Angriff Massauah verzichtet. Major Psano traf gestern mit Briefen vom Negus und Rasalula ein. In dem ersteren vom Macalle, 26. Jan., datirten Briefe heißt es: „Ihr naht Massauah, jetzt kommt Ihr auch nach Saati, um eine Festung anzulegen. Welchen Zweck habt Ihr? Gebt mir dieses Land nicht mit? Räumt mein Land. Kommt Ihr in guten Absichten, warum bauet Ihr Festungen? Warum bringt Ihr Kanonen mit, Gewehre und Soldaten? Rasalula schreibt: „Ihr seid schuld an dem Geschehenen. Seien wir Freunde wie früher. Bleibt in Eurer Lande. Das ganze Land von Massauah bis hierher gehört dem Negus. Ich entsandte einen Bruder, um mit Euch zu sprechen.“ Major Psano erklärte, er habe die Mission, die freundschaftlichen, sowie die Handelsbeziehungen wieder herzustellen. Derselbe kehrt morgen mit meiner Antwort nach Asmara zurück. Ich will dadurch Salimbini und seinen Gefährten helfen, ohne Verpflichtungen einzugehen. Es scheint momentan eine Waffenruhe eingetreten zu sein. Die Abyssinier haben ihre militärischen Operationen gegen uns einstweilen eingestellt. Ich telegraphire dem Kriegsminister die Liste der gefallenen und verwundeten Offiziere.

(Für einen Theil der Auflage wiederholt.)

Rom, 8. Febr. Kammer. Depretis theilte mit, daß das Ministerium wegen der gegenwärtigen parlamentarischen Situation seine Entlassung gegeben habe. Der König habe sich die Entschließung vorbehalten.

London, 8. Februar. Das über die Verschwörung gegen den Fürsten von Bulgarien veröffentlichte Blaubuch enthält Depeschen bis zum 17. December. Eine Depesche Stiers vom 11. November an Etal giebt dem Botschafter die Anschauungen des Kaisers über die Sachlage kund und fügt hinzu: Rußland wünsche nicht die bulgarische Unabhängigkeit anzuerkennen, es habe aber das Recht und die Pflicht, die Bedrückung des bulgarischen Volkes durch eine Minorität von Agitatoren zu verhindern. Der Kaiser sei bestrebt, diese Ziele auf

friedlichem Wege zu erreichen, ohne von den vertragmäßigen Verpflichtungen abzuweichen, so lange die anderen Mächte dieselben ebenfalls respectiren. In der Beantwortung dieser Depesche erklärt Bismarck am 8. December, die Eindrücke Russlands betreffs der Ereignisse in Bulgarien wüßten zwar von denjenigen der britischen Regierung ab, welche glaube, hierin wesentlich mit den anderen Regierungen übereinstimmen. Die Regierung werde gern an den Beratungen der Signatarmächte des Berliner Vertrages zur Erreichung dieser Ziele theilnehmen. Diese Beratungen sollten jedem Beschlusse, betreffend die Wahl eines neuen Herrschers, vorangehen. Die britische Regierung ziehe vor, ihre Meinung hierüber sich vorzubehalten, bis die Bedingungen für die bulgarische Union geprüft und geregelt seien.

Handels-Zeitung.

Breslau, 8. Februar.

Aus Russland. In der letzten Generalversammlung der Actionäre der Russischen Südbahnen wurde der Beschluss gefasst, die Verwaltung der Gesellschaft zu bevollmächtigen, bei der Regierung darum nachzusuchen, den Bau und die Exploitation folgender Zweigbahnen zu gestatten: von der Station Wapnjarka bis Trostjanetz, ferner die Verlängerung dieser Zweigbahn von Trostjanetz über Uman bis zur Station Schopla, sowie eine Abzweigung dieser Linie zur Station Kasatin. Um diese Unternehmungen ausführen zu können, muss die Erlaubnis zur Erhöhung des Obligationen-Capitals eingeholt werden. — Wie aus Petersburg der „B. B.-Z.“ geschrieben wird, sollen in allen bedeutenderen russischen Hafenstädten Inspectoren eingesetzt werden, welche die Aufsicht über ordnungsmässige Sortirung des ins Ausland zu exportirenden Getreides und anderer landwirthschaftlichen Producte zu führen haben. Die Creirung dieser Aemter ist durch die Klagen über den Verfall des Getreidehandels, welcher wesentlich auf Verschlechterung des ins Ausland gelangenden Korns basirt, hervorgerufen worden. Im Zusammenhang mit dieser Getreide-Inspection steht die Frage der Errichtung von Lagerhäusern, welche bereits dem Reichsrathe vorliegen soll. — Aus Charkow, 20. Januar (1. Februar), wird gemeldet: Der Jahrmarkt ist in vollem Gange, der Conflux ein bedeutender. Der Manufakturhandel en gros geht lebhaft; der Einzelverkauf ist stiller. Gut gehen Colonialwaaren, Geschirre und Eisenwaaren; ausländische Waaren schwächer als im Vorjahre. — Die depressive Stimmung in commerciellen Kreisen wird der „M. D. Z.“ zufolge durch die in letzter Zeit unherschwirrenden Gerüchte über Zahlungseinstellungen grosser Firmen im Inneren noch mehr verschärft. So ist an der Börse die Nachricht von dem Fallissement einer grossen Firma (Wtorow) in Irkutsk verbreitet, deren Passiva sich auf circa 6 Millionen belaufen sollen, von denen ca. 3 1/2 Millionen auf Moskau kommen. Wie man hört, haben die Hauptgläubiger übrigens schon ein Abkommen getroffen und das Anerbieten W's, 30 pCt. baar und 40 pCt. nach zwei Jahren zu bezahlen, angenommen.

Zum Schiffsahrtsverkehr. Breslau, 7. Februar. In der abgelaufenen Woche haben wiederum einige Abschlüsse in Rohzucker, Spiritus, Saat und Zink stattgefunden, welche mit dem Beginn der Schiffsahrtsaison verladen werden sollen. Die Verladungen in Anbetracht der milden Witterung die bisher gezahlten Frachten nicht bewilligen, während die Schiffer auf eine Herabsetzung nicht eingehen wollen, indem sie einen Temperaturwechsel noch erhoffen. Das Geschäft nimmt daher noch keinen regen Verlauf. Abgeschlossen wurde per 50 Kilo zu folgenden Frachtsätzen: nach Hamburg Rohzucker 44 Pf., Spiritus 60 Pf., Lupinen 47 1/2 Pf. Auf Ordre Magdeburg Raps 46 1/4 Pf., nach Berlin Zink 28 Pf.

Verein deutscher Jute-Industrieller. Der Verein deutscher Jute-Industrieller hält seit einiger Zeit jeden Monat eine Sitzung ab, in welcher alle auf den Stand des Geschäfts bezüglichen Fragen verhandelt werden. Die letzte Sitzung fand letzten Montag in Magdeburg statt.

National-Vieh-Versicherungsgesellschaft in Cassel. Die diesjährige ordentliche Generalversammlung findet am 28. Februar c. in Cassel statt. Näheres im Inseratentheile.

Preussische 4 pCt. Staats-Anleihe von 1852. Die nächste Ziehung findet im März statt. Das Bankhaus Carl Neuburger, Berlin, übernimmt die Versicherung für eine Prämie von 50 Pf. pro 100 Mark.

Submissionen.

A-z. Bauarbeiten. Bei Verdingung von Arbeiten zum Neubau des botanischen Museums hier blieben Mindestfordernde: für die Sandsteinarbeiten incl. Material, 18 Säulen, 27 Kämpfer und Kragsteine, 57 Meter Platten etc. Künzel u. Hiller, hier, mit 3221,96 M., und Schilling u. Co., Bunzlau, mit 3237,40 M.; für 748 qm Holzcementdach Otto Wenisch und Georg Kliche, hier, die beide 742,17 M. verlangten; für die Klempnerarbeiten, 154 Meter Kastenrinnen mit zugehörigen Abdeckungen und 106 Meter Abfallrohre Wenisch, hier, mit 1168,47 M. und Klimm, hier, mit 1185,28 M.

Börsen- und Handelsdepeschen.

Special-Telegramme der Breslauer Zeitung.

Berlin, 8. Februar. Neueste Handels-Nachrichten. Wie die „Nat.-Ztg.“ hört, wird morgen bei der Verwaltung der Dortmund-Gronau-Eschender Bahn von Grossactionären der Antrag gestellt werden, eine ausserordentliche Generalversammlung zu berufen, bei welcher beantragt werden soll, der Regierung die Bahn zu den Bedingungen, welche dieselbe s. Z. für die Verstaatlichung gestellt, nunmehr zum Kauf anzubieten. — Der österreichische Landes-ausschuss entschied sich betreffs der Durchführung der Conversion der oberösterreichischen Grundentlastungs-Obligationen für die Annahme der Offerte der Unionbank. Director Minkus soll sich heute nach Linz begeben, um das Geschäft zu perfectioniren. — Wie dem „Berl. Börsen-Courier“ gemeldet wird, will die belgische Regierung demnächst eine neue 3 1/2 pCt. Staats-Anleihe im Betrage von 80 Millionen aufnehmen. — Der „Nat.-Ztg.“ schreibt man aus Halle: Viele Zuckerfabriken in hiesiger Gegend haben mit den Interessenten bereits Rübenlieferungen für 1887/88 abgeschlossen. Pro Centner Kaufrüben werden 85 Pf. gewährt. — Wie uns mitgeteilt wird, hat die Tarnowitzer Actien-Gesellschaft für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb einen Posten von 25000 Ctr. Roheisen zum Preise von 2,45 M. verschlossen. — Die „Voss. Ztg.“ meldet aus London: Das zur Subscription aufgelegte Actien-Capital der Allsopp-Brauerei wurde beinahe fünfzigmal überzeichnet. — Die belgischen Kohlengräber beabsichtigen, im März einen allgemeinen Strike zu beginnen. — Nach der „Köln. Ztg.“ sind die Aussichten für den Eisenmarkt günstig. Für Canada sollen 50000 Tons in Europa gedeckt werden, da die heutigen inländischen Preise den Bezug deutscher Schienen lohnend erscheinen lassen. — Der Kohlenabsatz ist wesentlich gestiegen. Im Januar sind in Rheinland-Westfalen 19000 Waggons mehr als im Vorjahre verladen worden. — Wie aus Mailand geschrieben wird, hat die Verwaltung der italienischen Mittelmeerbahn dem Ministerium ein Project über Erwerbung von 3000 Güterwagen eingereicht. In Folge des Fallissements Goldstein in Danzig hat auch die dortige Productenfirma B. Natschke die Zahlungen eingestellt. Der hiesige Platz soll nicht erheblich beeinträchtigt sein. — Die Insolvenz des Notars Gaudar in Remilly hat die Zahlungseinstellung des Grossindustriellen H. Eugen Pougnet in Landorf nach sich gezogen. Die Passiven bestehen meist aus 650000 Francs hypothekarischen Verbindlichkeiten an die Gaudar'sche Masse. — In Gera ist über das Vermögen der Firma Joh. Gottlieb Reichenbach, Holzstoff- und Gerbstoff-Handlung, Concurs eröffnet worden. — Aus Prag meldet die „W. Allg. Z.“ die Insolvenz der Manufaktur-Waaren-Firma Markus Winternitz mit 80000 Fl. Passiven. — Die Firma Wtorow in Irkutsk hat ihre Zahlungen eingestellt. Die Passiven werden mit 6 Mill. Rbl. angegeben, wovon ca. 3 1/2 Mill. auf Moskau entfallen.

Berlin, 8. Februar. Fondsbörse. Die heutige Börse begann in etwas schwächerer Stimmung, doch vermochten sich die Course während der ersten Hälfte des Verkehrs zu behaupten, theilweise sogar etwas anzuziehen. In der zweiten Hälfte trat dann ein bedeutender Rückschlag ein auf das Gerücht, der Bundesrath habe in seiner heutigen Sitzung den Belagerungszustand über Elsass-Lothringen zu verhängen beschlossen. Credit verloren 5 Mark, Disconto 2 1/2 Procent, auch Renten 1/2 Procent schwächer, inländische Bahnen anfangs still, dann gleichfalls matter, mit Aus-

nahme von Mecklenburgern, die 1 1/2 Procent gegen gestern gewonnen. Ebenso waren fremde Bahnen zum Schluss weit unter gestern stark offerirt. Franzosen verloren 3, Lombarden 2 M., Galizier 1 Procent. Montanwerthe wurden anfangs stark gekauft, da man auf ein Zustandekommen des internationalen Schienencartells hofft, später trat auch hier ein Rückschlag ein, der mit Berichten aus Amerika motivirt wurde, nach welchen die Regierung der Vereinigten Staaten 40 Mill. Dollars zur Hebung der heimischen Eisenindustrie bewilligt haben sollte. Es schlossen: Laurahütte 80 1/2, Dortmunder 60 1/2, Bochumer 118 1/2. Inländische Anlagewerthe verkehrten ohne bestimmte Tendenz. 4 pCt. Reichsanleihe verlor 0,70 pCt. Fremden Prioritäten waren gut behauptet, theilweise sogar besser. Von sonstigen Cassawerthen stiegen Breslauer Wechselbank 1,65, Schlesischer Bankverein 3/4, Bismarckhütte 1 1/2, Redenhütte 1/2, Schlesische Zinkhütten-Actien 3 3/4, Stamm-Prioritäten 1, Linke Waggonfabrik 1, Erdmannsdorfer 2, Kramsta 2,30, Görlitzer Bedarf 1/2, Convertirte Görlitzer Maschinen 1, Oppelner Cement 3, Patzenhofer 10, Admirals-Gartenbad 3 pCt. Dagegen verloren Oberschles. Bedarf 1,35, Ludwig Löwe 3 pCt. Privatdiscont 3 pCt.

Berlin, 8. Febr. Productenbörse. Trotzdem heute von ausserhalb wenig günstige Berichte vorlagen, war doch die Tendenz der Börse nicht matt, da sich die politische Situation wieder zu verschlimmern scheint. — Loco Weizen gut behauptet. Termine waren fester, da für ein Danziger Haus Executionskäufe vorgenommen wurden, während das Angebot nur gering war. — Loco Roggen war reichlich angeboten und etwas schwächer. Termine blieben bei belanglosen Umsätzen unverändert. — Loco Hafer war wiederum stark offerirt und schwächer. Auch Termine mussten 1/4 Mark nachgeben. — Roggenmehl behauptet. — Rüböl bei kleinem Umsatz etwas matter. — Mais loco unverändert, Termine nachgebend. — Petroleum ohne Geschäft. — Loco Spiritus war reichlich zugeführt und wurde 10 Pf. billiger bei Reporturen untergebracht. Termine blieben bei geringem Verkehr unverändert.

Magdeburg, 8. Febr. Zuckerbörse. Termine: Februar 10,62 1/2 Mark Br., 10,60 M. Gd., per März 10,80 Mark Br., 10,75 M. Gd., per April 11,105 M. bez. u. Gd., 10,07 1/2 M. Br., per April-Mai 11,15 M. bez. u. Gd., per Juni-Juli 11,30—11,35 M. bez. u. Gd., 11,40 M. Br. — Tendenz: Fest, wenig Geschäft.

Paris, 8. Februar. Zuckerbörse. Rohzucker 88 pCt. ruhig, loco 28,25, weisser Zucker ruhig, Nr. 3 per Febr. 33,00, März 33,25, März-Juni 33,50, Mai-August 34,25.

London, 8. Febr. Zuckerbörse. Havannazucker 12 1/2 nom. Rübenroh Zucker 10 1/2. Centrifugal-Cuba —. Käufer —. Fester.

Berlin, 8. Februar [Amtliche Schluss-Course.] Schluss schwächer.

Eisenbahn-Stamm-Actien.		Cours vom 7.		Cours vom 8.	
Cours vom 7. <td>8</td> <td>Schles. Rentenbriefe</td> <td>102 70</td> <td>102 60</td>		8	Schles. Rentenbriefe	102 70	102 60
Mainz-Ludwigshaf.	82 20	92 20	Posener Pfandbriefe	101 —	100 80
Galiz. Carl-Ludw.-B	77 50	77 60	do. do. 3 1/2 pCt.	96 50	96 25
Gotthardt-Bahn.	95 —	95 50	Goth. Prm.-Pfr. S. I	102 10	103 10
Warschau-Wien	270 60	270 60	do. do. S. II	100 25	101 —
Lübeck-Büchen	154 —	154 —	Eisenbahn-Prioritäten-Obligationen		
Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.			Bresl.-Freib.Pfr.Ltr.H.	100 50	—
Breslau-Warschau	—	—	Oberschl. 3 1/2 pCt. Ltr.E.	99 —	—
Ostpreuss. Südbahn	101 50	100 —	do. 4 pCt.	—	—
Bank-Actien.			do. 4 1/2 pCt.	187 1/2	186 —
Bresl. Discoutobank	87 —	87 —	R.-O.-U.-Baan 4 pCt. II.	—	—
do. Wechselbank	95 70	97 40	Mähr.-Schl.-Cfr.-B.	50 —	50 20
Deutsche Bank	153 —	152 —	Ausländische Fonds.		
Disc.-Command. ult.	188 40	186 40	Italienische Rente.	94 50	93 60
Oest. Credit-Anstalt	450 —	446 —	Oest. 4 pCt. Goldrente	87 —	85 90
Schles. Bankverein	102 —	102 70	do. 4 1/2 pCt. Papierr.	62 20	62 20
Industrie-Gesellschaften.			do. 4 1/2 pCt. Silberp.	64 20	64 00
Bräul. Bierb. Wiesner	—	—	do. 1880er Loose	111 —	111 50
do. Eisenb.-Wagenb.	94 —	95 —	Poln. 5 pCt. Pfandbr.	57 70	57 80
do. verein. Oelfabr.	60 50	61 50	do. Liq. - Pfandb.	54 20	53 70
Hofm. Waggonfabrik	—	—	Russ. 5 pCt. Staats-Obl.	91 50	90 50
Oppeln. Portl.-Cemt.	70 —	73 —	do. 6 pCt. do.	102 20	101 70
Schlesischer Cement	102 —	102 —	Russ. 1880er Anleihe	80 —	80 20
Bresl. Pferdebahn.	—	—	do. 1884er do.	93 60	93 50
Erdmannsdorf. Spinn.	60 —	63 —	do. Orient-Anl. II.	55 90	56 20
Kramsta Leinen-Ind.	123 60	125 90	do. Bod.-Cr.-Pfr.	90 80	89 50
Schles. Feuerversich.	—	—	do. 1883er Goldr.	107 50	107 50
Bismarckhütte	101 —	102 50	Türk. Consols conv.	13 40	13 10
Donnersmarkhütte	41 50	41 50	do. Tabaks-Actien	71 —	71 —
Dortm. Union St.-Pr.	61 70	61 20	do. Loose	27 80	27 50
Laurahütte	81 75	81 60	Ung. 4 pCt. Goldrente	77 60	77 30
do. 4 1/2 pCt. Oblig.	99 —	99 —	do. Papierrente	70 50	69 90
Hert. Eis.-Bd.(Lüders)	98 50	99 —	Serb. Rente amort.	77 90	77 70
Oberschl. Eisb.-Bed.	49 50	48 20	Banknoten.		
Schl. Zinkh. St.-Act.	116 20	122 —	Oest. Bankn. 100 Fl.	158 85	159 15
do. St.-Pr.-A.	119 —	122 —	Russ. Bankn. 100 SR.	184 50	184 10
Bochumer Gussstahl	119 80	120 —	do. per ult.	—	—

Wien, 8. Februar. [Schluss-Course.] Fest. Credit-Actien. 271 75, 273 60, Marknoten. 62 85, 62 75, St.-Eis.-A.-Cert. 242 25, 242 25, 4 pCt. Ungar. Goldrente 95 95, 96 80, Lomb. Eisenb. 90 75, 91 —, Silberrente. 79 80, 80 25, Galizier. 194 —, 195 —, London. 128 05, 127 80, Napoleond'or. 10 12, 10 11, Ungar. Papierreente. 86 50, 87 —.

Paris, 8. Februar. 3 pCt. Rente 78, 17. Neueste Anleihe von 1872 107, 05, Italiener 93, 50, Staatsbahn 480, —, Lombarden —, —, Neue Anleihe von 1888 —, —, Egypter 358, —, Träge.

Paris, 8. Febr., Nachm. 3 Uhr. [Schluss-Course.] Schwach. Cours vom 7. 8. Cours vom 7. 8. 3 pCt. Rente. 78 55 78 02, Türk. neue cons. 13 35 13 25, Neue Anl. v. 1886 — —, Türkische Loose. — —, 3 pCt. Anl. v. 1872. 107 40 107 05, Goldrente österr. 86 — 88 1/2, Ital. 5 pCt. Rente. 93 85 92 95, do. ungar. 4 pCt. 73 1/8 76 5/8, Oest. St.-E.-A. 481 25 478 75, 1877er Russen — —, Lomb. Eisenb.-Act. 195 — 195 —, Egypter — — 360 — 357 —, London, 8. Februar, 12 Uhr 55 Min. Consols —, Russen 92 1/8, London, 8. Februar. Consols 100, 62. 1873er Russen 92, —, Egypter 70, 25. Wetter: Frost.

London, 8. Februar, Nachm. 4 Uhr. [Schluss-Course.] Platzdiscont 2 1/4 pCt. Bankinzahlung — Pfd. Sterl. Abgeschwächt. Cours vom 7. 8. Cours vom 7. 8. Consols. 100 1/2 100 5/8, Silberrente. 62 3/4 62 —, Preussische Consols 101 3/4 102 —, Ungar. Goldr. 4 pCt. 75 1/8 75 —, Ital. 5 pCt. Rente. 92 1/4 91 1/2, Oesterr. Goldrente. — —, Lombarden. 79 3/4 79 —, Berlin. — — 20 59, 5 pCt. Russende 1871 93 1/2 93 —, Hamburg 3 Monat. — — 20 59, 5 pCt. Russende 1873 92 3/8 91 3/8, Frankfurt a. M. — — 20 59, Silber. — —, Wien. — — 13 —, Türk. Anl. convert. 13 1/8 13 1/8, Paris. — — 25 59, Unificite Egypte 70 3/8 69 3/4, Petersburg. — — 21 1/8.

Frankfurt a. M., 7. Februar. Italien 100 Lire k. S. 78,20 bez. **Frankfurt a. M., 8. Februar.** Mittags. Credit-Actien 216, —, Staatsbahn 192, 75, Lombarden —, Galizier 154, —, Ungarn 77, —, Egypter 70, 90, Laura —, Credit —, Ruhig.

Wien, 8. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco —, per März 17, 05, per Mai 17, 60. Roggen loco —, per März 13, 25, per Mai 13, 55. Rüböl loco 24, 00, per Mai 23, 90. Hafer loco 14, 75.

Hamburg, 8. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco ruhig, Holsteinscher loco 168—172. Roggen loco ruhig, Mecklenburger loco 132—138, Russischer loco ruhig, 102—105. Rüböl still, loco 42 1/2. Spiritus still, per Februar 24, per April-Mai 24 1/2, per Mai-Juni 24 1/2, per Juli-August 25 1/4. — Wetter: Bewölkt.

Amsterdam, 8. Febr. [Schlussbericht.] Weizen loco per Mai 228. Roggen per März 128, per Mai 131.

Paris, 8. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen ruhig, per Februar 22, 60, per März 22, 90, per März-Juni 23, 60, per Mai-August 24, 30. Mehl ruhig, per Februar 51, 60, per März 52, 25, per März-Juni 53, 10, per Mai-Aug. 54, 10. Rüböl behauptet, per Februar 56, 75, per März 57, —, per März-Juni 56, 25, per Mai-August 55, 25. Spiritus fest, per Februar 40, —, per März 40, 50, per März-April 41, —, per Mai-August 42, 50. — Wetter: Schön.

Paris, 8. Februar. Rohzucker loco 28,00. **London, 8. Februar.** Havannazucker 12 1/4 nom. **Liverpool, 8. Februar. [Baumwolle.]** (Schlussbericht.) Umsatz 8000 Ball, davon für Umsatz und Speculation 500 Ball. Ruhig.

Abendbörsen.

Wien, 8. Februar, 5 Uhr 35 Min. Oesterr. Credit-Actien 271, 50, Ungarische Credit —, Staatsbahn —, Lombarden —, Galizier 194, 50, Oesterr. Papierreente —, Marknoten 62, 82, Oesterr. Goldrente —, 4 pCt. Ungarische Goldrente 96, 30, do. Papierreente —, Elbthalbahn —, Schwach.

Frankfurt a. M., 8. Febr., 6 Uhr 58 Min. Creditactien 213, 62, Staatsbahn 192, 50, Lombarden 71 1/4, Galizier —, Ungar. Goldrente 76, 30, Egypter 70, 45, Laura —, Mainzer —, Matt.

Hamburg, 8. Febr. Oesterreichische Creditactien 213 3/4, Ungar. 4 pCt. Goldrente 76 3/8, Laurahütte 79 3/4, Deutsche Bank 150 3/4, Russ. Noten 184. — Tendenz: Ruhig.

Sprechsaal.

Die Billeterverkaufsstelle im Thalia-Theater erfordert eine baldige Vorrichtung, welche einen geordneten Zu- und Abgang ermöglicht. Am Sonntag Mittag von 12 bis 1 entwickelten sich dort Scenen, die bei feierlichen Vorstellungen auf der Bühne wohl sehr wirkungsvoll sein mögen, dem bilettaufsuchenden Publikum aber lieber erspart bleiben sollen. Derjenige, der sich — wie sonst allgemein üblich — in der Reihe anstellte, um späterhin zum Schalter vorzurücken, kam überhaupt nicht zum Ziele. Der Zugang zur Kasse ist von allen Seiten frei; wer am stärksten und am rücksichtslosesten ist, führt das — Bille! heim. Zum Ueberflus ist die unmittelbar grenzende Glasstüb geschloffen und auf diesem engen Raum entwickelten sich die Kämpfereien. Hoffentlich wird bald eine Vorrichtung geschaffen, die solche Vorkommnisse, wie am Sonntag, zur Unmöglichkeit macht. P. Sp.

Deutschfreisinnige Partei.

Wähler-Versammlung.

Freitag, den 11. Februar 1887, Abends 8 Uhr,

im großen Saale bei Liebig, Gartenstraße 19.

Ausproben: [1951]

1) des Landtags-Abgeordneten für Breslau, Stadtrichters a. D. Herrn Friedländer und

2) des Redacteurs Herrn Vollrath.

Geladene sind alle Parteigenossen und diejenigen Wähler, welche mit der deutschfreisinnigen Partei zu stimmen geneigt sind.

Das Central-Wahl-Comité der deutschfreisinnigen Partei.

An die Wähler des Reichstags-Wahlkreises

Oblau-Strehlen-Nimptsch.

Wir empfehlen zu der Montag, den 21. Februar d. J., stattfindenden Reichstagswahl

Freisinnige Partei zu Breslau.
Wir ersuchen alle diejenigen, welche uns in der Agitation bei den diesmaligen Reichstagswahlen unterstützen wollen, sich im Wahlbureau
Mende's Hôtel am Magdalenenplatz
einzufinden. [1703]
Das Wahlcomité.

Loeblunds echtes Malz-Extract
ist bei Husten, Heiserkeit, Catarrh, Asthma, Brust- und Halsleiden als Diätetikum seit 20 Jahren bewährt, ebenso sind Loeblunds Malz-Extract-Bonbons als Hustenbonbons sehr beliebt. Das Malz-Extract mit Eisen wird bei Bleichsucht und Blutarmuth, das mit Kalk bei engl. Krankheit, das mit Leberthran für schwächliche Kinder empfohlen. Das neue Mittel, Loeblunds Rahm-Conserve, wird bei zehrenden Krankheiten mit bestem Erfolge gebraucht. In allen Apotheken, wobei ausdrücklich zu verlangen: von Ed. Loeblund in Stuttgart. [1648]

Die Verlobung meiner Tochter, der verwitweten Kreisrichters Peschel, Anna, geb. Zimmermann, mit dem königlichen Landgerichtsrath Herrn Emil Friemel zu Schweidnitz beehre ich mich ergebenst anzuzeigen.
Brieg, den 30. Januar 1887.
Verwittwete Hauptmann Zimmermann,
Johanna, geb. Stöckel.
Unsere Verlobung beehren wir uns ergebenst anzuzeigen.
Brieg, Schweidnitz, den 30. Januar 1887. [1946]

Anna, verwitwete Kreisrichters Peschel,
geb. Zimmermann,
Emil Friemel, Landgerichtsrath.

Die Verlobung meiner Pflege-Tochter Paula Wiener mit dem Kaufmann Herrn Elias Brück hier beehre ich mich ergebenst anzuzeigen.
Beuthen O/S., im Februar 1887. [796]
Henriette Persicaner, geb. Lachmann.
Paula Wiener,
Elias Brück,
Verlobte.
Beuthen Ob.-Schl.

Als Verlobte empfehlen sich:
Selma Sachs,
Max Bandmann.
Groß-Böllnig. Dels i. Schl.

Die Verlobung ihrer Tochter Gertrud mit Herrn Paul Leopold erlauben sich ganz ergebenst anzuzeigen.
Adolf Sagemann und Frau
Elise, geb. Schulze.
Berlin.

Durch die glückliche Geburt eines munteren Knaben wurden hoch erfreut
Julius Mamlok und Frau
Laura, geb. Ninkel.
Breslau, 7. Februar 1887.

Statt besonderer Meldung.
Durch die glückliche Geburt eines munteren Knaben wurden hoch erfreut
Wilhelm Widera und Frau
Margarethe, geb. Gerstel.
Oppeln, den 6. Februar 1887.

Heute Abend 7 Uhr verschied nach kurzem Leiden im 79sten Lebensjahre unser innigstgeliebter, guter Vater, Grossvater und Schwiegervater
[2524]
Meyer Freudenthal.
Verwandten und Freunden widmen diese schmerzliche Nachricht
Die trauernden Hinterbliebenen.
Breslau, den 8. Februar 1887.
Beerdigung: Donnerstag, 10. Februar 1887, Vorm. 10 Uhr.
Trauerhaus: Reuschestr. 7.

Am 6. d. Mts. starb zu Bari in Italien nach schwerer Krankheit am Herzschlage mein einziger, geliebter Sohn, der Ingenieur
Max Doernert,
im Alter von 32 Jahren.
Dies zeigt statt besonderer Meldung tiefbetruert an
Die verwitwete Kreisbaumeister
Adelheid Doernert, geborene Faehndrich.
Landeshut i. Schl., den 7. Februar 1887. [1926]

Durch das gestern Abend erfolgte Ableben des
Herrn Pincus Hausdorff
hat der unterzeichnete Verein eines seiner ältesten Mitglieder verloren, welches stets ein warmes Interesse für denselben bekundete. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Myslowitz, den 7. Februar 1887. [1921]
Der Vorstand des Wohlthätigkeits-Vereins.

Unser Wahlbureau
befindet sich
Mende's Hotel, am Magdalenenplatz Nr. 11,
und ist täglich von 9 bis 1 Uhr Vormittags und
3 bis 7 Uhr Nachmittags
geöffnet.
Listen zur Einzeichnung in den Wahlverein liegen aus, jede auf die Wahlen bezügliche Auskunft wird ertheilt. [1929]
Das Wahl-Comité
der deutsch-freisinnigen Partei.

Vornehmes Fest- und Hochzeitsgeschenk.
Prometheus-Gruppe
von Ed. Müller, Original in der Königl. Nationalgalerie zu Berlin, Höhe 80 Ctm., in Elfenbeinmasse. Preis 160 Mark.
Bruno Richter, Kunsthandlg., Breslau, Schlossstr.

Nach Gottes unerforschlichem Rathschluss starb heute früh 7 Uhr sanft und gottergeben unser geliebter Gatte, Vater, Bruder, Onkel, Schwager und Schwiegersohn, der Gasthofbesitzer
Carl Hollert,
im 51. Lebensjahre. [1955]
Um stilles Beileid bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Oppeln, den 8. Februar 1887.
Trauerhaus: Tuchmarkt Nr. 3.
Beerdigung: Freitag Nachmittag 3 Uhr.

Todes-Anzeige.
Den nach kurzem Krankenlager heute erfolgten Tod des praktischen Arztes, Wundarztes und Geburtshelfers, [1953]
Herrn Dr. Tuszewski,
in Nicolai erlauben wir uns hierdurch ergebenst anzuzeigen.
Wir betrauern in dem Dahingeschiedenen einen lieben, hingebenden Collegen, welcher durch seine Berufstreue, wissenschaftlichen Sinn, sowie Opferwilligkeit und uneigennütziges Pflichterfüllung sich ein bleibendes Andenken gesichert hat.
Pless, den 7. Februar 1887.
Die Aerzte des Kreises Pless.

Für die anlässlich des Hinscheidens unseres innigstgeliebten, unvergesslichen Vaters, Schwiegervaters und Grossvaters,
des Herrn
Josef Frankenstein,
uns erwiesene Theilnahme sprechen wir unseren herzlichsten Dank aus. [2519]
Breslau, Landeshut, Berlin, Oppeln.
Die Hinterbliebenen.

Allen Verwandten und Freunden, die uns anlässlich unserer goldenen Hochzeit mit Zeichen ihres liebevollen Gedankens erfreut haben, erlauben wir uns auf diesem Wege den innigsten Dank auszusprechen. [1923]
Myslowitz, im Februar 1887.
M. J. Schaefer und Frau,
geb. Altmann.

Stadt-Theater.
Mittwoch. 40. Bous-Vorstellung. 146. Abonnements-Vorstellung. 21. Mittwoch-Vorst. „Alessandro Stradella.“
Donnerstag. „Der Herr und Frau Hippokrat.“ [1932]

Lobe-Theater.
Gastspiel des Herrn Friedrich Haase. Mittwoch. 37. Bous-Vorstellung. Der Königsleutnant. (Graf Thorane, Dr. Fr. Haase.)
Donnerstag. 38. Bous-Vorstellung. „Narcis.“ (Narcis, Herr Friedrich Haase.)
Freitag. 39. Bous-Vorstellung. Zum 9. Male: „Der Vicadmiral.“
Neum-Theater. [1934]
Heute Mittwoch:
Des Königs Befehl.
Lustspiel von Dr. Töpfer.
Gratid-Bous giltig.

Historische Section.
Donnerstag, den 10. Februar, Abends 7 Uhr: Herr Archivar Dr. Pfotenhauer: Nikolaus v. Popplau als Reisender und Diplomat. [1942]
Liebig's Etablissement.
Heute Mittwoch, 9. Februar:
Auftreten der Damengesellschaft „Excelsior“ [1943]
(Darstellung von Cosum-Gruppen). Auf Verlangen: Die Rückkehr aus der Stadt, Operette.
Die Zauberein, Pantomime.
Anfang 8 Uhr. Bous giltig.

Victoria-Theater.
Simmenauer Garten.
Heute! Pongorilla, der Affenmensch.
Alle Mantel mit ihren dressirten Race-Tauben, Ballet-Gesellschaft Lederer, Schmutz & Rück, beste Wiener Duettisten, Fröbel, beliebtester Gesangs-Humorist, Helene Wiener, Costüm-Soubrette, Henry Taylor, Salon-Humorist. [1931]
Nur noch einige Tage: Professor Schalkenbach. Anfang 7 1/2 Uhr. Entrée 60 Pf.

Zeltgarten.
Auftreten der
Johnson Family
(1 Herr, 3 Damen), die großartigsten Schwimmer u. Taucherkünstler der Welt; der berühmten acht Amerikaner Herisor als Akrobaten, der Duettisten Herrn Behrens u. Fräulein Stephani, des Komikers Herrn Martin Reuter, des großartig dressirten Elephanten „Blondin“, des Bony „Oscar“ und dressirter Affen (der Elefant als Velocipedist, Seiltänzer etc.), des Komikers Herrn Zoehrer u. der Sängerin Fräulein Valida. Anfang 7 1/2 Uhr. [1933]

Bergkeller.
Morgen Donnerstag:
Kränzchen,
maskirt und unmaskirt, mit scherzhaften Ueberraschungen und Bräuturung. [2515]
Alles Nähere morgen.

Der lästige Schnupfen,
welcher bei Vernachlässigung häufig genug den Grund zu schwereren Leiden legt, wird durch den Gebrauch der B. Voss'schen Katarripillen in kürzester Zeit, ja häufig innerhalb einiger Stunden, beseitigt. B. Voss'sche Katarripillen sind erhältlich in allen bekannten Apotheken. Jede echte Schachtel trägt den Namenszug Dr. med. Wittlinger's. [794]
(Eingefandt.) [807]
Vom Nordseestrande. Ein Rückblick auf das Jahr 1886 giebt dem erfreulichen Beweis, daß die Heilwirkungen der Seeluft und der Seebäder in weiteren Kreisen als bisher Anerkennung gefunden haben. Ueberall sind die Bittern der Fremdenfrequenz gestiegen, so z. B. in Norderney auf 13 319, welche Zahl bisher niemals erreicht wurde. Es ist dies der beste Beweis für die vortrefflichen Eigenschaften und Einrichtungen unserer ältesten und ersten deutschen Seebadanstalt auf der leicht zu erreichenden Insel Norderney. Bald werden mit dem Erwachen des Frühlings die Schätze des Meeres, Kräftigung und Heilung des Körpers und der Seele, sich wieder heben lassen. Mögen daher Alle, welche eine Frühjahrskur am Meere zu machen wünschen, das dazu wohlthätig eingerichtete Norderney auffuchen. B.

Die bei Husten, Heiserkeit, Hals- und Brustleiden bewährten Malz-Extract-Präparate (Schutzmarke: Fische-Richt) von L. H. Plösch & Co. sind in Breslau in der Kränzelmart-Apothek, Hintermarkt, zu haben.

Am 1. April d. J. verlege ich mein Geschäft nach
Ring 31 (grüne Röhrseite)
und stelle deshalb von heute ab einen großen Posten in
Teppichen, Tischdecken, Läuferstoffen [1941]
verschiedenen Genres
zu sehr billigen Preisen zum Ausverkauf.
Louis Lohnstein,
Schweidnitzerstr. 50, I. Etage,
Eingang Junkernstr. neben Hotel Golbne Gans.

Heute Eröffnung
des großen
3 Mark-Bazars
Special-Magazin feiner Portefenille-
Lederwaaren und Lampen
Neuschestrasse Nr. 57, vis-à-vis der Post,
im Feist'schen Hause. [1044]

Ausverkauf in Schweizer Stickereien,
anerkannt bestes Fabrikat, in größter Auswahl, 30 Procent unter bisherigen Preisen. [1704]
50 Schaefer & Feiler,
Schweidnitzerstr. 50.

Schweidnitzer Thor-Bezirksverein.
Heute, Mittwoch, den 9., Ab. 8 Uhr: Versammlung im oberen Saale des Concerthauses. — Vortrag d. Hrn. Stadtverordneten Dr. Pannes: „Ueber die Vorlage des Magistrats, betr. das neue Communal-Einkommensteuer-Regulativ.“ — Gäste willkommen. [801] Der Vorstand.

Zoologischer Garten.
Heute Mittwoch: Concert. Anfang 4 Uhr. [1601]
Wir versichern zu folgenden Preisen gegen Concessionsverlust in den bevorstehenden Ziehungen:
Brannschweiger 20 Thaler-Loose per Stück Mk. — 40 Pf.
Mailänder 10 Fres.-Loose per Stück „ — 30 Pf.
Russische 1866er Präm.-Anl. per Stück „ 1. 40 Pf.
Bayerische 100 Thaler-Loose per Stück „ 5. 50 Pf.
Sachs & Jonas,
Bank- u. Wechselgeschäft,
85 Ohlanerstr. 85. [800]

Alfr. Raymond's Weinhdlg.,
Carlsstr. 10.
Dejeuners, Dinners, Soupers,
auch ansser Haus. [1750]
Gesellschafts-Räume.
J. O. O. F. Morse □ 9. II.
A. 8 1/2 V. [805]
Mont. d. 11. II. 7. R. △ IV.

Tricot-Tailen!
Perlen aller Art!
Perl- u. Schmelzbesätze,
sowie Garnituren
in größter Auswahl bei
Hoflieferant [1936]
Albert Fuchs,
Schweidnitzerstr. 49.

Schmerzlose Extraktionen ohne Stör- u. Bewusstseins.
Zahn-Arzt
G. Kretschmer,
Gartenstr. 39, Ecke Agnessstr.
Eine j. Wittwe bittet um ein Darlehn v. 60 Mark gegen pünktliche Rückzahlung. Gest. Off. unter W. 100 postlag. Postamt 9 Adalbertstr. [2505]

Für einen Beihülfe wird eine Pension in einer ausländischen Familie unter strenger Aufsicht per 15. Febr. c. gesucht. Meldungen mit Angabe der Pensionsansprüche an E. Silbermann, Junkernstraße 27

Oberhemden,

nach Maass sowie vorrätig, empfiehlt unter Garantie des Gutsitzens zu billigsten Preisen die Oberhemden-Fabrik von
Heinrich Leschner,
Nr. 7677. Ohlauerstrasse Nr. 7677. [1770]

Von den billigen Waaren

stehen noch zum Verkauf:

Weibliche Handarbeiten, Decken, Tischläufer, Ueberhandtücher, Congrestoffe zu Gardinen und Decken. Tricot-Tailen, Kleiderchen, Anzüge, Stoffe, Gamaschen, Strümpfe, Socken, Strumpflängen mit passender Anstrich-Wolle, wollene Tücher (auch für Confirmanden), einzelne Corsets, Camisols und Beinkleider, die in der Wäsche nicht einlaufen, 1,00, 1,25, 1,50 und 2 Mk.

M. Charig, Ohlauerstrasse Nr. 2, an der Apotheke.

Verlag von August Hirschwald in Berlin. Soeben ist erschienen: [1937]

Vorlesungen

über

Kinderkrankheiten.

Ein Handbuch für Aerzte und Studierende von Geh. Rath Prof. Dr. E. Henoch. Dritte vermehrte Auflage, 1887, gr. 8. 17 M.

E. Langer, Möbelfabrik und Kunstschlerei.

Hoflieferant



Sr. Kgl. Hoheit

des Prinzen Friedrich

Carl von Preussen.

Magazine

Breslau, Schweidnitz, Berlin, Ring 16, Königsgrabenstrasse 107.

Uebernahme vollständiger Einrichtungen in einfacher, sowie reichster Ausführung. [1342]

Grosses Lager von Möbeln in jeder Holz- und Stylart.

Teppiche, Möbel- und Portièrenstoffe. Solide und prompte Ausführung, bei entsprechend billigen Preisen.

C. BRANDAUER & CO'S CIRCULAR POINTED PENS

Die besten Schreibfedern sind die bewährten und allgemein beliebten [808] Circular Pointed-Pens oder Rundspitzfedern

aus der Fabrik von C. Brandauer & Co. in Birmingham. Die Spitzen dieser Federn sind so abgerundet, dass sie nicht einreissen und spritzen können und doch gleichwohl feine und dicke Züge nach Belieben gestatten, ein bisher unerreichtes Resultat. — Muster-schachteln à 2 Dutz. zu 50 Pf. durch jede Buchhandlung zu beziehen. Fabriks-Niederlage bei S. Loewenhain, Berlin W., 171 Friedrichstrasse.

POSTKARTEN

mit Firmendruck auf bestem Carton 1000 Stück à Mk. 3,20, 200 à 2,90, 3000 à 2,80, 4000 à 2,70, 5000 à 2,60. [1087]

Papierversandt-Geschäft S. Jellin, Freiberg i. S.

Zu sehr billigen Preisen

werden die bei uns zum Verkauf ausgestellten vorzüglichen Flügel u. Pianinos abgegeben. [807]

Garantie 10 Jahre.

Auf Wunsch auch Ratenzahlungen.

Gebrauchte Instrumente in grosser Auswahl vorrätig.

Die Perm. Indust.-Ausstellung, Schweißdultzerstr. 31, 1. Etage.

Central-Brenner,

dessen Flamme dem elektrischen Licht gleichgestellt wird, erzielt bei einem ganz geringen Petroleum-Verbrauch ein Licht wie 4 große Rundbrenner und kann auf jede gebrauchte Gänge- und große Tisch-Lampe angebracht werden. Preis pro Stück 4,50.

Adolf Gerstel, Lampenfabrik, Ring 54. [1112]

Fertige Flaggen und Banner,

Schwarz-Weiss, schwarz-Weiss-roth mit Adler auf beiden Seiten. Deutsche Handelsflagge. Preussische Flagge für Behörden.

Flaggen für Bootsfahrzeuge. Deutsche Postflagge. Consular-Flaggen, Flaggen aller Länder. Schloss-Flaggen.

Alles in windklarem Marine-Flaggentuch, daher sehr dauerhaft.

Baumwoll. Fahnen u. Fahnenstoffe. [1941]

Fahnenstangen, Schnuren und Quasten.

Grosses Lager. — Billige Preise.

Julius Henel vorm. C. Fuchs, k. k. u. k. Hoflieferant, Breslau, am Rathhause 26.

Ende März Umzug nach Frankenstein Schl. (circa 3 Möbelwagen). [1927]

Offerten bezgl. Verpackung und Transport mit Garantie unter M. S. 54 an die Exped. der Bresl. Ztg.

Ziehung 23. März cr. Erste Grosse

Pommersche Lotterie

[1688] Gewinne: W. M. 20.000, 10.000, 2000 etc. etc.

Loose à 1 M., 11 St. 10 M., 28 St. 25 M. Liste 20 Pf. extra.

Für 10 Mark: 6 Pommersche und 1/4 Anth. obiger 3 Geldlotterien

empfehlen und versenden auch gegen Coupons und Briefmarken

Oscar Bräuer & Co., Bank-Geschäft und General-Debit, Berlin W., Friedrichstr. 198. Filiale: Breslau, Ohlauerstr. 87. Wiederverkäufer allerorts gesucht.

Nächste Ziehung 7.-12. März cr. Geldlotterien von

Ulm, Köln u. Marienburg

Hauptgewinne: M. 90.000, 2 x 75.000, 2 x 30.000 etc.

Loose à 3 M., 1/2 Anth. 1,70 M., 11 St. 17 M., 1/4 Anth. 1 M., 11 St. 10 M. (Porto 10 Pf., jed. Liste 20 Pf. extra)

Für 10 Mark: 6 Pommersche und 1/4 Anth. obiger 3 Geldlotterien

empfehlen und versenden auch gegen Coupons und Briefmarken

Oscar Bräuer & Co., Bank-Geschäft und General-Debit, Berlin W., Friedrichstr. 198. Filiale: Breslau, Ohlauerstr. 87. Wiederverkäufer allerorts gesucht.

Erste Deutsche Kohlen-anzündertabrik Berlin-Charlottenburg Salzufer 14, liefert

Kohlenanzünder zur Ersparung allen Holzbeim Feueranmachen — mehrfach prämiirt — 300 Stück für 4 Mk. fr. n. all. deutsch. Pos stat. gegen Vorausbez. oder Nachn. Gr. Quantit. billiger. Händlern gr. Rabatt.



Toiletteseifen v. Treu u. Nügisch, Lohse, Bergmann b. F. Hoffschmidt, Ohlauerstr.

Die Heil- und Pflege-Anstalt für Nerven- und Gemüthsranke in Schmiedeberg i. R.

bietet in Folge der günstigen Lage und vorzüglichen Luftbeschaffenheit derartigen Kranken bei guter Kost, Pflege und Behandlung die besten Aussichten auf Heilung und Genesung. Jährliche Pension: 1. Klasse 900 M., 2. Klasse 750 M. Prospekte gratis. [1825]

Dr. Nimsch, Dr. Kiersch, dirig. Arzt. Besitzer.

National Vieh-Versicherungs-Gesellschaft in Cassel.

Die diesjährige ordentliche General-Versammlung

wird hiermit auf Montag, den 28. Februar cr., Nachmittags 1 1/2 Uhr, im Hôtel Prinz Friedrich Wilhelm dahier anberaumt.

Tagesordnung: 1) Bericht über den Geschäftsgang. 2) Vorlage des Geschäftsberichts pro 1886. 3) Dechargirung der Verwaltung. 4) Uebernahme der Versicherungs-Bedingungen.

Cassel, den 8. Februar 1887. [803]

Der Vorsitzende des Verwaltungsrathes: F. Thon, Königlich Oberamtmann.

Eisenbahn-Directions-Bezirk Breslau.

Die Lieferung von 1600 cbm Bruchsteinen und 80 Tausend Ziegel (Klinker I. Sorte) oder von 600 cbm Bruchsteinen und 400 Tausend Klinker

der Bauwerke der Neubaufreile „Gleiwitz-Orzeche“ sollen im Wege der öffentlichen Verdingung vergeben werden.

Die allgemeinen und besonderen Bedingungen können täglich im Bureau des Unterzeichneten (Bahnhofsstrasse Nr. 26) während der Dienststunden eingesehen, die letzteren, sowie Angebotsformulare für Bruchsteine und Ziegel getrennt, auch von da gegen gebührenfreie Einsendung von je 0,30 Mark bezogen werden.

Angebote, sowie vorchriftsmäßig bezeichnete Proben sind bis zum Termin Freitag, den 25. Februar 1887, Vormittags 11 Uhr, gebührenfrei an den Unterzeichneten einzusenden.

Zuschlagsfrist 4 Wochen. Gleiwitz, den 4. Februar 1887. [1852]

Der Abth.-Ing.-Baumeister. Werren II.

Verdingung von Locomotiven.

Zur Verdingung von Locomotiven sollen 5 Normal-Lender-Locomotiven mit dreigeschlossenen Achsen für Vollbahnen beschafft werden. Bedingungen und Zeichnungen liegen in dem unterzeichneten Bureau zur Einsicht aus und werden gegen postfreie Einsendung der Schreibgebühren von 3 Mark unfrankirt abgegeben. Die Angebote sind verschlossen, postfrei und mit der Aufschrift: „Angebot auf Lieferung von Locomotiven“ zu dem am Mittwoch, den 2. März 1887, Vormittags 11 Uhr, anstehenden Termine an das unterzeichnete Bureau einzureichen. Zuschlagsfrist vier Wochen.

Breslau, den 6. Februar 1887. [1945]

Maschinentechnisches Bureau der Königl. Eisenbahn-Direction.

Heiraths-Offerte!

Habe wiederum Rechts-anwält, praktische Aerzte etc. etc. behufs Verheirathung in directem Auftrage und erlaube hierauf reflectirende sich vertrauensvoll mit mir in Verbindung zu setzen.

Nur auf Wunsch komme ich ins Haus. Discretion bleibt für alle Fälle auf's strengste bewahrt.

Adresse: Adolf Wohlmann, Antonienstr. 16, Breslau. [1922]

Ein junger Kaufmann, evangelisch, Inhaber eines guten Manufacturwaaren-Details-Geschäftes in einer größeren Provinzialstadt, nachweislich gut situiert, wünscht sich zu verheirathen. Junge Damen mit einem Vermögen von ca. 30.000 Mark verb. gebeten, ihre Adresse sub B. A. 53 in der Exped. d. Bresl. Ztg. niederzulegen. Strengste Discretion zugeh.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist heute unter Nr. 92 bei der Firma

Simon Lustig

zu Ratibor folgende Eintragung bewirkt worden:

Die Firma ist durch Erbgang auf die verewittwete Kaufmann

Marianne Lustig, geborene Ring, zu Ratibor übergegangen.

Unter Nr. 568 ist heute in unser Firmenregister die Firma:

Simon Lustig

als deren Inhaberin:

die verewittwete Kaufmann

Marianne Lustig, geborene Ring, zu Ratibor

und als Ort der Niederlassung: Ratibor

eingetragen worden.

Als Procurist der zu Ratibor bestehenden, unter der letzteren Firma eingetragenen Handlung ist heute der Kaufmann **Bernhard Lustig** zu Ratibor unter Nr. 52 in unser Firmenregister eingetragen worden.

Ratibor, den 1. Februar 1887.

Königl. Amts-Gericht. Abtheilung IX.

Pianos, kreuzsait. Eisenbau, höchste Tonfülle.

Kostenr. Liefer. a. mehrwöchentl. Probe. Preisverz. grat. u. franco.

Ohne Anzahl. à 15—20 M. monatl.

Pianoforte-Fabrik L. Herrmann & Co., Berlin, Neue Promenade 5. [1911]

Vorzügl. schön! w. Schwan, Ball-, Masfencostumes, Seidenstoffe u. Atlas gereinigt, auch gewasch. **Sebnitz Müller**, Siebenhufenerstr. 25b, 2. Et.

Bekanntmachung. Ueber das Vermögen des Kaufmanns

Richard Eisner zu Schweidnitz wird heute, am 5. Februar 1887, Vormittags 11 Uhr, das Concursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann **F. A. Schmidt** hier wird zum Concursverwalter ernannt.

Concursforderungen sind bis zum 15. März 1887 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Concursordnung bezeichneten Gegenstände auf den 19. Februar 1887, Vormittags 11 1/2 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 29. März 1887, Vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte, Wilhelmplatz, Zimmer Nr. 38, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Concursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Concursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschnldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Concursverwalter bis zum 1. März 1887 Anzeige zu machen. [1911]

Schweidnitz, den 5. Februar 1887. Königl. Amts-Gericht. Abtheilung IV. Bernstein.

Zwangsversteigerung.

Auf Antrag des Verwalters im Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Paul Gräs** zu Schweidnitz soll das zur Concursmasse gehörige, im Grundbuche von Stadt Schweidnitz Band I Blatt 4 auf den Namen des Kaufmann **Paul Gräs** zu Schweidnitz eingetragene, daselbst belegene Grundstück

am 6. Mai 1887, Vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte, Zimmer 20, zwangsweise versteigert werden.

Das Grundstück ist zur Gebäudesteuer noch nicht veranlagt. Der an Stelle des Gebäudesteuerungswertthes tretende Werth ist auf 3755 M. ermittelt worden. Beglaubigte Abschrift des Grundbuchsblatts, etwaige Abhängigkeiten und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei, Abtheilung III, Zimmer 19, eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Capital, Zinsen, wiederkehrenden Gebungen oder Kosten, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der Concursverwalter widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigenthum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am 7. Mai 1887, Vormittags 10 Uhr, an Gerichtsstelle verkündet werden.

Schweidnitz, den 5. Januar 1887. Königl. Amts-Gericht. Abtheilung III.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der in der Zeit vom 1. April 1887 bis 31. März 1888 für das fiscalische Steinkohlenbergwerk Königin Luise bei Zabrze D.S. erforderlichen **Schmiermaterialien** soll im Wege der Submission vergeben werden.

Der voraussichtliche Bedarf wird betragen: ca. 10.000 kg consistente Wagen-schmiere, ca. 30.000 kg Patent-Achsen-schmiere, 8.000 kg Seilschmiere, 13.000 kg Maschinöl, 11.000 kg Cylindöl, 1.000 kg Maschinensett, 9.000 kg dunstles Schmieröl, 1.200 kg Valvoline-Baumöl.

Offerten sind bis Montag, den 28. Febr. cr., Vormittags 10 Uhr, versiegelt und portofrei an die unterzeichnete Berginspektion einzureichen, zu welcher Zeit dieselben in Gegenwart der etwa erschienenen Submittenten eröffnet werden.

Später eingehende Offerten werden nicht berücksichtigt.

Die Offerten müssen mit der Aufschrift: „Angebot auf Schmiermaterialien“ versehen sein. [1909]

Die Lieferungsbedingungen sind bei der Materialienverwaltung der Berginspektion einzusehen, auch werden dieselben gegen Erstattung der Schreibgebühren von 80 Pf. abschriftlich mitgetheilt.

Zabrze, den 4. Februar 1887. Königl. Berg-Inspektion.

Verdingung.

Die Lieferung von 231 Matrasen nebst Reifflüssen aus gereinigtem Drilling mit Indiasäferfüllung für das hiesige neue Gerichtsgefängnis soll im Ganzen oder in einzelnen Loses durch öffentliche Ausschreibung verbunden werden. Vorchriftsmäßige Angebote sind bis zum Termine am Dienstag, den 22. Februar cr., Vormittags 11 Uhr, im Baubureau abzugeben, von wo die Bedingungen vorher zu beziehen sind. Oppeln, den 8. Februar 1887. Der Königl. Regierungs-Baumeister. Adank.

Bekanntmachung.

Auf höheren Befehl soll der Bedarf an Lebensmitteln für die hiesige Königl. Strafanstalt nur für die Zeit vom 1. April bis 31. März 1887 vergeben werden und zwar etwa in folgenden Mengen: 50.000 kg Roggenschrotmehl, 20.000 kg Roggenmehl Nr. 0 zu Weißbrot, 5000 kg Roggenmehl Nr. 1, 5000 kg Weizenmehl Nr. 2, 3000 kg Gerstenmehl Nr. 2, 1200 kg Mierentalg, 150 kg inländisches Schweineschmalz, 1200 kg Kochbutter, 100 kg Tischbutter, 3400 kg Rindfleisch, 1200 kg Schweinefleisch, 500 kg geräucherter Speck von inländischen Schweinen, 1000 kg asiatischen Gartgries, 2000 kg gelben Hirse, 6000 kg Bohnen, 12.000 kg Kocherbsen, 650 kg große Linsen, 500 kg Hafergrütze, 4000 kg ordinäre geschälte Gerstengraupe, 80 kg feine Graupe, 2500 kg ganzen Reis, 40 kg Fadennudeln, 30.000 kg Kartoffeln; zu liefern im Monat Mai 15.000 kg und im Monat Juni die letzten 15.000 kg; 6000 kg Kochsalz — Salinensalz; in der Offerte ist die Saline anzugeben, aus welcher das Salz geliefert werden soll; 30 kg Kochförmel, 40 kg Pfefferkörner, 25 kg Backpflaumen, 750 kg gebrannten Kaffee, 230 kg Semmel, 1000 l Cffig, 4500 l Braumbier und 9000 l Milch.

Hierzu ist ein neuer Submissions-termin auf den 22. Februar d. J., Vormittags 10 Uhr, im hiesigen Directorial-Bureau angesetzt.

Die hierzu einzusendenden Offerten müssen ganz den Bedingungen in den diesseitigen Bekanntmachungen vom Januar dieses Jahres entsprechen. [1910]

Ratibor, den 4. Februar 1887. Der Director der Königl. Strafanstalt.

Santfrankheiten u.

jeder Art, auch in ganz acuten Fällen, heilt sicher und rationell ohne nachtheilige Folgen in kürzester Zeit sub Garantie, **Frauenleiden.**

auch **Dehnel sr.** Bisdorffstr. 16, 2. Et. Sprechst. von 8 bis 5 Uhr.

Damen f. fribl. Aufn., Rath u. Hilfe in Frauenleib. u. fr. Discr. bei Stadtbeamtens **Kuzniz**, Gr. Feldstr. 30.

Öffene Bürgermeister-Stelle.

Das Amt des Bürgermeisters dieser Stadt ist neu zu besetzen. Pensionberechtigtes Jahresgehalt 4500 Mark. Nebenämter, soweit nicht dazu eine gezielte Verpflegung besteht, dürfen nicht übernommen werden. Ausgenommen hiervon ist nur das Amt eines Auswärtigen-Commissars, welches gegenwärtig mit einem Einkommen von 300 Mark verbunden ist.

Bewerber wollen ihre Meldungen unter Einreichung ihres Lebenslaufes bis zum 25. Februar d. J. an den Unterzeichneten richten.

Myślowitz, den 4. Febr. 1887.

Der
Stadtverordneten-Vorsteher.
Freund. [1780]

1899 Nachtung!

In dem industriellen Städtchen **Freital** (Kreis Sagan) mit über 2000 Einwohnern, der Umgegend Leipa, Brand, Burau, sowie den Forstereien, im Orte selbst drei Krankenkassen mit circa 500 Mitgliedern, würde sich ein praktischer Arzt niederließe, da gegenwärtig die Praxis von zwei auswärtigen Ärzten, in einer Entfernung von 7 und 11 Kilometern ausgeübt werden muß.

Verpachtung von Rittergütern.

Die im Grünberger Kreise auf dem rechten Oderufer gelegenen **Rittergüter Kleinitz und Schwarmitz**, sowie die **Vorwerke Dorotheenau, Rarschin und Sedzyna**, welche zu Johann d. J. pachtlos werden, sollen von da ab vereint oder einzeln anderweit auf 15 Jahre im Wege der Pachtverpachtung werden und steht hierzu Termin an

**am Sonnabend,
den 19. März cr.,**

Vormittags 10 Uhr,
im hiesigen Amtlocale.

1) Das **Rittergut Kleinitz** — 2 Vorwerke — mit Brennerei umfaßt ein Areal von 292 Hectar 34 Ar 41 Quadratmeter, und zwar 255 Hectar 32 Ar 24 Quadratmeter Acker — überwiegend Weizenboden — 28 Hectar 8 Ar 54 Quadratmeter Wiese und Hutung, 8 Hectar 93 Ar 63 Quadratmeter Hofraum, Garten und Wege.

2) **Rittergut Schwarmitz** — 3 Vorwerke — Gesamt-Areal: 559 Hectar 15 Ar 60 Quadratmeter. Davon sind 500 Hectar 43 Ar 18 Quadratmeter Acker, größtentheils Weizenboden, 43 Hectar 40 Ar 47 Quadratmeter Wiese und Hutung, 15 Hectar 31 Ar 95 Quadratmeter Hofraum, Garten und Wege.

3) **Vorwerk Dorotheenau** mit Brennerei. Gesamt-Areal: 319 Hectar 15 Ar 29 Quadratmeter, und zwar 242 Hectar 55 Ar 62 Quadratmeter Acker, theils Weizen- und Roggenboden, überwiegend Hafer- und Kartoffelboden, 68 Hectar 93 Ar 69 Quadratmeter Wiese und Hutung, 7 Hectar 65 Ar 98 Quadratmeter Hofraum, Garten und Wege.

4) **Vorwerk Rarschin**. Gesamt-Areal: 105 Hectar 95 Ar 87 Quadratmeter, und zwar 86 Hectar 80 Ar 96 Quadratmeter Erbsen-, Hafer-, Kartoffel- und Roggenboden, 15 Hectar 31 Ar 93 Quadratmeter Wiese und Hutung, 3 Hectar 82 Ar 98 Quadratmeter Hofraum, Garten und Wege.

5) **Vorwerk Sedzyna**. Gesamt-Areal: 163 Hectar 40 Ar 63 Quadratmeter. Davon sind 132 Hectar 76 Ar 76 Quadratmeter Acker, theils Weizen- und Roggenboden, theils Hafer- und Kartoffelboden, 25 Hectar 53 Ar 22 Quadratmeter Wiese und Hutung, 5 Hectar 10 Ar 65 Quadratmeter Hofraum.

Das Pachtgebel-Minimum beträgt für Kleinitz 13 000 M., Schwarmitz 28 000 M., Dorotheenau 11 000 M., Rarschin 3000 M., Sedzyna 5000 M. Zur Uebernahme der Pachtung wird ein Capital erforderlich sein: für Kleinitz 65 000 M., Schwarmitz 85 000 M., Dorotheenau 45 000 M., Rarschin 14 000 M., Sedzyna 16 000 M. Den Besitz dieser Capitalien haben die Pachtbewerber nachzuweisen.

An Bietungs-Cautions sind zu erlegen: bei Kleinitz 3000 M., Schwarmitz 5000 M., Dorotheenau 2000 M., Rarschin 1000 M., Sedzyna 1500 M. Die speziellen Pacht- und Pachtations-Bedingungen, sowie sonstige Nachweise können im hiesigen Verwaltungsbureau eingesehen werden, auch können dieselben abschriftlich gegen Erstattung der Copialien von hier bezogen werden. [665]

Kleinitz, den 20. Januar 1887.
**Der Generalbevollmächtigte
für die Herrschaft
Kleinitz - Schwarmitz
Sonntag.**

Bekanntmachung.

Die Lieferung des Bedarfs der fästlichen Friedrichshütte an
1) Eisenkladden (5000 t),
2) Stiefkoks (10 000 t),
3) Mauer-Materialien,
4) Böttcherwaaren
für die Zeit vom 1. April 1887 bis zum 31. März 1888 soll im Wege der öffentlichen Submission vergeben werden. [1908]

Offerten hierauf werden portofrei, versiegelt und mit der Aufschrift: **Angebot auf Eisenkladden bzw. Stiefkoks** etc. bis zum 1. März d. J., Vormittags 11 Uhr, bei dem Unterzeichneten entgegen genommen.

Die Lieferungsbedingungen können hier eingesehen oder in Abschrift gegen Einzahlung von je 50 Pf. Copialien-Gebühren in Briefmarken, bezogen werden.

Friedrichshütte, den 4. Febr. 1887.

Bekanntmachung.

In der Nacht vom 6. zum 7. Februar d. J. ist in dem Stationsgebäude zu Teichkirche, Kr. Strehlen, ein **Einbruch-Diebstahl** verübt worden. Die Diebe haben aus dem in dem Stationsgebäude befindlichen Post-Dienstzimmer einen Geldbrief mit 1541 Mark Inhalt, bestehend aus 2 Stück Preussischen Banknoten zu 500 Mark, 4 Stück Reichsbanknoten zu 100 Mark, 1 Note der Städtischen Bank zu Breslau zu 100 Mark, 2 Reichsbanknoten zu 20 Mark und 1,00 Mark Briefmarken, sowie aus dem in demselben Gebäude befindlichen Restaurationslocale 23 Rufen Cigarren, 5 Flaschen Liqueure, 1 Revolver und 1 doppelläufiges Terzerol entwendet. [1949]

Es wird ersucht, nach dem Verbleibe der gestohlenen Gegenstände und den Thätern zu forschen, letztere auch im Betretungsfalle vorläufig festzunehmen und an das nächste Amtsgericht abzuliefern. J. 203/87. Breg, den 7. Februar 1887.

Der Erste Staatsanwalt.

Eine Villa in Kleinburg

mit allem Comfort und einem großen parkartig angelegten, schattigen Garten, ist bald unter sehr günstigen Bedingungen zu verkaufen.

Offerten unter B. D. 60 an die Expedition der Bresl. Ztg. [2523]

Es ist mir

der Verkauf

eines hiesigen

Gasthofs

übertragen.

Fendler, Schuhbrücke 48.

Für Forst- und Jagdliebhaber!
Ein Rittergut, alter Familienbesitz, nahe Stadt u. Bahn, mit Nieder-Schleifens, 3100 Mg. Areal, wovon ca. 500 Mg. Acker, Wiesen, Teiche, 2600 Mg. Forst mit 60-80jähr. Bestände, guter Bauzustand, komfortables Schloß, Park, Dampfbreitreibe u. Mähmühle, komplettes leb. u. todes Inventar, vorz. Jagd auf Rotb., Schwarzwild, Rehe, Wasserjagd und 48 Mg. Fischteiche ist **erbstlich** bei 12-15,000 Thlr. Ang. billig für 85,000 Thlr. zu verk. Selbst. Näh. b. C. Scheibel, Liegnitz, Portenstr. 15, 1.

Grundstück in Obernitz!

Am 12. Februar 10 Uhr wird auf dem Amtsgericht Trebnitz das Grundstück des Wilhelm Pfaffe in **Obernitz**, Haus, Garten und Scheune, öffentlich versteigert. Werth: gegen 3600-4000 Mark. [782]

Geschäfts-Verkauf.

Umstände halber bin ich Willens, mein in einer kleinen belebten Stadt in der Grafschaft gelegenes Schnittwaaren-, Tuch- und Confections-Geschäft unter sehr günstigen Bedingungen sofort zu verkaufen. Anzahlung gering. Das Geschäft hat die beste Lage u. besitzt die feinste Kundsch. Gefl. Offerten unter K. B. 55 an die Exped. d. Bresl. Ztg. [2504]

Zur gefälligen Beachtung.
1. altes, seit 12 Jahr. besteh. Ed-Materialw.-Geschäft m. Schank und sammtl. Waaren, bill. Miethz. bin ich Willens, weg. Krankheit bill. z. verk. **Wwe. J. Remsa, Berlin.**

Eine Schmieden-Wagenbauerei
best. Lage, in **Prischberg** in Schl. ist wegen Todesfalles bald zu verkaufen. [795]

E. Müller, Warmbr.-Str. 14.

Gleg. Damenmaske (Orient)
ist zu verleihe event. auch zu verkaufen. bei **S. Döring, Damenschm.,** Reherberg 30, IV. [2510]

Wegen Domicilveränderung
ist noch einiges Mobiliar, ein Kronleuchter, Portieren, eine Badewanne preiswerth zu verkaufen **Gartenstraße 23C, I. Et.** [2508]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltener Geldschrank wird zu kaufen gesucht. Offert. Briefkasten der Bresl. Ztg. unter N. N. 56. [2518]

Kefyr,

à Flasche 25 Pf., 15 Flaschen 3 M.

Vorzügliche Qualität.

Nicolaisstraße 69.

Schwere WD Stopfgänse,
das Pfund nur 65 Pfennige, fette Puten, ausgeweidet, Pf. 85 Pf., Suppenhühner, Pouletten billig, reines Gänsefleisch, Pf. 1 Mark, frisches Lachs, Hecht, Zander, grüne Heringe am billigsten nur **Sonnenstraße 17.** [2511]

Burchard.

Trauben-Wein,

fläschchenreife, absolute Reinheit garantiert, 1881er Weißwein à 55, 1880er Weißwein à 70, 1878er Weißwein à 85, 1884er ital. kräftigen Rothwein à 95 Pf. per Liter, in Fässchen von 35 Liter an, per Nachnahme. Probe-flaschen stehen berechnet gern zu Diensten. [467]

J. Schmalgrund,
Dettelbach a. M.

Stellen-Anerbieten und Gesuche.

Insertionspreis die Zeile 15 Pf.

Eine geprüfte, in Sprachen u. Musik sehr tüchtige Erzieherin m. emp. Zeugn. über mehrl. Thätigk., sucht Engag. für die Nachm. durch **Jr. A. Kammler, Alte Kirchstr. 12a, I. Etage.**

Ein Fräulein, welches im Stande ist, die französischen u. englischen Arbeiten und die Clavierübungen meiner Kinder zu beaufsichtigen, sowie mich im Haushalte zu unterstützen, suche per 1. April. Offerten unter **A. L. 55** an die Exped. der Bresl. Ztg. erbeten. [1928]

Suche zum 1. April ein evang., gebild. bescheid. Fr. z. Stütze der Hausfrau. Schneidern, Wäsche-nähen Hauptbedingung, sowie auch Handarbeiten. Nur solche, die gute Zeugnisse b. f. Berücksichtigt. Geh. 210 M. Photogr. erbeten. [1868]

Nehring, Schloß Kruscha,
Marlowitz (Posen).

Für ein hiesiges feines Puzgeschäft
wird eine **sehr tüchtige Directrice** gesucht. [2520]

Offerten unter D. D. 57 an die Exped. der Bresl. Ztg.

Eine durchaus tüchtige, selbstständige

Directrice

suche für mein Puzgeschäft bei hohem Salair und Familienanschluß.

Bernhard Zernik,
Tarnowitz. [1781]

Drei tüchtige Verkäuferinnen

mit guter Figur werden gesucht. Meldungen Orlauerstr. 2, 1. **Louis Lewy junior,**
Damen-Mantel-Fabrik.

Ein j. aut. Mädchen, kath., welches 2 1/2 Jahr in einem Spec.-Geschäft als Verkäuferin thätig war, wünscht zum 1. April in einem beliebigen soliden Geschäft wieder in Stellung zu treten. Gute Zeugnisse stehen zur Seite. Offerten unter H. S. 120 postl. Pleß D. S. erbeten.

Ein jüdisches Mädchen aus an-
ständiger Familie, der polnischen Sprache mächtig, das in allen Zweigen der Wirtschaft tüchtig, Maschinennähen kann und Liebe zu Kindern hat, wird als Stütze der Hausfrau per 1. April cr. gesucht. Vorzug erhält dasjenige, das schon ähnliche Stellen besetzt hat. Gefällige Offerten mit Angabe der Gehaltsansprüche unter Chiffre **A. B. 61** an die Expedition der Bresl. Zeitung. [1952]

1 Restaur.-Koch, Küchenmädch., Kinder-
mädch. f. A. empf. Fr. Heinrich, Rathh. 27.

Provisionsreisender

für ein altes Tuchgeschäft einer Provinzialstadt per sofort oder später gesucht. Offerten sub H. 2583 an **Haasenstein u. Vogler, Breslau,** erbeten. [764]

Ein in den bedeutendsten Destil-
lations-Geschäften vielfährig ge-reister, erfahrener und befähigter

Destillations-

Reisender,

activ, sucht per bald event. später ähnliches Engagement. Offert. bitte sub H. 2386 an **Haasenstein u. Vogler, Breslau,** einzureichen.

In einem größeren Colonial-
waaren-Geschäft en gros & en détail findet ein junger Mann, der polnischen Sprache mächtig, welcher ein ge-wandter, zuverlässiger Expedient und zugleich ein guter [798]

Correspondent

sein muß, sofort Stellung. Gehalt bei freier Station M. 500. Offerten unter V. 86 an **Rudolf Mosse, Breslau.**

Ein Franzose wird für den Unterr. in seiner Muttersprache gesucht. Offerten mit Honoraran-gabe unter **E. F. 58** in den Briefk. d. Bresl. Ztg. [2521]

Für meine Wäscheabth. suche
per bald oder 1. April c. einen tücht. sachkundigen **Commis,** auch für die Reife qualifizirbar. Schriftl. Offerten ohne Marken, event. persönliche Vorstellung in Breslau, „Hotel blauer Hirsch“ Freitag und Sonnabend, den 11. und 12. d. M., zwischen 12-2 Uhr. [2498]

Beuthen D. S.
H. Timendorfer Jr.,
Wäscheabth.

Ein Commis, Specereist, 23 1/2 J., der die Seminarbildung genossen, sowie auch in mehreren Geschäften Aushilfsbediensteter und die besten Zeugnisse aufzuweisen hat, sucht per sofort oder 1. April Stellung. Gefl. Offerten unter M. M. 42 an die Expedition der Breslauer Zeitung erbeten. [2454]

Suche pr. 1. April cr. für mein
Colonialwaaren-Geschäft einen **jungen Commis**
als Verkäufer.

Gr.-Glogau. C. W. Gerns.

Ein Commis,
der im Specerei- und Manufactur-Waaren-Geschäft thätig ist, sucht, gestützt auf gute Empfehlung, per bald oder später Stellung. Gefl. Offerten I. M. 20 postl. Laurahütte D. S. erb.

Für mein Lederauschnitt-Geschäft
suche zum Eintritt per 1. April cr. einen **Commis u. einen Lehrling.** Beide müssen der polnischen Sprache mächtig sein. [1891]

Salo Schott,
Beuthen D. S.

Für ein hiesiges Manufactur-Engros-
Geschäft wird ein tücht. **Commis** per sofort oder 1. April gesucht. Offerten unter W. S. 59 an die Exped. der Bresl. Ztg. [2522]

Für ein hiesiges größeres
Leinen-, Wäsche- u.
Ausstattungs-Geschäft

wird p. 1. April ein **gewandter**
Verkäufer

(Christ) zu engagiren [799]

gefl. gesucht.

der beste Empfehlung. nachweis.

kann. Gefl. Off. sub U. 85 an **Rudolf Mosse, Breslau.**

Ich suche p. sofort oder 1. März bei
hohem Salair ein. sehr gewand-ten, tüchtigen ersten **Verkäufer** speciell für meine **Modewaaren-**
Abtheilung.

Derselbe muß hinreichende Er-fahrungen und Kenntnisse in diesem Fache besitzen und ganz selbstständig den Verkauf leiten können. Nur solche Bewerber wollen sich bei mir schriftlich oder persönlich melden. **D. Schlesinger Jr.,**
[1939] Schweidnitzerstr. 7.

Für mein Modewaaren-
und **Damen-Confections-**
Geschäft suche ich pr. 1. April d. J. einen **Verkäufer** und **Decorateur.** Bewerber, welche gleichzeitig das Confectioniren von Damen-Manteln etc. etc. verstehen, werden bevorzugt. **Paul Wiener,**
vorm. **S. Oliven Jr.,**
Liegnitz. [797]

Ein tüchtiger Verkäufer findet
in meinem Geschäft bei hohem Salair per 1. April cr. dauernde Stellung. Polnische Sprache und schöne Handschrift Bedingung. Sta-tion und Wohnung im Hause.

M. Spiegel,
Inhaber: **Emanuel & Bernhard Kober,**
Herrenrangeroden- und
Militär-Effekten-Handlung,
Beuthen D. S. [1812]

Für mein Mannfactur-, Mode-
waaren- u. Confections-Geschäft suche ich per 1. März einen **tüchtigen Verkäufer,** der polnischen Sprache mächtig. [1918]

Siegfried Glaser,
Ober-Glogau.

Ein gewandter Verkäufer,

der auch Schaufenster gut decorirt, findet in meinem Manufactur-, Con-fections-, Tuch- und Leinen-Geschäft dauernde Stellung. [2500]

Meldungen E. S. postlagernd Zauer.

A. Ein junger Mann
(Specereist),

der seine Lehrzeit per 1. März vollendet, sucht per 1. März event. per 1. April Stellung. [2525]

1 Commis

sucht veränderungshalber per 1. April Stellung. Offerten unter 100 O. V. post-lagernd Lipine Oberschl. erbeten.

Zur Leitung meines umfangreichen
Colonial-Waaren-Geschäfts suche ich per 1. April cr. einen erfah-
renen befähigten

jungen Mann

in gesetzten Jahren bei gutem Salair. Derselbe muß sowohl den Einkauf wie auch den Verkauf selbstständig vorthellhaft besorgen können und der polnischen Sprache mächtig sein. Ferner einen eben angelernten

Commis,

polnisch sprechend. Offerten besörbern **Haasenstein u. Vogler, Breslau,** sub H. 2632. [802]

Ein Tuchgeschäft

einer größeren Provinzialstadt sucht per 1. April c. oder auch früher einen **flotten Expedienten.** Offerten mit Gehaltsansprüchen sub H. 2582 an **Haasenstein u. Vogler, Breslau.** [765]

Zum sofortigen Antritt suche für
mein Producten- u. Mehlgeschäft einen mit der Branche möglichst ver-trauten, der polnischen Sprache mächtigen **jungen Mann.** [1807]

Moritz Danziger,
Beuthen D. S.

Ich suche per sofort einen tüchtigen
und gewandten **jungen Mann,** speciell aus der **Seidenbranche,** mit den erforderlichen Kenntnissen und Gewandtheit zum selbstständigen Verkauf. Nur hierfür geeignete Bewerber wollen sich bei mir schriftlich od. persönlich melden. [1938]

D. Schlesinger Jr.,
Schweidnitzerstr. 7.

Photographie.

Ein Coupirer, in Portraits und Landschaften geübt, sucht Stellung. Gefl. Off. unter Chiffre G. postlag. Gabitzstraße, Postamt 7. [2512]

Ein verheiratheter, cautionsfä-
higer **Kellner** wird p. 1. März gesucht. [1925]

Nur persönliche Vorstellung

Isak Pollak,
Zabrze,

a. d. Donnersmarchhütte.

Einen Volontair sucht Zahn-Arzt **Kretschmer, Gartenstr. 39, I.**

1 Lehrling

für m. Eisenwaarenhandlung kann sich melden. [2406]

M. Grünwald,
Friedrich-Wilhelmstraße 70b.

Für mein Manufacturwaaren- u.
Tuch-Geschäft en gros & en detail
suche ich per 1. April cr.

einen Lehrling,

Sohn achtbarer Eltern, der mosaisch und der polnischen Sprache mächtig sein muß. [1878]

J. Heilborn, Cosel D. S.

Ich suche für das Comptoir meiner
Korkenfabrik [1917]

einen Lehrling

zum sofortigen Antritt gegen monatliche Vergütung. **S. Hammer.**

Telegraphische Witterungsberichte vom 8. Februar.
Von der deutschen Seewarte zu Hamburg.
Beobachtungszeit 8 Uhr Morgens.

Ort.	Bar. a. 0 Gr. u. d. Meeres-niveau reduc. in Millim.	Temper. in Celsius-Graden.	Wind.	Wetter.	Bemerkungen.
Mullaghmore.	776	4	SO 4	h. bedeckt.	
Aberdeen.	779	2	S 2	Dunst.	
Christiansund.	777	4	SSW 1	bedeckt.	
Kopenhagen.	784	-4	ONO 1	wolkenlos.	
Stockholm.	783	-6	still	Nebel.	
Haparanda.	772	-12	SW 2	heiter.	
Petersburg.	781	-12	NNW 1	wolkenlos.	
Moskau.	774	-8	NO 1	bedeckt.	
Cork, Queenst.	776	5	SO 6	wolkig.	
Brest.	774	-1	ONO 4	wolkenlos.	
Helder.	783	-1	O 1	wolkenlos.	
Sylt.	784	-3	OSO 1	wolkenlos.	Früh Reif.
Hamburg.	784	-1	NNO 1	bedeckt.	
Wienmünde.	783	1	NO 2	bedeckt.	
Neufahrwasser.	781	0	NNO 4	bedeckt.	
Memel.	782	-3	NO 3	bedeckt.	
Paris.	777	-3	NO 3	wolkenlos.	
Münster.	782	-2	NO 2	heiter.	
Karlsruhe.	778	-4	NO 3	wolkenlos.	
Wiesbaden.	780	-1	NO 4	wolkenlos.	
München.	777	-6	NO 3	Schnee.	
Chemnitz.	782	-3	NO 4	wolkig.	Nachts Schneefall.
Berlin.	782	-1	N 2	heiter.	Abends Schnee.
Wien.	776	-3	N 2	heiter.	
Breslau.	779	-4	N 3	bedeckt.	
Isle d'Aix.	772	-1	ONO 6	wolkenlos.	
Nizza.	767	3	SNO 6	heiter.	
Triest.	773	1	ONO 3	h. bedeckt.	

Scala für die Windstärke: 1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mässig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Uebersicht der Witterung.

Ein Maximum von ungewöhnlicher Höhe und Ausdehnung liegt über Europa; über Dänemark ist der Luftdruck über 784 mm. angestiegen. Bei schwacher nordöstlicher Luftströmung ist das Wetter über Central-Europa meist heiter, trocken und kalt. In ganz Deutschland, ausser an der pommerischen Küste, herrscht Frostwetter, am kältesten, -6 1/2 Grad, ist es in München, welches Schneefall meldet. Am Abend und in der Nacht ist in Berlin, Chemnitz und Breslau etwas Schnee gefallen.

Verantwortlich: Für den politischen u. allgemeinen Theil: **J. Seckles;**
für das Feuilleton: **Karl Vollrath;**
für den Inseratenthail: **Oscar Meltzer;** sämtlich in Breslau,
Druck von **Grass, Barth und Comp. (W. Friedrich)** in Breslau.

Vermietungen und
Miethsgefuche.

Insertionspreis die Zeile 15 Pf.

Ueber die Militärvorlage.

Reichstagsrede des Abgeordneten Eugen Richter, gehalten am 13. Januar 1887. Nach stenographischer Aufzeichnung.

Wahl-Aufruf der deutschen freisinnigen Partei.

Gefinnungsgegnen! Der Reichstag ist aufgelöst. Die Mehrheit der Volksvertretung hat der von der Reichsregierung geforderten Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 41 000 Mann zugestimmt. Trotz schwerer Bedenken hat die freisinnige Partei in entscheidender Weise zur Bildung dieser Mehrheit beigetragen. Jetzt wird hierüber ein erbitterter Wahlkampf eröffnet, und das geschieht, weil man es dem Volke verweigern will, nach drei Jahren wiederum eine Einwirkung auf das Maß der militärischen Lasten auszuüben.

Wir dagegen wollen dem künftigen Reichstag das Recht nicht verschränkt wissen, eine Abkürzung der Dienstzeit und eine Erleichterung der Steuerlast zu erwirken. Die Ablehnung dieses Verlangens ist ein unberechtigtes Mißtrauensvotum gegen das deutsche Volk. Unsere Gegner verjagen dem Volk das Vertrauen, daß es in den Reichstag Männer wählen werde, welche, so wie bisher, auch künftig das zum Schutze des Vaterlandes Nothwendige zu gewähren bereit sind.

Aber alle konstitutionellen Einrichtungen beruhen auf solchem Vertrauen. Ohne dasselbe ist nur ein absolutes Regiment oder der leere Schein einer konstitutionellen Regierung denkbar. Eine ohnmächtige Volksvertretung würde gewiß jenen Plänen nicht Widerstand leisten, deren Durchführung in den Augen unserer Gegner der wahre Preis des Sieges in dem bevorstehenden Wahlkampf sein soll: Branntweinmonopol, Tabaksmopol, eine weitere Belastung der ärmeren Volksklassen durch höhere Besteuerung des Massenverbrauchs. Eine Verwirklichung unseres Vorschlages, im Interesse der Gerechtigkeit die Wohlhabenderen durch eine Reichseinkommensteuer zur Deckung des Mehraufwandes für die Armee heranzuziehen, wäre ausgeschlossen. Aus einer reaktionären Mehrheit würden sicherlich, wenn auch heute verweigert, die Pläne wiederum erstehen, welche sich gegen die volksthümlichen Grundlagen unserer Reichsverfassung, insbesondere gegen das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht kehren.

Wähler! Gehen wir unbeirrt in den Kampf für die Vertheidigung von Freiheit, Recht und Verfassung durch selbständige unabhängige Volksvertreter, in Treue zu Kaiser und Reich!

Breslau, 15. Januar 1887.

Namens des Centralwahlcomittees der deutschen freisinnigen Partei.

Pamberger. Barth. Hänel. Hugo Hermes. Parisius. Eugen Richter. Rikert. Schrader. Frh. Schenk von Stauffenberg. Virchow.

Vorbemerkung.

Die nachfolgende Rede des Abg. Eugen Richter wurde gehalten am dritten Tage der zweiten Berathung über die Militärvorlage. Die Verhandlung begann Dienstag, den 11. Januar, mit einer Rede des Herrn Abg. von Stauffenberg. Unmittelbar hieran schloß sich eine Rede des Reichskanzlers Fürsten Bismarck, welche nach einer Darlegung der auswärtigen Verhältnisse beinahe Angriffe auf die freisinnige Partei und die Centrumpartei enthielt. Darauf antwortete Abg. Windthorst. Zwei weitere Reden des Kanzlers folgten darauf. Am zweiten Verhandlungstage, Mittwoch, den 12. Januar, kam die freisinnige Partei nicht zu Wort. Der Abg. Windthorst entgegnete dem Kanzler auf die Reden des vorigen Tages in längerer Rede, worauf Fürst Bismarck erwiderte. Außerdem hatten an den beiden ersten Verhandlungstagen der Sozialist Abg. Gassenkleeber, der konservative Abg. von Hellendorff, der nationalliberale Abg. Gredert, der freikonservative Abg. Graf Behr und der kriegsmilitär gesprochen. Am dritten Verhandlungstage, Donnerstag, den 13. Januar, hielt Abg. Richter die nachfolgende Rede, welcher unmittelbar vorher eine Rede des deutsch-

hannoverschen Abg. v. d. Decken vorausgegangen war. Fürst Bismarck war bei der Rede des Abg. Richter nicht anwesend, erschien aber unmittelbar darauf im Sitzungssaal und ergriß das Wort, nachdem vorher noch der nationalliberale Abg. Buhl gesprochen hatte. Fürst Bismarck aber freilich die Rede des Abg. Richter nur, indem er Depeschen, betreffend seine Intervention in Bulgarien gegen die Hinrichtung der Verdächtigen, verlas und aus Zeitungsausschnitten verfuhrte darzulegen, daß die freisinnige und liberale Presse im September zu einem Kriege mit Rußland wegen Bulgariens angefordert hätte. Außer dem Reichskanzler sprachen an diesem Tage nochmals Abg. Windthorst, Abg. von Kardorff (freikonservativ), Abg. Pamberger (freisinnig). Darauf wurde die Diskussion geschlossen. Die gesammelte Diskussion hatte sich über den § 1 (Friedenspräsenzstärke) und § 2 (Gedres oder Truppenstärke) der Militärvorlage erstreckt. Die nachstehende Rede des Abg. Richter befaßt sich fast ausschließlich mit den vorhergegangenen Reden des Fürsten Bismarck.

Bei der am Freitag, den 14. Januar, erfolgten Abstimmung wurde der § 1, betreffend die Friedenspräsenzstärke mit 183 gegen 154 Stimmen in nachfolgender Fassung angenommen:

§ 1. In Ausführung der Artikel 57, 59 und 60 der Reichsverfassung wird die Friedenspräsenzstärke des Heeres an Mannschaften für die Zeit vom 1. April 1887 bis 31. März 1890 auf 468 400 Mann festgelegt. Die Einjährigfreiwilligen kommen auf die Friedenspräsenzstärke nicht in Anrechnung.

Der angenommene Paragraph untersteht sich von der Regierungsvorlage nur dadurch, daß letztere die Zeitdauer der Festlegung der Friedenspräsenzstärke nicht auf drei Jahre, sondern auf sieben Jahre (also bis zum 31. März 1894) erstrecken wollte.

Gleichwohl erhob sich unmittelbar nach Annahme des § 1 in der vorstehenden beschränkten Fassung Fürst Bismarck, um eine kaiserliche Verordnung, betreffend Auflösung des Reichstags zu verlesen.

Für den obigen Beschluß hatten gestimmt die freisinnige Partei, die Centrumpartei, die Volkspartei und die Polen, dagegen die konservative Partei und die Nationalliberalen. Die letzteren Parteien wollten lieber Nichts als eine Veränderung der Regierungsvorlage annehmen. Der Abstimmung enthielten sich 31 Abgeordnete (Sozialdemokraten und Skaffier).

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Richter.

Abgeordneter Richter: Ich habe nur eine gewisse Nachlese zu halten. Es ist ja ein alter parlamentarischer Kunstgriff, Namen aus verschiedenen Parteien derartig in der Debatte zusammenzustellen, daß es nach außen den Eindruck erwecken kann, als ob diese Parteien, wenn sie in einer gegebenen Frage zusammenstimmen, ihre grundsätzlichen Verschiedenheiten deshalb überhaupt verweisen. Von diesem Kunstgriff habe ich zuerst vor zwanzig Jahren Kenntniß erhalten im ersten konstituierenden Reichstage, wo es der Abgeordnete Freiherr von Vinke war, der den Nationalliberalen vorhielt, daß sie mit der Fortschrittspartei, mit den Partikularisten, mit den Sozialdemokraten zusammen eine Majorität für gewisse Amendements bildeten. Damals war es der nationalliberale Abgeordnete Twisten, der auf eine solche Zusammenstellung von Namen dem Abgeordneten v. Vinke Folgendes erwiderte:

Da die, auf welche wir für die Aufrechterhaltung mancher konstitutioneller Grundsätze zählen zu können glauben, uns im Stich gelassen, da haben wir uns allerdings freuen müssen, wenigstens mit Hilfe solcher Mitglieder, die sonst nicht mit uns auf demselben Boden standen, eine, wenn auch geringe, Majorität zu finden für die Grundsätze, auf die wir im Namen der Zukunft unseres Landes niemals verzichten können.

So sprach damals der nationalliberale Twisten. Würde er heute wieder auferstehen, so würde er freilich von der Partei, der er damals angehörte, nichts übrig mehr finden als den Namen.

Meine Herren, der Herr Reichskanzler spricht von einer heterogenen Majorität ihm gegenüber. Ich habe sonst nicht gefunden, daß der Herr Reichskanzler, wenn er überhaupt eine Majorität hat, an der Heterogenität derselben irgendwie Anstoß nimmt. Ich habe gefunden, daß er sehr erfreut war, als er für seine Korinthe und deren Erhöhung die Hilfe der Polen und auch der Skaffier fand. Er hat nicht minder die Hilfe des Centrums zu vielen seiner Gesetzentwürfe gebraucht. Er machte den Sozialisten ein recht freundliches Gesicht, als er glaubte bei der Dampfervorlage von ihrer Seite etwas mehr Unterstützung finden zu können als beispielsweise von uns; und ich muß sagen: wenn er in der Kirchenpolitik unsere Unterstützung fand, so hat ihn der Name unserer Partei, der Fortschrittspartei, so hat ihn der heterogene Charakter auch nicht zurückgeschreckt; er nimmt eben die Mehrheit, wo er sie findet. (Sehr wahr!) Wenn wir etwas von ihm im Laufe der Zeit gelernt haben, so ist es das, daß man, um eine Mehrheit auch in der Vertheidigung von Rechten zu finden, zusammenstehen muß auch mit solchen, mit denen man in anderen Fragen weit verschiedene Grundsätze vertritt.

Der Herr Reichskanzler sprach davon, wenn er den Herrn Abgeordneten Windthorst nenne, so sei der Abgeordnete Richter dabei auch gemeint. Meine Herren, ich wünschte, es wäre so, und ich wünschte, es wäre immer so gewesen, daß die Centrumpartei dieselbe Richtung vertreten hätte wie meine Partei; aber ich muß leider sagen, daß umgekehrt da, wo der Fürst Bismarck glaubt, in seinem Sinne große Erfolge erzielt zu haben, gerade die Centrumpartei stets auf seiner Seite und nicht auf der unseren war. Wenn der Herr Fürst Reichskanzler sich rühmen darf, der Schutzpolitik zum Durchbruch verholfen zu haben, wenn er sich rühmt, eine neue Sozialpolitik mit Einschränkung der freien Konkurrenz und mit Zwangsvereinschaften eingeleitet zu haben, wenn er sich rühmt, die Gewerbefreiheit eingeschränkt zu haben, so ist bei diesem Ruhm immer der Abgeordnete Windthorst auch dabei gewesen, während wir umgekehrt uns in der scharfen Opposition gegen das befunden haben, was wir als Rückschritt der Gesetzgebung ansehen. Darum müssen wir uns schon freuen, wenn wir der Unterstützung der Centrumpartei wenigstens sicher sind dann, wenn es sich darum handelt, ein gewisses Minimum an Rechten zu bewahren, wenn es sich darum handelt, wenigstens die äußerste Belastung mit neuen Steuern fern zu halten.

Meine Herren, der Herr Reichskanzler hat von der bulgarischen Frage gesprochen und ist auf eine Phase der Politik im September zurückgekommen. Von keiner Seite ist bisher darauf erwidert worden; ich kann es um so weniger vermeiden, als der Herr Reichskanzler von Beschimpfungen gesprochen hat, in denen sich die unabhängige Presse überboten hätte gegen die Regierung. Wir ist von solchen Beschimpfungen nicht das mindeste bekannt. Ich habe von keinem Strafaufrag, der solchen vermeintlichen Beschimpfungen und Beleidigungen

der Regierung auf dem Fuß zu folgen pflegt, in Bezug auf die Erörterung der bulgarischen Verhältnisse in der unabhängigen Presse gehört. Beschimpfungen, Verdächtigungen waren nur auf Seiten der Regierungspresse, der abhängigen Presse.

Und, meine Herren, eine Entstellung dessen, was die unabhängige Presse damals vertreten, ist auch, daß sie zum Kriege mit Rußland aufgefordert, daß sie verlangt habe, Handel in der Türkei zu suchen mit Rußland wegen Bulgarien. Der Herr Reichskanzler hat geglaubt, attemmäßig es belegen zu können; aber zum Vorchein ist nur gekommen ein aus dem Zusammenhang gegogener konditioneller Satz eines Berliner Blattes. Ich habe nicht den Beruf, diesen Satz oder dieses Blatt hier zu vertreten; aber, meine Herren, das will ich konstatieren, daß allerdings jene von der Regierungspresse abweichende Haltung der freisinnigen Presse in jener Zeit eine Verschiedenheit ganz scharf in zwei Richtungen bekundete.

Was damals empörte in weiten Kreisen des Volkes, war, daß die Regierungspresse, die Berliner offizielle Presse, wie der Panislavist Kattow sich rühmen durfte, fast applaudierte zu dem Schurkenreich von Sofia. (Sehr richtig! links.) Ueber Nacht war ein Fürst — ein Deutscher — überfallen worden von Hochverräthern, mit Gewalt aus seinem Lande geschleppt worden, und die offizielle Presse in Berlin beeilte sich, überbot sich, das hinzustellen als eine günstige Lösung der äußeren Verhältnisse, das hinzustellen als eine Wendung zum Besseren. Das hat empört in Deutschland weit über die Grenzen meiner Partei hinaus. (Widerspruch rechts. Sehr wahr! links und im Centrum.)

Allerdings hat man damals in der Regierungspresse gesagt: Das sind die Herren Windthorst und Richter! So ungefähr wie in Bilderbüchern für artige Kinder Max und Moritz nebeneinander gestellt werden, (Heiterkeit), so in der Regierungspresse diese Namen. Aber damals wurde dem bereits eine entsprechende Antwort zu Theil und zwar nicht in der Presse unserer Partei. Die nationalliberale „Hamburger Börsenhalle“ schrieb darauf:

Diese mindestens ungehörige Behauptung in Bezug auf Richter und Windthorst stellt die Genannten als die Führer von mindestens neun Zehntel der öffentlichen Meinung in Deutschland hin. (Hört, hört! links.)

Damals schrieb selbst die „Nationalliberale Korrespondenz“, das Organ der nationalliberalen Partei:

Die Haltung der offiziellen Presse hat in weiten, auch sonst keineswegs oppositionellen Kreisen Befremden hervorgerufen. Und selbst die so freundlich gesinnte „National-Zeitung“ schrieb: Wir können nicht verschweigen, daß die öffentliche Meinung durch die Art, wie gewisse Stimmen alsbald über den Fürsten Alexander zur Tagesordnung übergehen, tief verletzt ist.

Und weiter, bis in Ihre konservativen Reihen hinein! Da war zu lesen in der auf Rechnung der sächsischen Staatskasse erscheinenden „Leipziger Zeitung“:

Der Applaus, mit dem die vom Fürsten Bismarck inspirierte Presse den Staatsfreiherrn in Sofia begrüßt, der hat zur Erhöhung seines Ansehens nicht beigetragen. (Hört, hört! links.) Die Herren Richter und Genossen wissen das öffentliche Gewissen der Nation auf ihrer Seite.

Damals schrieb das hochkonservative ministerielle „Dresdener Journal“:

Auch die konservativen Blätter sehen in dem Verhalten der deutschen Offiziellen das konstitutionell-monarchische Prinzip schwer gefährdet, und das Organ der Herren Konservativen in Sachsen, die „Dresdener Nachrichten“, meinten:

Möchte doch die hohe Diplomatie die sittlichen Faktoren des Volkslebens künftig nicht so sehr unterschätzen. (Sehr wahr!) Das war damals der Stand der öffentlichen Meinung.

Der Herr Reichskanzler sagte: was geht es uns an, wer und wie in Bulgarien regiert wird! — Schön! Dann hatte die offizielle Presse erst recht keinen Grund, sich überhaupt über die Vorgänge in Bulgarien zu äußern, und konnte das den unabhängigen Stimmen überlassen. Was geht es uns an, wer und wie in Bulgarien regiert wird! — Ja, meine Herren, hätte der Herr Reichskanzler diesen Grundsatz nur voll und ganz bethätigt im September v. J., wir hätten dann auch keinen Grund gehabt, in der unabhängigen Presse ihm gegenüber Stellung zu nehmen. Aber, meine Herren, was hat der Herr Reichskanzler im September gethan? Er ist der bulgarischen Justiz

durch eine diplomatische Note in die Arme gefallen, um zu verhindern, daß die Hochverräther von Sofia so bestraft würden, wie es nach der bulgarischen Justiz angebracht war. Dagegen haben wir Stellung genommen — nicht um einen Krieg mit Rußland hervorzurufen, sondern um uns dagegen zu wehren, daß positiv eine derartige Einmischung statte in die inneren bulgarischen Angelegenheiten — Stellung genommen aus dem Grunde: was geht es uns an, wer und wie in Bulgarien regiert wird! Und ersaunt sein mußten wir über diese Intervention im Gegenjak gerade zu den Grundfragen, die der Herr Reichskanzler uns gegenüber hier stets vertreten. Sag uns nicht nahe die Erinnerung an jenen Auslieferungsvertrag zwischen Deutschland und Rußland, der uns im Mai des Jahres vorher hier vorgelegen hat? In den Motiven dieses Auslieferungsvertrages hieß es:

Deutschland hat nicht den Beruf, bei solchen Verbrechen des Hochverraths der Bestrafung der anderen Länder Angehörigen durch die Gerichte der Heimath hindernd in den Weg zu treten. (Hört! hört!)

Da handelte es sich freilich, in der Vorstellung dieses Vertrages, nur um Anarchisten; aber jene Hochverräther in Sofia sind kein Haar breit besser als die Anarchisten. Hochverrath gegen den Fürsten ist, von welcher Seite er kommen möge, dasselbe Verbrechen und verdient dieselbe Ahndung. Meine Herren, damals wurde hier verlangt, daß wir positiv mitwirken sollten, auf deutschem Gebiete solche Verbrecher zu fassen, auszuliefern, sie der heimischen Justiz zu überweisen; und hier wird eingeschritten positiv, um zu verhindern, daß die eigenen Behörden die Verbrecher, die in ihrer Haft sich befinden, so aburtheilen, wie es nach der Justiz des Landes angemessen ist. Ich wäre nicht auf die bulgarischen Angelegenheiten hier zu sprechen gekommen; die Phase liegt weit zurück; sie ist im Verhältnis zu der ganzen Situation nicht von Bedeutung; aber nach der Provokation des Herrn Reichskanzlers mußte ihm auch eine Antwort zu Theil werden, welche dem wirklichen Sachverhalt von damals entspricht. (Bravo! links und im Centrum.)

Meine Herren, ich kann ja auf der anderen Seite in manchen Punkten ein Einverständnis hervorheben seitens meiner Partei mit den Darlegungen, welche der Herr Reichskanzler über auswärtige Politik gemacht hat. Der Herr Reichskanzler hob hervor, daß nach 1866 es das Bestreben seiner Politik gewesen sei, verführend auf Oesterreich einzuwirken, und daß er sich des Erfolges freue, welchen diese Politik davon getragen habe. Mit Recht! Genau dasselbe habe ich, wie Sie sich erinnern, hier bei der ersten Berathung als ein unbefriedigtes Verdict des Herrn Reichskanzlers anerkannt, daß nach 1866 seine Politik dahin gegangen ist, eine Verführung und weiterhin eine Allianz mit Oesterreich-Ungarn anzubahnen. Ich kann auch meine Befriedigung darüber ansprechen, daß der Herr Reichskanzler hier Veranlassung genommen hat, ausdrücklich den Grundsatz zu proklamieren, daß, selbst wenn in absehbarer Zeit ein Krieg mit einer anderen Macht zu erwarten ist, man doch nicht deshalb, weil jetzt derselbe Krieg unter günstigeren Chancen geführt werden kann, wir die Veranlassung ergreifen sollen, um den Krieg, der voransichtlich unvermeidlich ist, früher herbeizuziehen. Diesen Grundsatz, daß der Krieg unter allen Umständen ein Uebel ist, daß Niemand sich vermaßen kann der Vorkehrung in die Karten zu sehen und ihr vorzugreifen, diesen Grundsatz, daß die Politik unter allen Umständen ihre Kunst darin setzen muß, einen solchen Krieg zu vermeiden, kann ich nur voll und ganz meinerseits freudig begrüßen.

Diese Darlegungen des Herrn Reichskanzlers würden, glaube ich, an Eindruck noch gewonnen haben, wenn er den Teufel eines deutsch-französischen Krieges nicht allzu ausführlich bei dieser Gelegenheit an die Wand gemalt hätte. Indes, ich bin ja diplomatisch zu wenig bewandert, — es kann ja sein, daß diese ausführliche Malerei vielleicht ein Bismarck'scher Appell an die Zucht der deutschen Wähler sein sollte und mit zu den Recepten gehört, deren der Herr Reichskanzler glaubt für den bevorstehenden Wahlkampf zu bedürfen.

Der Herr Reichskanzler hat wiederholt gemeint, auf der linken Seite herrsche die Auffassung, es wird ja doch kein Krieg werden, es kommt doch kein Krieg. Eine derartige optimistische Auffassung hat bei uns in keinem Stadium der Situation geherrscht. Meine Darlegungen in der ersten Berathung, unsere Aeußerungen in der Commission haben die gesammte politische Lage als eine durchaus ernste angesehen. Das, was der Herr Reichskanzler in Bezug auf das Verhältnis zu Frankreich bemerkte, haben wir anerkannt mit dem Hinzufügen, daß diese Gefahren

*) Fürst Bismarck verlas im Verfolg der Debatte die betreffenden Noten, aus denen allerdings hervorging, daß er gegen die Verhängung der Todesstrafe über die Betreffenden Widerstand erhoben hat

*) Fürst Bismarck hatte stets von der Partei Richter-Windthorst-Grillenberger gesprochen.

nicht von heute datiren, sondern schon von 1871 an vorhanden seien; und wenn die Vorstellungen des Herrn Reichskanzlers über die auswärtigen Verhältnisse sich unterscheiden von unseren Auffassungen, so ist es nach der Richtung, daß diese Darstellungen hier im Reichstage ein friedlicheres Gesicht tragen, als wir nach unserer Auffassung anzunehmen berechtigt waren.

Mehr aber noch, als aus diesen Darlegungen, schließe ich auf eine friedliche Situation aus der Thatsache, daß der Herr Reichskanzler glaubt, die Verantwortlichkeit übernehmen zu können, den deutschen Reichstag aufzulösen. Wenn wirklich eine unmittelbare auswärtige Gefahr bestände, wenn wir in schwierigen auswärtigen Verhältnissen wären, so würde kein deutscher Reichskanzler, kein deutscher Fürst die Verantwortlichkeit übernehmen, angesichts der drohenden Gefahr seitens des Auslandes eine deutsche Volksvertretung aufzulösen. Aufzulösen worauf hin? so stellt sich die Frage. Ob nach vier Jahren wiederum diese Volksvertretung gefragt werden soll, ob sie die Erhöhung der Präsenz noch fernherhin unbeschränkt für gerechtfertigt hält, oder ob eine Ermäßigung angezeigt ist!

Dann habe ich bei meiner Rede noch einen Punkt zur Sprache zu bringen: **die Art und Weise, wie der Herr Reichskanzler geurtheilt hat über den deutschen Reichstag und deutsche Parteien im Verhältnis zu Volksvertretungen des Auslandes und ausländischen Parteien.** Der Herr Reichskanzler bezeichnet als eine deutsche Eigenthümlichkeit der Volksvertretungen, in Forderungen zum Schutz und zur Sicherheit des Staates eine unberechtigte Opposition zu machen. Der Vorwurf ist unberechtigt, aber andererseits ist es eine Eigenthümlichkeit, und zwar eine Eigenthümlichkeit, die nur dem deutschen Herrn Reichskanzler eigen ist: den deutschen Reichstag öffentlich vor dem Auslande herunterzusetzen (sehr richtig! links und im Centrum), die deutsche Volksvertretung in einem schlechteren Lichte erscheinen zu lassen, als die Volksvertretung in anderen Staaten. Kein Kanzler der Welt spricht vor der Öffentlichkeit derart von der Volksvertretung, wie der unser Reiches.

Diese Eigenthümlichkeit des Reichskanzlers datirt ja nicht von diesem Tag. Wir sind ja gewohnt, daß nicht einmal eine Aeußerung des Unwillens laut wird, wenn eine solche Aeußerung kommt: so abgestumpft sind wir dagegen, so gleichgültig. Wir nehmen es hin mit so vielen anderen, was nur bei einem so großen, so verdienten Manne zu ertragen ist, was man von keiner anderen Seite ertragen würde. Wir nehmen es hin auch im Gefühl der absoluten Ungerechtigkeit eines solchen Vorwurfs; aber gesagt werden muß es mitunter, nach außen nur, — wir wissen ohnehin, was wir davon zu halten haben: — wir protestiren gegen eine derartige Behandlung der deutschen Volksvertretung durch den deutschen Kanzler! (Bravo! links.)

Wie unberechtigt ist der Vorwurf, wie steht er im Widerspruch mit den wirklichen Thatsachen! Der Herr Reichskanzler spricht von anderen Vertretungen, in Italien, in Oesterreich-Ungarn, Frankreich: keine Secunde verzögern sich dort die Vorlagen der Regierung, alles wird ohne weiteres gutgeheißen, ohne Bedingung gebilligt. Wo ist denn in der Welt eine Vorlage erschienen vor einer Volksvertretung derart, die in dieser Weise eine höhere Belastung, eine Erhöhung der Präsenz auf die Dauer von 7 Jahren verlangt? Ich komme auf Frankreich noch zurück; aber was hat denn in Oesterreich-Ungarn die Delegation beschäftigt? Was die italienische und die schweizerische Volksvertretung in den letzten Wochen? Nichts anderes als die Frage, ob ein paar Millionen Gulden, in Oesterreich-Ungarn also vier Millionen Gulden mehr ausgegeben werden sollen zur Verbesserung der Waffen. Nun, meine Herren, und nur, weil es sich um diese wenigen Millionen zur Verbesserung einer Waffe handelt, hat die österreichisch-ungarische Delegation die weitgehendsten Verhandlungen eingeleitet, hat den Minister des Auswärtigen vorgeschickt vor eine Kommission, — die Markterkammer, von der der Herr Reichskanzler sprach. Der österreichisch-ungarische Minister hat voll und ganz die Aufklärung gegeben, die er geben zu können meinte; es war die erste Aufklärung von diplomatischer Seite, die in jener Zeit in Europa gegeben wurde. Wir, meine Herren, waren so bescheiden in der Kommission, daß, als uns gesagt wurde: es kann in diesem Augenblick aus Gründen der Sache nichts weiter gesagt werden, — wir nicht einmal verlangt haben, wenigstens den Herrn Sohn des Herrn Reichskanzlers bei uns zu sehen, der doch den Titel „Staatssekretär des Auswärtigen Amtes“ führt. (Heiterkeit links.) In Oesterreich-Ungarn hat die Delegation, bevor sie diese Bewilligung für das Repetirgewehr aussprach, das Verlangen gestellt, sich etwas vorziehen zu lassen, ob die Waffe tauglich sei. Haben wir jemals entfernt daran gedacht, in einer ausschließlich technischen Frage, in einer Frage, die allerdings viel an Gelbbewilligung erforderte, auch nur ein solches Verlangen zu stellen? Nein, meine Herren, wir haben ohne Widerspruch — der Herr Kriegsminister und sein Vorgänger müssen uns das bezeugen — in einer langen Reihe von Jahren alle die Summen ratenweise bewilligt, die für die Einführung des neuen Repetirgewehrs von uns gefordert worden sind. Wir haben sie so bewilligt, daß nicht einmal nach außen Aufhebens von dem gemacht werden konnte, was bei uns vorgeht. (Sehr gut! links.)

So hat der deutsche Reichstag gehandelt!

Ich las dieser Tage in der „Kreuzzeitung“, einem militärisch sehr gut unterrichteten Blatte, den stolzen Ausruf:

Nun sind wir so weit, daß zum Frühjahr die Bewaffnung unserer Armee mit dem Repetirgewehr vollendet ist. Dank der Energie der deutschen Leitung der militärischen Angelegenheiten hat unsere Armee auch in dieser wichtigen Frage wiederum einen bedeutenden Vorprung gewonnen und sich dadurch bereit gemacht, all' den drohenden Ereignissen ruhigen Auges entgegen zu sehen.

Meine Herren, Sie sehen, hier ist nicht von der Gefahr der Wehrlosigkeit die Rede, wie sie uns jetzt hier aus den Reden entgegentritt: — hier spricht das stolze Bewußtsein: „die Armee hat einen bedeutenden Vorprung gewonnen; sie hat sich bereit gemacht, all' den drohenden Ereignissen ruhigen Auges entgegen zu sehen.“ In Wahrheit: Dank der Energie der Leitung des deutschen Heeres, daß sie es dahin gebracht hat! Aber, meine Herren, ein Theil des Dankes gebührt auch der deutschen Reichsvertretung, die einmüthig und ohne Widerspruch und Diskussion, und ohne daß das Ausland, das mit solchen Bewilligungen zu prahlen pflegt, auch nur etwas erfahren konnte, im Laufe der Jahre mitgewirkt hat, um unserer Armee diese Rüstung zu geben. (Lebhaftes Bravo links und im Centrum.) Ein Reichstag, so patriotisch, so opferfreudig — (Lachen rechts; lebhaftes Bravo links und im Centrum) — den wagen Sie durch ihr Gelächter auch in den Augen des Auslandes herunterzusetzen! Sparen Sie dieses Lachen wenigstens für Ihre Zirkel, wenn Sie unter sich sind! (Bravo! bravo! links und im Centrum.) Unterlassen Sie es aber dem Auslande, der Öffentlichkeit gegenüber! (Bravo! links und im Centrum.)

Der Herr Reichskanzler, meine ich, hätte sich freuen müssen, als er hier die Erklärung vernahm von allen Parteien einschließlich der sozial-

demokratischen Partei: wenn eine auswärtige Gefahr an uns herantritt, so wird es sein wie im Jahre 1870: keine Reden werden gehalten, keine Diskussion, man ist eilig und entschlossen in der Bewilligung dessen, was die unmittelbare auswärtige Gefahr erfordert. Statt dessen setzt der Herr Reichskanzler — gewiß auch zu Steigerung des Ansehens im Auslande — hinzu zu diesen Versicherungen: Worte sind kein Geld, Reden sind keine Bataillone! Nun, meine Herren, hat es denn im Jahre 1870 irgend gefehlt an diesen Bewilligungen? haben wir nicht willig alles und ohne weiteres auf uns genommen?

Und wenn der Herr Reichskanzler mit einem verständlichen Hinweis spricht: in einem anderen Lande wird das nicht vorkommen, daß man sagt: „keinen Groschen für die Armee, und wenn der Feind auf dem Kreuzberg steht!“ — so erwidere ich: eine solche Aeußerung ist in keinem Parlament gefallen, auch in Preußen nicht. Daß in Preußen, wie in Deutschland auch sonst, viele mit großem Bedenken der Entwicklung durch Blut und Eisen in dem Krieg von 1866 entgegenzusehen, das gereicht uns nicht zur Uebere; denn der Krieg, mochte er notwendig sein oder nicht, blieb immer ein Krieg von Deutschen gegen Deutsche. (Sehr wahr!)

Der preussische Landtag ist geschlossen worden sechs Monate vor Ausbruch des Krieges, ehe irgend eine solche Geldbewilligungsfrage herantrat, und unmittelbar vor dem Kriege, — am 20. Juni — darüber haben wir das öffentliche Zeugnis des verstorbenen Runge — schrieb die deutsche Fortschrittspartei in einem Circular angesichts der Wahlen, angesichts des Ausbruchs des Krieges an ihre Mitglieder:

Man mag den Krieg gewollt haben oder nicht, er ist unvermeidlich; haben wir nur die eine Sorge, daß er so geführt wird, daß die Herstellung Deutschlands als Ziel daraus hervorgeht!

So oft eine Verdächtigung unter Hinweis auf jene Vorkommnisse erfolgt, so oft soll auch die Antwort zur Stelle sein, die richtig stellt, wie es sich damals verhalten.

Sch wollte noch von Frankreich sprechen. Es wird uns vorgehalten: In Frankreich wird ja alles ohne Diskussion bewilligt; wie ganz anders stellt man sich in Frankreich! — Ist denn das die Wahrheit? Die französische gesetzgebende Körperschaft beschäftigt sich jetzt seit nahezu sechs Monaten mit dem Boulangerischen Gesetzentwurf, und in diesen Tagen werden die ersten Abschnitte erst im Plenum des gesetzgebenden Körpers zur Verhandlung kommen. Keineswegs ist man also dort gesonnen, alles so anzunehmen, wie es vorgelegt ist; im Gegentheil, ganz erhebliche Umgestaltungen werden vorgenommen werden. Eins behaupte ich aber: die Minister von anderen Staaten tragen von vornherein durch die Art und Weise, wie sie ihre Entwürfe aufstellen, weit mehr Rechnung der Stimmung, die in der Volksvertretung vorhanden ist, als bei uns. Sie vermeiden es, daß irgend welche erhebliche Meinungsverschiedenheiten dabei zum Ausdruck gelangen, schon durch die Art, wie sie ihre Vorschläge machen. Gerade das kennzeichnet ja diesen Boulangerischen Gesetz-Entwurf auch dem unsrigen gegenüber. Der französische Minister nimmt ganz sorgfältig darauf Bedacht, daß durch die Ausführung seines Gesetzentwurfs keine Mehrkosten entstehen, daß das bisherige Budget aufrecht erhalten wird.

Der Herr Kriegsminister selbst erkannte das in seiner gestrigen Rede an. Ihn beschäftigt sehr der Zweifel: wo mag der Minister Boulanger das Geld dazu herbekommen? es sei ihm noch nicht klar, wie er mit dem Budget auskomme.

Nun, meine Herren, den Boulangerischen Entwurf kennzeichnet, daß die erhöhte Rekrutenaushebung durch ein weitgehendes Beurlaubungssystem, durch Verfüzung der Dienstzeit ausgeglichen wird. In dem Entwurf der Regierung ist gesagt worden, daß französische Heer werde nach dem Entwurf um 44,000 Mann verstärkt. Jetzt wo wir den Gesetzentwurf des Ministers Boulanger selbst vor uns sehen, da finden wir, daß diese Behauptung nicht zutrifft; da finden wir in der Aufstellung des französischen Ministers, wie es zu ermöglichen sei, mit der bisherigen budgetmäßigen Summe die erhöhte Rekrutenaushebung einzuführen; da finden wir die Aufstellung, daß zwar im Sommer die französische Armee um 41,000 Mann stärker sein soll als bisher, daß aber diese Erhöhung im Sommer ausgeglichen wird durch eine um so niedrigere Präsenzstärke im Winter, so daß die Durchschnittstärke, die Verpflegungsstärke künftig nicht höher sein wird in Frankreich als bisher. So sucht man also dort die verstärkte Rekrutenaushebung finanziell auszugleichen.

Wir haben gegen die erhöhte Rekruten-Aushebung — das bemerke ich schon hier ausdrücklich — von vornherein niemals den mindesten Widerspruch erhoben. Unser Kriegsheer kann nicht stark genug sein. Was wir erstrebt haben, das war ein Ausgleich in ähnlicher Weise, durch Beurlaubungen in dieser oder jener Form, durch eine periodische Verfüzung der Dienstzeit die Mehrkosten budgetmäßig auszugleichen.

Wir haben dem Herrn Kriegsminister nach den verschiedensten Richtungen hin die Hand geboten. Würde der Herr Kriegsminister denselben Weg gegangen sein, hätte er gleich dem französischen Minister dasselbe Bemühen gezeigt, durch Wintermanquements, durch Hinausschieben der Rekrutenabfuhr oder durch Vermehrung der Dispositionsurlauben die Mehrkosten auszugleichen, die sich aus der erhöhten Rekrutenaushebung ergeben — nicht der mindeste Widerspruch würde von vornherein gegen eine erhöhte Rekrutenaushebung und gegen eine hohe Kriegsstärke erhoben sein.

Noch eins habe ich anzuführen vergessen. Der Herr Reichskanzler hat mehrmals von einer polnischen Majorität in diesem Reichstage gesprochen, einer Mehrheit, die sich gegen die deutschen Interessen wende. Das fällt in dieselbe Linie der Eigenthümlichkeiten des Herrn Reichskanzlers in Bezug auf die Vergleichung zwischen uns und dem Auslande. Was die Mehrheit dieses Reichstags in den sogenannten polnischen Fragen beschlossen hat, das hat sie beschlossen nicht aus Rücksicht auf polnische Interessen, sondern, wie es schon in dem Wortlaut der Resolution heißt, mit Rücksicht auf nationaldeutsche Interessen hat sie es beschlossen, weil sie die nationalen deutschen Interessen in jenen Grenzprovinzen, die ganzen Erwerbs- und Wirtschaftsverhältnisse gefährdet und geschädigt sah durch diese Massenausweisungen, wie sie erfolgten. Sie hat die deutschen nationalen Interessen gefährdet erachtet durch die Herausforderung zu Repressalien gegen die Nachbarstaaten, die in diesen Massenausweisungen lag.

Ich würde jetzt auf die Sache nicht zurückkommen, aber nachdem der Herr Reichskanzler es provoziert hat, muß doch konstatiert werden, daß jene Beschäftigungen bereits in einem erheblichen Umfange zutreffen beginnen, daß über die Repressalien von Seiten Rußlands tagtäglich aus den Grenzprovinzen, aus Rußland immer lautere Klagen erschallen, daß die deutsche Industrie jetzt in der verschiedensten Weise beeinträchtigt wird durch Rückwirkungen unserer Maßregeln auf jener Seite, daß direkte Ausweisungen schon erfolgt sind. Und was ist zuletzt die tatsächliche Wirkung dieser Politik? Wir haben Personen ausgewiesen,

die gern bei uns sein, die in den deutschen Unterthanenverband aufgenommen werden wollten; wir bekommen zurück von Rußland solche, die nicht gern bei uns sein wollen; wir bekommen zurück widerwillige Deutsche, und wir haben ausgewiesen solche, die sich gerne unserem Staatsverbande einfügten. Das ist die Politik, die wir bekämpft haben. Man hat kein Recht, eine solche Resolution hinzustellen als eine den polnischen — entgegen den deutsch-nationalen — Interessen entsprechende.

Der Herr Reichskanzler sprach von den Stimmen des Auslandes, von den Rundgeboten der Presse über die Haltung des Reichstags. Nun ja, meine Herren, ein Theil dieser Zeitungsstimmen erklärt sich daraus, daß sie aus dem Pressbureau in Berlin dorthin geschickt werden, um als Stimmen des Auslandes wieder zurückzukommen. Wer in den Pressverhältnissen etwas bewandert ist, weiß genau, wie das gemacht wird. Allerdings kommen auch unabhängige Stimmen des Auslandes in Betracht. Ist es denn ein Wunder, wenn sich die allernähesten Urtheile in ausländischen Blättern über deutsche Verhältnisse und über den deutschen Reichstag befinden, wenn der deutsche Reichskanzler hier die deutsche Reichsvertretung im Vergleich mit anderen Staaten derartig beurtheilt, wie es eine Eigenthümlichkeit des Herrn Reichskanzlers ist, sie zu beurtheilen? Meine Herren, daß man in der unabhängigen Presse des Auslandes nicht immer derselben Meinung ist, wie der Herr Reichskanzler, das möge aus einer Zeitungsstimme hervorgehen, eines Blattes, das keineswegs in dieser Frage auf unserer Seite gestanden hat; ich meine die „Neue Freie Presse“ in Wien. Sie schrieb dieser Tage ironisch:

Der Gedanke, der den Commissionsbeschlüssen zu Grunde liegt, ist der, daß der Reichstag sein Bewilligungsrecht auch in militärischen Dingen sich wahren will; aber gerade dieser Gedanke wird der Opposition als unzulässig vorgeworfen. Die Phormionen haben ja nichts zu sagen, wenn Hannibal etwas begehrt, ohne diplomatischen Vorwurf, ohne Bedingungen und Vorbehalt. Wenn sie aber die Dreistigkeit besitzen zu glauben, daß man sich auf ein Compromiß mit ihnen einlassen werde, so sind sie in den Ortus der Mandatlosigkeit herabzustossen, wohin die Leute gehören, welche sich einbilden, daß ihnen das Mandat eine andere Pflicht auferlegt, als lediglich sich ihres beschränkten Unterthanenverbandes bewußt zu werden. (Sehr gut! links, Heiterkeit.)

Die Neue Freie Presse“ fügt dann ernsthaft hinzu:

Soll der Conflict in infinitum fortauern, während es doch so leicht wäre, bei einiger Nachgiebigkeit seitens der Regierung zu einem Compromiß zu gelangen? Ist es so rühmlich, dem Auslande ein Bild großer Parteilichkeit zu zeigen, nur weil die Opposition die Genugthuung nicht haben soll, daß ungeheure Militärlasten auch durch sie gemindert werden können?

Das ist auch eine meines Erachtens zutreffende Stimme des Auslandes. Sie erinnert uns an das, warum es sich hier eigentlich thatsächlich handelt.

Um was handelt es sich in diesem Augenblicke, meine Herren? Wir können jetzt auch mit dem Herrn Abgeordneten Windthorst sagen, wir sind bereit, jeden Mann und jeden Groschen zu bewilligen. Ich habe diesen Standpunkt nicht vertreten bisher, bin aber Angesichts der gesammelten politischen Situation zu der Erkenntnis gekommen, daß man untergeordnete Meinungsverschiedenheiten zurücktreten lassen muß, wenn es darauf ankommt, eine Mehrheit in dem zu erlangen, worin man in der Hauptsache einig ist. Der Herr Reichskanzler sprach davon es gebe Parteien, die nur verneinen, die nicht im Stande seien, einen positiven Beschluß herbeizubringen. Nun, ich hoffe, die Vereinigung dieser Parteien, eine Vereinigung, die mit Opfern der eigenen Meinung verbunden ist, wird gerade das Gegentheil beweisen, daß dieser Reichstag in seiner Mehrheit im Stande ist, einen positiven Beschluß dem Vorschlage der Regierung gegenüberzustellen. Dann wollen wir sehen, ob der Herr Reichskanzler dann noch sprechen kann davon, daß nur ein gemeinschaftlicher Haß gegen ihn diese Parteien verbinde, wenn als der tatsächliche Ausdruck dieses angeblich gemeinschaftlichen Hasses zum Vorschein kommt das Anerbieten, eine um 41 000 Mann erhöhte Friedenspräsenz bis zum letzten Mann, der verlangt wird, für die nächsten drei Jahre der Regierung zu bewilligen. (Hört! Hört! links.)

Ich bin dem Herrn Abgeordneten Grafen von Moltke außerordentlich dankbar für die Anerkennung, die er dieser Haltung des Reichstags in seiner ersten Rede gezollt hat. Allerdings hat der Herr Graf von Moltke sein Bedauern darüber auch ausgesprochen — ein Mißverständnis in dieser Beziehung war gar nicht vorhanden und brauchte deshalb auch nicht durch die heutige Rede aufgeklärt zu werden — sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß nicht die Bewilligung auf 7 Jahre erfolge; aber — scriptum manet — der Herr Graf Moltke hat wirklich gesagt:

Es ist ja nun erfreulich und wird seine Wirkung nach außen nicht verfehlen, daß von den großen Parteien dieses Hauses keine ist, welche ungeachtet mancher verschiedenen Ansichten in inneren Angelegenheiten der Regierung die Mittel verweigern wird, welche sie fordert.

Der Ausspruch des Herrn Grafen Moltke ist für uns um so werthvoller, als er offenbar den Ausdruck einer selbstischen Ehrlichkeit, einer Freude des Soldaten ist über die Bereitwilligkeit einer solchen Majorität; wir sind überzeugt, daß dieser Ausdruck aus der innersten Ueberzeugung herausgekommen ist, obwohl vielleicht die Parteilichkeit nicht dazu gerathen hätte, einen solchen Ausdruck zu thun. So hat Herr Graf Moltke, auf dessen Autorität sich der Herr Reichskanzler so gern beruft, trotz aller Reservationen, dieser Seite des Hauses einen offenen Dank ausgesprochen. Ich hätte gewünscht, daß der Herr Reichskanzler selber sich auch in diesem Vorderzuge dem Herrn Grafen Moltke angeschlossen hätte (sehr richtig! links), daß er in einem ähnlichen Tone gesprochen hätte, während umgekehrt Niemand, der von den Vorgängen etwas wußte, die Rede des Kanzlers hätte anders auffassen können, als daß hier überhaupt eine absolute Ablehnung aller Forderungen vorhanden sei. Wenn der Herr Reichskanzler mit Absicht hätte darauf hinarbeiten wollen, daß ihm vom Reichstage hier gar nichts bewilligt würde, so hätte er genau so sprechen müssen, wie er gesprochen hat. (Sehr wahr! im Centrum und links.)

Es ist geäußert worden über das Wort „Parlamentsheer“, über das Wort „kaiserliches Heer“, man hat von der „Parlamentsmarine“ gesprochen, hat sie entgegengesprochen und gesagt: auch sie unterliegt ja der jährlichen Bewilligung, wo sind denn die Gefahren, wo sind denn die Bedenken eines solchen Zustandes in Bezug auf den Etat? Darauf hat der Herr Reichskanzler, mehr amüthig scherzhaft, aber weniger die Sache treffend, bemerkt: Auf Ihre Lebenswürdigkeit zu Wasser können wir uns nicht verlassen, denn wir sind hier zu Lande. Dem Herrn Reichskanzler scheint es ganz unbekannt zu sein, daß auch militärische Formationen zu Lande jetzt schon der einjährigen Bewilligung unterliegen. (Hört! hört! links.) Vom Herrn Kriegsminister hat es mich allerdings mehr gewundert, daß er davon

Frage: wie soll denn einem solchen Hauptmann einer auf ein Jahr bewilligten Compagnie zu Muthe sein? wie sollen sich selbst die Rekruten einer solchen Abtheilung fühlen? ist nicht der Truppentheil selbst dadurch gewissermaßen vor den übrigen Kadres zurückgesetzt? Den Herrn Kriegsminister haben wir uns doch schon in der Commission dazu zu erinnern erlaubt, daß er für seine Eisenbahntuppen, für die neuen Eisenbahntuppen (Hört! hört! links), daß er für seine Train-, seine Pioniercompagnien selbst gar nichts anderes verlangt hat, als die einjährigen budgetmäßigen Bewilligungen. (Hört! hört! links.) Alle diese Truppen operiren nicht zu Wasser, sondern die Eisenbahnen fahren zu Lande (Heiterkeit), und die Eisenbahnen sind so wichtig, daß, wenn sie etwa in Folge parlamentarischer Verweigerung nicht fahren könnten, auch das übrige Heer darunter leiden würde. Der parlamentarische Hauptmann, den der Herr Kriegsminister in seinem Geiste bedauert, soll nach seinem Vorschlage jetzt gerade eingeführt werden. Alle die Hauptleute der Eisenbahntuppen, alle die Hauptleute der Traincompagnien werden von vornherein auf einjährige budgetmäßige Bewilligung gestellt; mit keinem Worte wird ihre Dauer fixirt, nicht einmal auf 3 Jahre, nicht einmal auf 7 Jahre; sie unterliegen überhaupt keiner gesetzlichen Basis, sie sind auf die budgetmäßige Bewilligung gestellt. Und wie es mit den neuen Eisenbahntuppen sein soll, so ist es jetzt schon mit den alten; keine gesetzliche Bestimmung fixirt sie in irgend einer Weise; so ist es schon jetzt mit allen Lehrtruppentheilen: keine Unteroffizierschule, kein Kadettenkorps, keine Kriegsakademie ist gesetzlich fixirt. Das sind also alles parlamentarische Truppentheile, das sind alles Formationen, die nicht kaiserlich sondern parlamentarisch sind. Aber, Herr Kriegsminister, Ihr Generalstab, — wo ist ein Gesetz, welches diesen fixirt? In dem Militärgesetz besteht es: die Zusammenfassung des Generalstabes, die Zahl der Stellen richtet sich nach den jährlichen Festsetzungen im Budget. (Hört! hört! links.) Hat Jemand wirklich gewünscht, daß wir keinen kaiserlichen Generalstab haben? Hat Jemand bisher den Herrn Grafen von Moltke, den berühmten, verdienten Strategen, als den Chef des Generalstabes der Herren Windthorst, Grillenberger und Richter bezeichnet? (Große Heiterkeit.) Dahin kommen Sie mit Ihren Uebertreibungen! Und — der Herr Kriegsminister steht mich erstaunt an; ist er denn in seiner Kränzen gesetzlich fixirt? Keineswegs! Im Militärgesetz heißt es: wie viel Offiziere im Kriegsministerium sein werden, unterliegt der jährlichen parlamentarischen Bewilligung. (Hört! hört! links.) Sie sehen, nicht einmal einen kaiserlichen Minister hat man mehr. Sie sind alle nur die Minister der Herren Windthorst, Grillenberger und Richter. Das ist das Schreckgeheimnis, was Sie hier aufzuzeigen versucht haben. Man muß ihm nur an der Hand der Kenntniß unseres Staatsrechts, ins Gesicht leuchten, und das Geheimnis verschwindet. (Große Heiterkeit. Bravo! links und im Centrum.)

Sie wenden mich zur Frage der **Zeitdauer der Präsenzbevilligung**. Der Herr Reichskanzler sagt: wir sind für sieben Jahre ein Kompromiß eingegangen, wir haben das Kompromiß gehalten, nun ist es an Ihnen, auch dieses Kompromiß fortzusetzen. Sie haben das Kompromiß nicht gehalten, Sie haben es jetzt nicht gehalten, Sie haben es 1880 nicht gehalten, denn die 7 Jahre sind nicht abgelaufen, sondern Sie wollen schon das neue Septennat beginnen, nachdem erst 6 Jahre abgelaufen sind. (Hört! hört! links.) Wie können Sie also, da Sie selbst die Voraussetzung jenes Kompromisses nicht innehalten, heute uns gegenüber sich auf eine derartige Abmachung berufen? Die Sache läge ja ganz anders, wenn der Herr Kriegsminister vor uns träte und sagte: ich erkenne an, das Septennat läuft erst am nächsten April 1888 ab, ich bedarf aber jetzt Verstärkungen; ob wir ein Septennat wieder bewilligen wollen, das wird, wenn das Septennat abgelaufen ist, Gegenstand der Verhandlungen sein; zunächst handelt es sich darum, ob die schon jetzt erforderliche Verstärkung bis zum Ablauf des Septennats bewilligt wird. Die Frage zum mindesten würde der Herr Kriegsminister stellen müssen, wenn es wirklich so, wie es ausgedrückt wird, auf eine Verständigung abgesehen wäre. (Sehr wahr! links.) Die Frage wird aber gar nicht gestellt. Unter allen Umständen soll vor Ablauf des Septennats gegen den Vertrag, gegen das geschlossene Kompromiß schon jetzt ein neues Septennat beschlossen werden.

Und handelt es sich denn etwa um ein Septennat auf Grundlage der früheren Präsenzstärke? Nein, es handelt sich um eine erhöhte Präsenzstärke, eine derartig erhöhte, wie sie niemals zuvor bei der Erneuerung einer Bewilligung erhöht worden ist; denn bei der ersten Bewilligung, die nur auf 4 Jahre lief, handelte es sich um die Bevölkerung von 1867; bei der zweiten Bewilligung, die nur auf 3 Jahre lief, handelte es sich um die Bevölkerung vom Jahre 1867, die 5 Jahre zurücklag hinter dem Datum, wo die Bewilligung ausgesprochen wurde; im Jahre 1874 beim ersten Septennat handelte es sich wiederum um die Bevölkerung von 1867, also eine Bevölkerungsziffer 7 Jahre zurückliegend; bei dem zweiten Septennat im Jahre 1880 handelte es sich um die Bevölkerung von 1875, also eine Bevölkerung, die 5 Jahre hinter dem Datum des Septennats zurücklag. Jetzt auf einmal wird vor dem Ablauf des Septennats eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke verlangt unmittelbar anschließend an die letzte Volkszählung, die erst ein Jahr vorher stattgefunden hat.

Die ganze Septennatsfrage, ob 7 oder 3 Jahre, ist im Laufe der Verhandlungen vom Herrn Reichskanzler dahin hinaufgeschraubt worden, daß er ausführte, es handle sich um — den Ausdruck gebrauchte er mehrmals — „um Kopf und Kragen“, „es handle sich darum, ob wir wehrlos sein sollten“, „wir dürfen auch nicht zehn Minuten wehrlos sein.“ Dies waren die Ausdrücke, die er wiederholt darauf anwendete, ob die volle Bewilligung auf drei oder sieben Jahre eintreten solle. Wie anders war doch die Haltung noch vor wenigen Wochen! Niemand glaubte damals daran, daß über die Frage, ob 3 oder 7 Jahre, irgend ein ernstlicher Gegensatz zum Vorschein kommen werde, daß die Regierung ihre ganze Kraft darauf setzen werde, eine siebenjährige Bewilligung zu verlangen. (Widerspruch rechts.) — Die Herren von der rechten Seite glauben es nicht. Ihr Presse spricht abfolnt das Gegentheil an.

Meine Herren, die „Conservative Correspondenz“, das offizielle Parteiorgan, schrieb noch am 20. November:

„Sie vermöge sich allerdings nicht einzusehen, welchen principellen oder auch nur erheblich praktischen Unterschied es mache, ob die Regierung alle 3 oder 7 Jahre mit dem Parlament über unsere Heeresveränderung zu feilschen genöthigt ist. (Hört, hört! links.)“

Sie führte weiter aus:

„Man glaube eine ausichtsvolle Wahlcampagne auf die Frage der Erneuerung des Septennats gründen zu können. Aber eine reine Opportunitätsfrage ist solcher Streik. Um einen dreijährigen oder fünf- oder siebenjährigen Turnus wird sich nach unserer innersten Ueberzeugung — (Zuruf des Abgeordneten von Köller: Aternat!) — nein, wörtlich lese ich vor, nicht um das Aternat — wird sich nach unserer innersten Ueberzeugung auch nicht ein Finger im Volke rühren, oder irgendwo ein Pulschlag in ein schnelleres Tempo gelangen. (Hört, hört! links.)“

Und da dem Herrn von Köller die Autorität der „Conservativen Correspondenz“ noch nicht genügend scheint, so muß ich mir schon erlauben, die der „Kreuzzeitung“ hinzuzufügen. (Heiterkeit.) Diese schrieb am 22. November:

„Sie bestreite, daß die Wahlparole „Septennat“ eine gute und brauchbare sei; das sei sie ihres Mangels an grundsätzlicher Bedeutung wegen nicht.“

Sie führt dann aus, daß es anders sei, wenn die Frage des Aternats entgegengesetzt werde, wenn man

sich dahin entscheide, die Behandlung der Heeresfrage dem Streit der Parteien ein für alle Mal zu entziehen. Dies letztere — schreibt sie — ist unsere Auffassung, und wir sind überzeugt, daß dieselbe im Ernstfalle bei sehr weiten Kreisen Anklang finden würde, während es unmöglich ist, irgend jemand für die Frage zu begeistern, ob die Heeresstärke auf sieben Jahre festgesetzt wird oder nur auf drei. (Hört, hört!)

Wenn das Herrn von Köller noch nicht genug ist, so füge ich noch den „Reichsboten“ hinzu (Heiterkeit), der speciell die Gesinnungen der Freunde des Herrn Stöcker zum Ausdruck bringt. Dieser sagte am 22. November — also alles vor sechs oder sieben Wochen, bevor eine Regierungsvorlage vorhanden war —:

Besser als ein Septennat wäre es vielleicht noch die Feststellung der Präsenzstärke bei jeder Etatberatung vorzunehmen (Hört, hört!); denn dann würde die Agitation eher vermieden und nicht mehr den Eindruck machen, als wenn sie alle 7 Jahre die Sache zu einer großen politischen Frage aufbauen kam.

Ganz unsere Meinung. Sie sehen, ehe die Herren die Regierungsvorlage kannten, ehe sie wußten, was die Regierung zu- lezt will, waren sie genau unserer Meinung (Sehr wahr! Heiterkeit); nachdem sie aber die Parole des Herrn Reichskanzlers empfangen haben, entrüsten sie sich — (Große Heiterkeit) — entrüsten sie sich in jeder Weise über dasjenige, von dem sie vorher sagen, daß auch nicht ein Finger im Volke sich deshalb rühren wird, daß auch nicht ein Pulschlag irgendwo in ein schnelleres Tempo gerathe. Entweder hat die Redaction der „Conservativen Correspondenz“, der „Kreuzzeitung“, des „Reichsboten“, haben die Conservativen überhaupt garnicht die Ansicht der Regierung gekannt, oder sie sind sehr unvorsichtig gewesen in der offenen Darlegung ihrer wirklichen Ansichten im Gegensatz zu dem, was hier als Ansicht der Entrüstung zur Entscheidung kommt. (Zuruf rechts: Es ist falsch!) — Na, Herr von Köller, so einfach werden Sie nicht herauskommen! (Lebhaft Heiterkeit.)

Meine Herren, da Herr von Köller mich provocirt, muß ich noch etwas hinzufügen. Es gab damals eine Stelle, welche die Conservativen warnte, sich für eine derartige dreijährige Bewilligung auszusprechen: das war die Redaction der „Nationalzeitung“. Sie schrieb damals ungefähr:

„Wir bitten doch die conservativen Zeitungen, nicht so unvorsichtig zu sein (Heiterkeit links); Sie wissen ja noch gar nicht, wo die Regierung hinaus will. (Heiterkeit links.) Wenn es wegen der 3 oder 7 Jahre zum Wahlkampf kommt, da werden die Herren von der freistimmigen Partei das, was conservative Organe heute geschrieben haben, ihnen vorlesen bei der Wahl.“

Der Herr Reichskanzler selbst sagt also: Wenn man nur auf 3 Jahre, nicht auf 7 Jahre die Bewilligung auspricht, so handelt es sich um Kopf und Kragen der Armee, so will man das Vaterland wehrlos machen; nicht zehn Minuten darf das Vaterland wehrlos sein! In derselben Rede sagt er aber sich mit seiner eigenen Theorie in vollsten Widerspruch: denn — so führt er weitläufig aus — wenn nun die 3 Jahre nur bewilligt werden, die 7 Jahre nicht bewilligt werden, dann ist es noch so; — dann wird ja erst das volle unbeschränkte Ermeßen des Kaisers lebendig; dann fällt jede Obergrenze in der Ziffer für die Heeresstärke weg, dann kann der Kaiser eigenmächtig, ohne den Reichstag, auf Grund der Verfassungsbestimmung über den Präsenzstand, auf Grund der Verfassungsbestimmung über die Dienstpflicht, selbst noch eine höhere Präsenz festsetzen, als ihm jetzt beliebt.

Während also der Herr Reichskanzler auf der einen Seite es so darstellt, als ob der Beschluß des Reichstags das Vaterland wehrlos mache (Hört, hört! links), es um Kopf und Kragen der Armee gehe, sagt derselbe Herr Reichskanzler in der nämlichen Rede: nein, wenn der Reichstag einen solchen Beschluß faßt, dann steht erst recht der Kopf aufrecht; dann entscheidet der Kopf selbständig, wie stark die Armee sein soll; dann geht es nicht um Kopf und Kragen, dann ist das Vaterland nicht wehrlos, sondern dann bestimmt erst gerade der Kaiser, wie stark, wie wehrkräftig die Armee sein soll.

Eine dieser Theorien paßt nicht zu der anderen, eine Theorie zehrt die andere auf: entweder ist es wahr, daß ein Beschluß auf drei Jahre eine solche Tragweite hat, — dann besteht jene Theorie zu nichts; oder jene Theorie besteht, dann kann man nicht davon sprechen, daß das Vaterland wehrlos gemacht wird, daß es um Kopf und Kragen der Armee gehe, wenn thatsächlich nur der Beschluß des Reichstags die Folge haben soll, daß dann gerade das souveräne Ermeßen des Kaisers lebendig wird, die Armee so hoch zu bemessen, als es ihm richtig scheint. Meine Herren, wenn der Herr Reichskanzler die beiden Theorien wenigstens in verschiedenen Reden vorgebracht hätte (Heiterkeit links); wenn er, je nachdem es gerade paßt, die eine oder andere angebracht hätte! Aber die beiden Theorien unmittelbar nebeneinander zu stellen, — dazu gehört allerdings nicht sehr viel Logik, um solchen Widerspruch nicht sofort zu erkennen.

Ist denn aber diese **neue Theorie des Herrn Reichskanzlers** richtig? Ich glaube, erst kann man über diese Frage nicht discutiren. Das ist die alte Lückentheorie, die wieder lebendig gemacht wird; das ist jenes Lesen der Verfassung, wo man nur Paragraphen sieht, die einem gerade passen, und vor den anderen Paragraphen die Augen verschließt; wo einzelne Paragraphen aus dem Zusammenhang gezogen werden, einzelne Zeilen, einzelne Ausdrücke, und da eine neue Rechtstheorie aufgebaut wird, von der man bisher nichts gewußt hat. Ich glaube, ich würde dieser Theorie zu viel Ehre erweisen, wenn ich in eine staatsrechtliche Discussion über die Zulässigkeit eintreten wollte. Wer wissen will, wie wenn diese Theorie paßt zu den Voraussetzungen des Septennats, wie sie alle dem ins Gesicht schlägt, was damals aufgestellt ist, der lese im stenographischen Berichte die Rede des damaligen nationalliberalen Berichterstatters, auf die sich der Herr Reichskanzler selbst berufen hat, die Rede des Abgeordneten Miquel nach, da wird er auf jeder Zeile gerade das Gegentheil von dem finden, was jetzt der Herr Reichskanzler auslegt als Inhalt der Verfassung und als Folge des damaligen Beschlusses.

Um in Bezug auf die Dauer der Präsenzbevilligung, ähnlich wie ich es vorhin gethan habe in Bezug auf die Kadresfrage, ein Beispiel anzuführen: die gesammte Ausbildung der Ersatzreserve ist durch das Gesetz vom Jahre 1880 auf einjährige parlamentarische Bewilligung gestellt. Wenn wir im Budget heute keinen Mann Ersatzreserve bewilligen, so kann in dem betreffenden Jahre überhaupt kein Ersatzreserve militärisch ausgebildet werden. Die militärische Ausbildung

der Ersatzreserve wird von der Militärverwaltung für überaus wichtig erachtet; es wachsen der Militärverwaltung nach der Schätzung vom Jahre 1880 mindestens 100000 Mann zur Ergänzung der ersten Verluste im Kriege durch diese Ausbildung der Ersatzreserve zu. Diesen wichtigen Bestandtheil hat die Regierung keinerlei Bedenken getragen im Jahre 1880 abhängig zu machen von jährlicher parlamentarischer Bewilligung, und ich glaube, die Militärverwaltung hat keine Ursache gehabt, das Vertrauen, was sich darin zum Reichstage aussprach, irgendwie zu bereuen. Es ist vorgekommen, und ich erinnere mich des Beschlusses, wo wir aus finanziellen Rücksichten in einem Jahre eine geringere Zahl zur Ausbildung der Ersatzmannschaften normirten, als die Regierung vorgeschlagen hatte; wenn sie aber summiren, was in einjähriger Budgetbewilligung seit dem Jahre 1880 der Reichstag bewilligt hat an Mannschaften der Ersatzreserve zur Ausbildung, so übersteigt die Gesamtsumme dasjenige, was der Kriegsminister selbst im Jahre 1880 für die nächste Zeit als das Bedürfnis der Militärverwaltung vorausgesehen hat.

Meine Herren, der Herr Reichskanzler hat in sehr geschickter Weise dann bei der Darlegung der französischen Verhältnisse von der Festung Metz gesprochen und gesagt: Metz ist uns 100000 Mann werth, 100000 Mann als Kriegssarmee werden in Frage gestellt durch die Vorenthaltung eines Beschlusses auf sieben Jahre. Das kann doch nur den blenden, der die thatsächlichen Verhältnisse nicht vollständig richtig erfährt. Wir bewilligen die verstärkte Aushebung auf die 3 Jahre. Fraglich bleibt nach der Bewilligung, ob im vierten Jahre, im fünften, sechsten und siebenten Jahre ebenfalls eine erhöhte Friedenspräsenz eintritt; aber diese Erhöhung der Friedenspräsenz ist durchaus nicht identisch mit der Verstärkung der jährlichen Aushebung. Das ist eben eine Verwechslung, der man nur zu oft begegnet. Bei uns ist es nicht wie in Oesterreich-Ungarn, daß wir die Kriegsstärke durch Gesetz festlegen, und daß wir in Folge dessen Aushebungen festlegen können. Meine Herren, die Stärke der Aushebung und damit die Stärke des Kriegsheeres bestimmt — abgesehen von der Ausbildung der Ersatzreserve — der Kaiser, die Militärverwaltung ganz allein. Sondern wir die Friedenspräsenzstärke in dem Gesetze festlegen, verhindern wir nicht die Regierung, eine selbst noch größere Aushebung vorzunehmen, als sie beabsichtigt. Der Ausgleich, das, was in Frage kommt, liegt darin: **wie lange soll der einzelne Mann dienen**, der nach dem Beschluß der Regierung ausgehoben ist? Also das steht nicht in Frage, ob wir 100000 Mann mehr im Kriege haben zu den 2 Millionen, die wir jetzt schon haben. Das steht nicht in Frage, ob wir in den 4 letzten Jahren der 7 Jahre je 14000 Rekruten mehr ausheben können; sondern nur das, kann fraglich erscheinen, ob in den letzten 4 Jahren der 7 Jahre, zum Ausgleich für 14000 Rekruten mehr, die Dienstzeit entsprechend verkürzt wird. Zu einer solchen Verkürzung genügt beispielsweise nur die Hinausschiebung eines einzigen Monats der Rekrutenvakanz, womit wir die Einstellung der Rekruten auch dann noch früher beginnen würden, als die Franzosen ihre Rekruten einstellen.

Die 14000 Mann, um welche zuletzt der Streit war, — ein Streit, den wir auch aufgegeben haben, — bedeuten 23 Mann bei den Bataillonen, die im Inlande, nicht an den Grenzen sind. Auch bei diesen Bataillonen würde die Regierung in der Lage sein, wenn nach drei Jahren dieselbe Friedenspräsenzstärke wie heute nicht bewilligt wird, sondern wenn man etwa für die vier späteren Jahre auf die Forderung des Abstrichs von 14000 Mann zurückkommen würde, dieselbe Zahl von Rekruten, dieselbe Kriegsstärke sich zu verschaffen, nur unter der Bedingung, daß das Plus von 14000 Rekruten ausgeglichen wird dadurch, daß man pro Bataillon 23 Mann mehr — das ist also pro Compagnie 4 oder 5 Mann jährlich — nach zweijähriger Dienstzeit zur Disposition beurlaubt. **Das ist zuletzt der eigentliche Kern, über den hier gestritten wird.** Die Regierung will heute schon von uns die Zusicherung haben, daß sie nach drei Jahren auch nicht einen Mann mehr zur Disposition zu beurlauben braucht nach zweijähriger Dienstzeit als heute, während der Standpunkt, den wir jetzt hier vertreten, derjenige ist, daß wir uns vorbehalten wollen, ob wir nach drei Jahren wieder zurückkommen auf die Forderung, daß pro Compagnie der im Inlande liegenden Bataillone 4 bis 5 Mann mehr nach zweijähriger Dienstzeit beurlaubt werden. (Hört, hört! links.) **Das ist die Streitfrage, wegen deren der Deutsche Reichstag aufgelöst werden soll.** (Hört, hört! links.)

Es kommt bei der Auflösung allerdings sehr viel auf die Fragestellung an, und wir werden dafür zu sorgen haben, daß die Frage auch richtig gestellt wird; haltet ihr, Wähler, es für richtig, daß wir schon jetzt uns jeder Entscheidung begeben, ob wir darauf bringen dürfen, daß nach 3 Jahren einige Mann mehr pro Compagnie und Bataillon zur Entlastung des Volkes, zur Verminderung des Druckes der Dienstpflicht nach zweijähriger Dienstzeit entlassen werden sollen oder nicht? Das ist eine Frage, in der große Kreise des Volkes und gerade diejenigen, die militärisch gebildet haben, und die mit Liebe und Lust gebildet haben sich auch ein gewisses selbstständiges Urtheil glauben zutrauen zu können; denn die zahlreichen Mannschaften gerade unter den Dreijährigen wissen zu gut, wie viel Zeit, wieviel Mann im dritten Dienstjahre verwandt werden zu Dingen, die mit der militärischen Ausbildung ganz und gar nichts zu thun haben (Sehr gut! links), und wissen sehr wohl, wie leicht es ist, wenn man nur will, auch nach einer zweijährigen Dienstzeit — und darum handelt es sich hier nicht einmal — nein, auch bei einer nur um etwas vermehrten Zahl der Dispositionsurlauber nach zwei Jahren, genau mit derselben Kriegsstärke und bei gehöriger Benutzung der Zeit vielleicht sogar mit tüchtigen ausgebildeten Mannschaften in das Feld zu ziehen, als es sonst der Fall ist.

Also nicht darum handelt es sich, ob eine Armee von 100000 Mann entbehrt werden soll, nicht darum, ob die Wehrkraft geschwächt werden soll, also ob Metz preisgegeben sei, sondern es handelt sich um nichts weiter als um eine billige Rücksichtnahme, eine bescheidene Rücksichtnahme gegenüber der großen Steigerung der Militärlasten, eine Rücksichtnahme, die wir nicht einmal jetzt eintreten lassen wollen, sondern auf die wir uns nur bescheiden vorbehalten nach drei Jahren zurückzukommen. (Sehr richtig! links.)

Man hält uns die **militärischen Autoritäten** vor. Ja gewiß, meine Herren! Fällt es uns denn ein, nach unserer Anschauung die Armee organisiren zu wollen? Wenn wir solche Andeutungen machen, ob es nicht möglich wäre, billige Rücksichten zu nehmen durch eine Erweiterung der Rekrutenvakanz, durch eine Vermehrung der Zahl der Dispositionsurlauber, so folgen wir ja doch nur dem Beispiele, der Initiative, die dieselben militärischen Autoritäten vor einigen Jahren uns gegeben haben. Wir haben bloß in Anregung gebracht, ob es nicht angemessen sei, jetzt, wo es sich wiederum um Erhöhungen handelt, zu jener Praxis zurückzukommen, die im Jahre 1862 aus finanziellen Rücksichten gerade die gegenwärtig militärisch leitenden Autoritäten, einschließlich des Herrn Grafen von Moltke, für zulässig und für zweckmäßig gehalten haben. Alles das, was irgendwie

berlangt worden ist zum Ausgleich, zur Rücknahme auf die Mannschaften, das ist aus eigener Initiative in viel größerem Umfang im Jahre 1862 in Preußen, 1867 in Norddeutschland, 1872 in Deutschland bis zum Jahre 1875 gewährt worden. Damals ist eine größere Zahl von Mannschaften nach zwei Jahren zur Disposition beurlaubt worden, und damals hat eine größere Rekrutenabfuhr stattgefunden. Und wahrlich, die Krieger aus den Jahren 1866 und 1870/71 haben in ihrer Beurlaubung nicht das Mindeste vermissen lassen, was darauf hätte schließen lassen können, daß die etwas größere Rekrutenabfuhr, die etwas spätere Einstellung, die größere Zahl von Dispositionsurlaubern nach 2 Jahren ihnen zum Schaden gereichte.

Und nun, meine Herren, ist die Sache doch zulezt — und darauf muß ich immer hinweisen, wenn von den „Civil-Mollken“ gesprochen wird — doch keine militärische Frage ausschließlich. Nein, meine Herren, es ist eine Frage der Abwägung militärischer Interessen mit den Rücksichten auf die Volkswirtschaft, auf die Volkskräfte, auf die Belastung des Volkes. (Sehr wahr!) Diese Seite der Frage, die Belastung des Volkes, das ist keine militärische Frage, und der Herr Reichskanzler hat das selbst anerkannt in seinen Ausführungen, daß diese Belastungsfrage werde berücksichtigt werden müssen. Er hat ja gerade zum Beleg dafür, daß der Volkshaushalt eine noch größere Belastung vertragen kann, sich auf die Sparfasseinlagen berufen. Das ist keine Berufung auf den Herrn Grafen von Moltke — (Seiterkeit) — der Herr Graf von Moltke hat nie in Anspruch genommen, eine Autorität zu sein in Sparfassenfragen. Dagegen hat der Herr Reichskanzler damit anerkannt, daß neben den militärischen Fragen, für die allerdings der Herr Graf Moltke eine hohe Autorität ist, auch Fragen volkswirtschaftlicher Natur der Belastung hier zur Entscheidung kommen.

Der Herr Reichskanzler hat die Frage der Sparfasseinlagen hier herangezogen zum Beweise dafür, wir könnten eine größere Belastung ertragen; die Höhe der Sparfasseinlagen ist gewachsen. Damit hat gerade der Herr Reichskanzler den Beweis geliefert, daß auch Civil-Mollken, auch eine solche Civilautorität in dieser Frage sehr in die Irre gehen können. Denn, meine Herren, wer irgendwie praktisch sich mit dem Sparkassenwesen und den Sparfasseinlagen beschäftigt hat im gewöhnlichen bürgerlichen Verkehr, der weiß, daß nichts verkehrter ist, als so, wie der Herr Reichskanzler es thut, einen Schluß aus der Höhe der Sparfasseinlagen zu ziehen auf ein Mehr des Volkseinkommens. (Sehr wahr!) Der Herr Reichskanzler scheint wirklich zu glauben, als ob alles das, was in die Sparkassen getragen würde, mühsam abgedarbt, ersparte Pfennige seien der Klassen, die von der Hand in den Mund leben. Nein, meine Herren, der Kreis der Sparfasseinleger ist ein viel weiterer, er erstreckt sich weit in den Mittelstand, selbst in die Kreise wohlhabender Leute hinein. Hat der Herr Reichskanzler nie von der Praxis erfahren, daß dort, wo ein Maximum von Sparfasseinlagen statutenmäßig festgestellt ist, man häufig die Sparfassenbücher auf eine größere Zahl von Familienmitgliedern eintragen läßt, um eine höhere Sparfassensumme zu ermöglichen? Wenn er eine Ahnung von dieser Praxis hätte, würde er jene Behauptung nicht aufgestellt haben. Ist dem Herrn Reichskanzler nicht bekannt — wenn er nur zuweilen die Jahresberichte der Sparfassenverwaltungen liest —, daß in dem Maße, wie der Zinsfuß zurückgeht bei den Inhaberpapieren, Staatspapieren in dem Maße, wie konvertiert wird, in dem Maße, wie Eisenbahnen verstaatlicht werden, ein großer Theil desjenigen, was aus diesen Effecten herausgezogen wird, in die Sparkassen getragen wird? (Sehr wahr!) Und gerade je unsicherer der Kurs wird, je bedenklicher man wird, in Effecten und unsicheren Unternehmungen anzulegen, um so größer der Drang, gegen einen mäßigen Zinsfuß eine sichere Anlage zu machen, bei der man das wieder herausbekommt, was man eingelegt hat bei der Sparfasse! Jeder Sparfassenbericht sagt Ihnen, daß das Gedränge mit jeder Zinsherabsetzung wächst, daß, weit entfernt, daß die Höhe der Sparfassen die Höhe des Wohlstandes bedeutet, sie vielmehr zum großen Theil nur bedeutet eine anderweitige Deplatzierung bereits vorhandenen Capitals. Deshalb sind schon jetzt die Sparkassen dahin gedrängt, weil sie nicht mehr in der Lage sind, zu 3½ Prozent die ihnen zufließenden Gelder auszuliehen, nun auch mit dem Zinsfuße herunterzugehen. Und wenn in Folge des sinkenden Zinsfußes der Sparkassen die Spareinlagen demnach abnehmen, so wird niemand ein Abnehmen des Wohlstandes daraus folgern können, sondern nur eine durch Preis und Zins bewirkte anderweitige Placierung.

Sehen Sie, meine Herren, das ist ein Punkt, wo unser bechränkter Unterthanenverstand missprechen kann, auch wenn man nicht militärisch gebildet hat. (Seiterkeit.) Also auch bei einer militärischen Vorlage wie diese, gerade in einer Frage, bei der der Herr Reichskanzler von Gesichtspunkten der hohen Politik herabsteigt zu einer Frage des praktischen Lebens, der Frage der Volkswirtschaft, da hat er den klaffenden Beweis geliefert, daß auch er nicht unschulbar ist, daß auch er nicht ein vollständiges Wissen auf allen Gebieten besitzt, wie es überhaupt auch bei dem größten Menschen nicht möglich ist, daß dieses Wissen dasjenige aller Uebrigen übersteigt; sondern daß sein Wissen auch bei dieser militärischen Vorlage einer Ergänzung bedarf von Seiten derjenigen, die mitten im Volke stehen, und die nur deshalb gewählt worden sind, weil das Volk ihnen ein gewisses Verständnis zutrifft für die praktischen wirtschaftlichen Fragen des Volkes. (Bravo! links.) Der Herr Kriegsminister freilich sagte: Sie müssen zu jeder Regierung das Vertrauen haben, daß sie auch in Bezug auf die Belastung des Volkes Ihnen nichts anheim, was unrecht ist. Wenn das richtig wäre: wozu die Wahl, wozu die Dual, wozu der Reichstag? Wenn das richtig wäre, daß in Bezug auf die Belastung des Volkes die Regierungen von vornherein nur berechnete Forderungen stellen, wozu dann überhaupt noch ein Organ schaffen zu einer anderweitigen Beurtheilung der Frage? Nein, der Minister hat in erster Reihe die Aufgabe, vom Standpunkte seines Verwaltungszweiges aus die höchsten Anstrengungen zu machen, um die Zwecke seiner Verwaltung zu erfüllen. Ich nehme es dem Herrn Kriegsminister nicht im mindesten übel, wenn er diese Forderungen an uns stellt. Je schneidiger ein Minister ist, desto mehr wird er seine Aufgabe erfüllen, desto mehr Soldaten will er haben; sonst wäre er nicht der richtige Kriegsminister. Und wenn er sich nicht beruhigt und neue Forderungen für das Heer stellt, so ist es ja naturgemäß, daß derjenige, der in erster Linie Krieg zu führen hat, auf das militärische Interesse — wenn er es auch nicht allein entscheiden läßt — in erster Linie Rücksicht nimmt, weil es naturgemäß ist, menschlich ist, weil es der Stellung der Minister entspricht. Warum hat man den das Parlament geschaffen, das seinerseits nicht die Aufgaben des Reforts zu vertreten hat, das die Allgemeinheit vertritt, welches berufen ist, die Forderungen der verschiedenen Reforts abzuwägen mit dem, was das Volk tragen kann und nicht tragen kann? Wäre es richtig, was der Herr Kriegsminister sagte, dann würde auch in Bezug auf Steuerfragen der Finanzminister entscheidend sein; denn ebenso wie der Kriegsminister am besten wissen muß, wie viel Soldaten er bedarf, ebenso gut muß der Finanzminister am besten wissen, wie viel Geld er bedarf. Wie können wir bei unserem beschränkten Unterthanenverstand wissen, wie viel Thaler oder Mark ein Staat bedarf, wieviel Steuern zu erheben sind, während

der Minister es besser weiß? — er ist doch der Techniker auf diesem Gebiete. Das ist freilich ein Fehler, daß wir nicht Finanzminister haben von derselben Autorität, wie unsere Kriegsminister; im Gegentheil, unsere Finanzminister lassen recht viel zu wünschen übrig. (Seiterkeit.) Wäre das nicht der Fall, so hätten wir nicht so viel Noth, Rücksicht auf die Finanzen zu verlangen dem Kriegsminister gegenüber. — Ich sage, wenn solche Logik zutreffend wäre, dann wäre der Finanzminister der allein berufenen Techniker auf dem Gebiet der Rechtslege, der Finanzminister auf dem Gebiet der Steueranfragen, wie der Kriegsminister auf dem Gebiet der Wehrkraft, und der Reichstag wäre das allerüberflüssigste, was es giebt.

Der Reichstag wird aufgelöst. Der Reichskanzler sagt: na, was ist es denn weiter? In anderen Staaten wird ja auch aufgelöst, und es wird sogar noch viel mehr und viel leichter aufgelöst, als bei uns. Ja, meine Herren, zwischen Auflösung dort und Auflösung hier ist ein ganz gewaltiger Unterschied. Wenn man in anderen, aufrichtig konstitutionellen Staaten auflöst, dann hat eine solche Auflösung die Bedeutung eines Appells an das Volk; sie hat die Bedeutung, daß, wenn die Auflösung gegen die Regierung entscheidet, die zu der Auflösung schreitet, wenn die Wahlen das Urtheil der Mehrheit des Parlaments bestätigen, — daß dann die Regierung der fundgegebenen Volksüberzeugung nachgiebt, daß die Uebereinstimmung dadurch wieder hergestellt wird. So ist es in anderen Staaten.

Was ist die Bedeutung dieser Auflösung? Daß sie eine andere ist, darüber hat gerade der Herr Reichskanzler uns am wenigsten in Zweifel gelassen. In seiner ersten Rede am Dienstag und auch in seiner gestrigen Rede hat er es uns mit der Offenheit, die in solchen Dingen ihr Ziel, kundgegeben: ich löse auf, es kommen Neuwahlen; aber mögen die Neuwahlen ein Ergebnis haben, welches sie wollen, — wenn die Neuwahlen nur meinen Willen thun, — gut; wenn sie aber dazu führen, daß die Ansicht der Mehrheit, die mir gegenübersteht, bestätigt wird, dann ist es auch noch so, dann geschieht erst recht dasjenige nicht, was die Mehrheit will. (Seiterkeit.) Das ist die ganz offensbare Theorie des Herrn Reichskanzlers: **Macht geht vor Recht!** (Lachen und Unruhe rechts. — Bravo! links und im Centrum.) — Macht geht vor Recht! — nur schwach verhüllt durch eine Lückentheorie, erfunden aus der Verfassung zu diesem Zweck. (Sehr wahr! links.)

Das Volk wird durch die Auflösung, wenn sie ausgesprochen wird, aufgefordert — nicht zur Entscheidung, wie in anderen Staaten; nein, es wird aufgefordert zur Unterwerfung unter den Willen des Kanzlers. Es wird ihm gesagt: und bist du nicht willig, so werde ich erst recht deinen Willen beugen, wenn du glaubst, ihn mir gegenüber zur Geltung bringen zu können. Man spricht hier von der Stärkung der Wehrpflicht; man spricht hier von dem Mißtrauen, daß berechtigt sei, dem Ausland gegenüber. Nein, meine Herren, diese Politik ist beherrscht durch das Bestreben einer Stärkung, einer Sicherung der Regierung gegen das eigene Volk. (Sehr richtig! links.) Diese Politik ist beherrscht durch ein Mißtrauen weniger gegen das Ausland, als durch ein Mißtrauen gegen das eigene Volk. Die Auflösung ist ein Mißtrauensvotum gegen das Volk. Das, was man verkündet als Folge der Auflösung, wenn die Wahlen nicht nach dem Willen des Kanzlers ausfallen, bezeugt dieses Mißtrauen erst recht. Das Volk soll unter dem Schein, zu entscheiden, erst selbst dazu aufgefordert werden, sich selbst ein Mißtrauensvotum zu ertheilen; es soll selbst bekunden, daß es sich nicht für zuverlässig genug hält, um nach drei Jahren solche Abgeordnete zu wählen, die die Wehrkraft des Landes in dieser Beziehung zu sichern verstehen; daß es nicht die Einsicht hat, auf sich dabei diejenige Rücksicht zu nehmen, welche das Vaterland fordert. Alles das, was hier der Herr Reichskanzler als Wirkung der Auflösung hinstellt, was er als Kennzeichnung seiner Politik anführt, das ist unverhüllt nichts weiter als die alte Anschauung eines absolutistischen Geistes, der sich gegenüberstellt der konstitutionellen Entwicklung unseres Jahrhunderts. (Sehr richtig! links.)

Die Pflichttreue für das Vaterland ist nach der Darstellung, wie wir sie aus dem Munde des Herrn Reichskanzlers gehört haben, nur bei den Regierungen, nur bei den Fürsten. Was sind dagegen die Volksvertretungen? Es sind wechselnde Mehrheiten, Mehrheiten, getragen von mangelnder Einsicht, von mangelndem Pflichtgefühl; böswillige, ja wenn man sich milde ausdrücken will, zufällige Mehrheiten; Niemand weiß, wie sie sich irgend entscheiden. Nun, meine Herren, eine ähnliche Kritik anzulegen, wie sich der Wille der Regierung zusammensetzt, welche Hofintriguen, welche Camarilla, welche Zufälle mitwirken, liegt mir ganz fern; aber das eine will ich hervorheben, daß die letzten absolutistischen Regierungen, die es in Deutschland gegeben hat, im Jahre 1848 zusammengebrochen sind, lediglich durch ihre innere Haltlosigkeit, weil sie die Autorität an sich und für das absolute Regiment schon längst verloren hatten, ehe der äußere Anstoß kam, der sie zusammenbrechen machte, und der die Verfassung, die konstitutionellen Einrichtungen an ihre Stelle setzte. Als der Herr Reichskanzler im Jahre 1866 seine deutsche Politik zur Geltung zu bringen suchte, da hat er wohl gewußt, was konstitutionelle Verfassung, was ein Parlament, was ein Reichstag bedeutet; da hat er mit der deutschen Einheit auf seine Fahne im März 1866 gegenüber dem Bundesrat geschrieben, er erstrebe auch den deutschen Reichstag. Er hat gewußt, wie wenig die Autorität der Fürsten der Regierungen allein bedeutet, ohne die Kraft, die in einer Volksvertretung liegt.

Der Herr Reichskanzler hat es gestern so darzustellen gesucht, als ob es gewissermaßen eine gewisse Untüchtigkeit geseien sei, daß überhaupt ein Reichstag im Jahre 1867 eingeführt wurde. (Sehr gut! links.) Man hätte es ja lassen können, man hätte das nicht so vorher gewußt, — Gott, es sind ja Vorfälle möglich, und so ist denn dieser Reichstag mit seinen Verfassungsrechten entstanden. Nein, meine Herren, dieser Reichstag ist entstanden als eine innere Nothwendigkeit. Es war keine deutsche Einheit durchzuführen auf die Dauer ohne die Klammer auch eines deutschen Reichstags. (Sehr richtig! links und im Centrum.) Der deutsche Reichstag ist wie das deutsche Heer ein Einigungsbund, auch ein Moment der deutschen Einigung und kann, ohne die Einigung selbst zu schädigen, nicht herabgesetzt und in seiner Bedeutung gemindert werden.

Der Herr Reichskanzler hat das bescheidene Maß von Rechten, das wir besitzen, auch nicht so ganz freiwillig gegeben. Es war ein harter Kampf; ich gehöre zu den wenigen, die damals im ersten Reichstage gewesen sind; mit knappen Mehrheiten gelang es, das bischen Recht durchzusetzen, was wir errungen haben. Und wenn der Herr Reichskanzler schließlich nachgegeben hat, wenn er noch weiter gegangen ist und im preussischen Abgeordnetenhaus gesagt hat: „Und hätte ich gewußt, hätte man darauf bestanden, ich hätte noch ein größeres Maß von konstitutionellen Rechten zugeben müssen, als geschehen ist.“ — so

ist das geschehen unter dem Bewußtsein, daß es notwendig war, das deutsche Reich aufzurichten nur in Verbindung mit einer deutschen Volksvertretung in einem deutschen Reichstag. Jetzt wird es so dargestellt, als ob wir gewissermaßen ein Ornament darstellten an dem Reichsbau; man kann es schnitzen gothisch oder etwas mehr byzantinisch; es verändert ja die Sache weiter nicht. (Große Seiterkeit. Bravo links.) Das Ornament will natürlich der Herr Reichskanzler nicht missen, das ist einmal Mode, das bischen Parlamentarismus. Er will es nicht missen zur Deckung der Regierung; er will keinen Konstitutionalismus in dem Sinne, wie wir ihn auffassen, er will keinen Parlamentarismus — er will das, was wir Scheinkonstitutionalismus nennen: eine Volksvertretung, unfähig, irgend einen Willen zu haben, aber immerhin ausreißend, die Regierung zu decken, die Verantwortlichkeit von der Regierung abzunehmen und auf die eigenen breiten Schultern zu laden, — wenn es darauf ankommt, Geld zu bewilligen und neue Steuern aufzulegen. Der Reichstag nach dem Ideal des Herrn Reichskanzlers ist die Geldbewilligungsmaschine ohne Reibung, die so arbeitet, wie die Regierung es zu ihrer Deckung verlangt. Ein absolutistisches Regiment — das ist meine feste Ueberzeugung — das Maß von Steuern und Läden, die wir in den letzten Jahren gehabt haben, auf eigene Verantwortlichkeit nie über sich nehmen (Sehr wahr! links), sondern nur gedeckt durch die Volksvertretung, die ihm das Dium der Steuerzahler abnimmt. Um so mehr haben wir die Verpflichtung, selbstständig das zu entscheiden, wofür wir die Verantwortung glauben übernehmen zu können.

Meine Herren, der eigentliche Zweck der Auflösung ist ja nicht die Militärfrage. Der Herr Reichskanzler selbst hat ja diese Legende zerlegt, als ob wir wegen der Militärvorlage aufgelöst würden, indem er sagte: und wenn Ihr mir bei der Auflösung dieselben Abgeordneten verschickt, dann ist es auch noch so; dann habe ich erst recht freie Hand. Er hat damit also selbst angedeutet, daß etwas anderes der eigentliche Zweck der Auflösung ist. Der eigentliche Zweck der Auflösung ist: **mehr Geld zu bekommen;** und wenn der Reichstag nach seinen Wünschen ansinkt, so wird es so gehen wie 1878. Wie damals von dem Socialistengesetz bald wenig die Rede war, so würde in dem neuen Reichstage bald wenig von dem neuen Militär die Rede sein; aber desto mehr würden wir erleben, daß alle zurückgelegten Steuerentwürfe und Monopolpläne der Reihe nach wieder erscheinen (Unruhe rechts), in dem Maße, wie man in den Abgeordneten glaubt eine Mehrheit erreichen zu können für alle diese Lieblingsvorstellungen und Lieblingspläne des Herrn Reichskanzlers. **Das Branntweinmonopol ist nicht todt, das Tabakmonopol ist nicht todt.** Der Herr Reichskanzler giebt solche Ideale niemals auf die Dauer auf; er stellt sie nur zeitweilig bis zu einer besseren Conjunction zurück und die Conjunction soll eben erst geschaffen werden.

Und, meine Herren, fällt die Mehrheit noch weiter darnach aus, so wird auch, davon bin ich überzeugt, formell diejenige **Verfassungs-Novelle** erfolgen, — wir wissen ja, wo angeseht werden soll bei den Wahlen, Aufhebung des geheimen Wahlrechts, Aufbau des Reichstags auf corporativen Berufsgenossenschaften ist ja klar genug vorgezeichnet, — es wird eine solche Verfassungsrevision sich vollziehen, die für alle Zukunft es auch sicher stellt, daß der Reichstag keine selbstständige Bedeutung hat, daß er nichts anderes ist, als eine Einrichtung, ein Consortium — um mit dem Herrn Reichskanzler zu sprechen —, um der Regierung die Verantwortlichkeit für die Vermehrung der Steuern abzunehmen. **Das ist der Trieb** — um wieder mit dem Herrn Reichskanzler zu sprechen —, **der aus dem Spiel herauskommen soll.**

Meine Herren, nach den Andeutungen, die in der Debatte gefallen sind, können wir annehmen, daß die **Person des Monarchen**, die Person des Kaisers in diesen Wahlkampf unmittelbar mehr von Seiten des Herrn Reichskanzlers herangezogen werden wird, als es sonst irgendwie der Fall war. Ich meine, ungewisselhaft hat der Kaiser die Führung des Heeres; es wäre ein Unglück, wenn es anders wäre, und derjenige beginge ein Verbrechen, der sich dieser Führung widersetze. Der deutsche Kaiser soll der Führer des deutschen Heeres sein. Aber der Kaiser soll nicht sein der Führer der Parteien, der Führer des Reichstags und der Führer der Wähler-Versammlungen. Das widerspricht unserer Verfassung. Wer die Standarte des Kaisers in die Wahlkämpfe hineinträgt, wer damit den Anschein erweckt, als gäbe es in Deutschland kaiserliche und antikaiserliche Parteien, meine Herren, der trägt wirklich nicht dazu bei, das Ansehen des Kaiserthums in Deutschland zu erhöhen und das Kaiserthum im deutschen Volke zu kräftigen. (Lebhafter Beifall links.)

Es ist ja möglich, daß ein Minister für einen solchen Zweck eine gewisse Wirkung im Augenblick erzielt; es ist möglich, daß man gewissermaßen ein **Plebiscit** arrangirt über das, was der Kaiser will und was der Kaiser nicht will. Aber wahrlich, meine Herren, die Erfahrungen, die man in dem Nachbarlande Frankreich mit den Plebisiten gemacht hat, die sollten uns davor warnen, das gleiche in Deutschland einzuführen. Nichts hat dort mehr dem monarchischen System geschadet, nichts hat mehr dazu beigetragen, das Kaiserthum zu entwürzeln, als gerade diejenigen Plebisite, die äußerlich mit jenen kolossalen Mehrheiten für den französischen Kaiser zum Abschluß kamen. (Sehr wahr! links.)

Meine Herren, der Kampf, dem wir entgegen gehen, wird ein heftiger, vielleicht heftiger als einer, den wir je ausgefochten haben; aber es wird der letzte Kampf nicht sein, es wird wahrlich nicht der Entscheidungskampf sein. Ob wir mit vielen oder wenigen aus diesem Kampfe hervorgehen, — wir werden den Streit, den wir hier abbrechen, an denselben Punkte wieder aufnehmen, in der ruhigen Zuversicht, welche die Kraft der inneren Ueberzeugung gewährt, in der ruhigen Zuversicht, daß im Interesse des Volkes und des Landes auch in nächster Zeit schon den Grundsätzen, wie wir sie hier vertreten, eine Einwirkung auf die Gestaltung der öffentlichen Verhältnisse in Deutschland eingeräumt werden muß. Meine Herren, gerade die Art, wie der Herr Reichskanzler diesen Kampf aufsucht, die künstliche Art, wie die Auflösung herbeigeführt wird, die Hast, mit welcher sie ins Werk gesetzt wird, ist uns ein Beweis dafür, daß auch der Herr Reichskanzler selbst den Boden seines politischen Systems nicht mehr für so sicher hält auch für die nächste Zukunft, wie es vielleicht den Anschein hat. (Ob! rechts.)

Meine Herren, alle solche Krasttheile, alle solche Praktiken, sie werden doch zuletzt nichts ausrichten, sie werden zuletzt doch nichts verschlagen, einer anderen Richtung im Staatsleben den Weg zu verengeln und die Bahn zu erschweren. Wir bleiben bei der Ueberzeugung, daß die Zukunft, die nicht allzu entfernte Zukunft uns gehört, und in dieser Ueberzeugung werden wir, mit wenigen oder vielen, auch in dem neuen Reichstage ausharren, bis auch für unsere Sache der Tag des Sieges erdient.

(Lebhaftes, anhaltendes Bravo links. — Zwischen rechts.)